

Die Rückkehrpflicht:  
Ein Vergleich zwischen der alten  
und der neuen Fassung des § 142 StGB

Martin Wölfel

1987







Digitized by the Internet Archive  
in 2026

Die Rückkehrpflicht:  
Ein Vergleich zwischen der alten  
und der neuen Fassung des § 142 StGB

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung der Doktorwürde  
einer Hohen Juristischen Fakultät  
der Ludwig-Maximilians-Universität  
zu München

vorgelegt von

Martin Wölfel

1987

Referent: Professor Dr. Volk  
Korreferent: Professor Dr. Philipps  
Tag der mündlichen Prüfung:  
25. Februar 1987

| Gliederung |                                                                                                    | Seite |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
|            | Einleitung                                                                                         | 1     |
| A          | Der Unterschied zwischen dem Tatbestandsmerkmal der "Flucht" und dem "Sichentfernen vom Unfallort" | 4     |
| I.         | Das Tatbestandsmerkmal des "Sichentfernens vom Unfallort" in § 142 n.F. StGB                       | 4     |
| 1.         | Der "Unfallort"                                                                                    | 4     |
| 2.         | Das "Sichentfernen"                                                                                | 11    |
| 3.         | Das "Entfernen vom Unfallort"                                                                      | 16    |
| II.        | Das Tatbestandsmerkmal der "Flucht" in § 142 a.F. StGB                                             | 17    |
| 1.         | Keine "Flucht" trotz Verlassen des Unfallortes                                                     | 18    |
| 2.         | "Flucht" trotz Verbleiben am Unfallort                                                             | 23    |
| 3.         | "Flucht" von einem anderen Ort                                                                     | 25    |
| B          | Die Folgen der unterschiedlichen Gesetzesfassungen in der Praxis anhand eines Fallbeispiels        | 31    |
| I.         | Die Rechtslage im Rahmen des § 142 a.F. StGB                                                       | 31    |
| 1.         | Die objektive Tatbestandsverwirklichung bei § 142 a.F. StGB                                        | 32    |
| 2.         | Die subjektive Tatbestandsverwirklichung bei § 142 a.F. StGB                                       | 36    |
| II.        | Die Rechtslage im Rahmen des § 142 n.F. StGB                                                       | 38    |
| 1.         | Die objektive Tatbestandsverwirklichung bei § 142 n.F. StGB                                        | 39    |
| a)         | Der "Unfallort"                                                                                    | 39    |
| b)         | Das "Sichentfernen"                                                                                | 41    |
| c)         | Das "Sichentfernen vom Unfallort"                                                                  | 45    |
| 2.         | Die subjektive Tatbestandsverwirklichung bei § 142 n.F. StGB                                       | 47    |

|                                                                                           | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 3. Die mutmaßliche Einwilligung                                                           | 50    |
| a) Das Prinzip des mangelnden Interesses                                                  | 53    |
| aa) genereller Verzicht                                                                   | 53    |
| bb) Verzicht auf den Schutz des § 142 I n.F. StGB                                         | 54    |
| b) Handeln im materiellen Interesse                                                       | 57    |
| aa) Die drei Funktionen des Schutzzwecks                                                  | 58    |
| bb) Der Schutzzweck im Rahmen der mutmaßlichen Einwilligung                               | 59    |
| 4. Die Pflichten des Unfallbeteiligten nach Verlassen des Unfallortes                     | 63    |
| a) Die Pflichten des Unfallbeteiligten im Rahmen des § 142 III S.1 n.F. StGB              | 66    |
| b) Das Vereitelungsverbot des § 142 III S.2 n.F. StGB                                     | 72    |
| C Die Rückkehrpflicht                                                                     | 81    |
| I. Die Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 a.F. StGB                                      | 81    |
| 1. Die Rückkehrpflicht in der Rechtsprechung des BGH                                      | 81    |
| a) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Kenntnis der Unfallbeteiligung   | 82    |
| b) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Unkenntnis der Unfallbeteiligung | 85    |
| c) Die Rückkehrpflicht und die nachträgliche Meldepflicht                                 | 90    |
| d) Die Rückkehrpflicht und der räumliche und zeitliche Zusammenhang                       | 91    |
| 2. Die Rückkehrpflicht in der Literatur                                                   | 99    |
| a) Die Rückkehrpflicht und § 142 a.F. StGB als echtes Unterlassungsdelikt                 | 102   |
| b) Die Rückkehrpflicht und § 142 a.F. StGB als unechtes Unterlassungsdelikt               | 106   |
| c) Die Rückkehrpflicht und die in § 142 a.F. StGB beschriebene Tathandlung                | 108   |

|                                                                                                                                    | Seite |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| II. Die Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 n.F. StGB                                                                              | 113   |
| 1. Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes in Kenntnis der Unfallbeteiligung                                       | 114   |
| a) Das Unverzüglichkeitsgebot                                                                                                      | 114   |
| aa) Die Auswahl des Benachrichtigungsweges<br>im Rahmen des § 142 II iVm III n.F. StGB                                             | 115   |
| bb) Die Unverzüglichkeitsfrist                                                                                                     | 120   |
| b) Die Rückkehrpflicht                                                                                                             | 133   |
| aa) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes, um feststellungsbereite Personen zu<br>verständigen                   | 134   |
| bb) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes, um einen verkehrssicheren Platz auf-<br>zusuchen                      | 134   |
| cc) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes, um Hilfe für einen Verletzten herbei-<br>zuholen                      | 137   |
| dd) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes, nachdem der Unfallbeteiligte eine an-<br>gemessene Zeit gewartet hat  | 139   |
| ee) Die Rückkehrpflicht eines Unfallbeteiligten,<br>der sich während des Schadensereignisses<br>nicht am Unfallort aufgehalten hat | 140   |
| 2. Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfall-<br>ortes in Unkenntnis der Unfallbeteiligung                                     | 141   |
| a) Die Anwendbarkeit des § 142 II n.F. StGB                                                                                        | 142   |
| b) Die Rückkehrpflicht                                                                                                             | 150   |
| Zusammenfassung                                                                                                                    | 155   |



## Einleitung

Mit zunehmender Motorisierung trat die Frage auf, wie sich die Unfallbeteiligten nach einem Verkehrsunfall zu verhalten hätten. Das Problem wurde kurz nach der Jahrhundertwende aktuell. In diesen Jahren stieg die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge rasch an und mit ihnen die Zahl der Verkehrsunfälle 1).

Gleichzeitig versuchten immer mehr Fahrzeuglenker, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Die Statistik des Deutschen Reiches weist Anfang des Jahrhunderts für den Zeitraum eines Jahres 462 Fälle vollendeter und 107 Fälle versuchter "Führerflucht" aus 2).

Heute werden in der Bundesrepublik Deutschland jährlich ca. 50000 Verkehrsteilnehmer wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort bestraft 3). Man vermutet, daß jeder fünfte Unfallbeteiligte versucht, sich seiner Verantwortung zu entziehen. Genaue Zahlen gibt es nicht, da die Dunkelziffer sehr hoch ist. Viele Geschädigte sehen von einer Anzeige ab, da sie davon ausgehen, daß die Nachforschungen der Polizei erfolglos bleiben würden.

Der Gesetzgeber hat versucht, dieser Entwicklung durch strafrechtliche Vorschriften entgegenzuwirken.

Bereits im Jahre 1909 trat die Vorschrift des § 22 KfG in Kraft. Sie lautete:

"Der Führer eines Kraftfahrzeuges, der nach einem Unfall es unternimmt, sich der Feststellung seines Fahrzeuges und seiner Person durch die Flucht zu entziehen, wird mit Geldstrafe bis RM 300 oder mit Gefängnis bis 2 Monaten bestraft. Er bleibt jedoch straflos, wenn er spätestens am nächsten Tag nach dem Unfall Anzeige bei einer inländischen Polizeibehörde erstattet und die Feststellung des Fahrzeuges und seiner Person bewirkt."

- 
- 1) Vierteljahresschrift zur Statistik des Deutschen Reiches 1908 I S.271
  - 2) Vierteljahresschrift zur Statistik des Deutschen Reiches 1908 I S.278 für den Zeitraum 1.10.1906 bis 30.9.1907
  - 3) Dreher/Tröndle, § 142 n.F. StGB Nr. 2

In den vierziger Jahren überarbeitete der Gesetzgeber die Vorschrift grundlegend. § 22 KfG wurde durch § 139 a RStGB ersetzt, der am 2.4.1940 in Kraft trat.

§ 139 a RStGB hatte folgenden Wortlaut:

"I. Wer sich nach einem Verkehrsunfall der Feststellung seiner Person, seines Fahrzeuges oder der Art seiner Beteiligung an dem Unfall vorsätzlich durch Flucht entzieht, obwohl nach den Umständen in Frage kommt, daß sein Verhalten zur Verursachung des Unfalls beigetragen hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

II. Der Versuch ist strafbar.

III. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter sechs Monaten."

Nach dem Jahre 1945 wurde das Gesetz beibehalten.

Man änderte im Jahre 1953 lediglich die Bezeichnung der Vorschrift. Die Bestimmung hieß nun § 142 (a.F.) StGB.

Weder § 22 KfG noch § 139 a (bzw. § 142 a.F.) StGB enthielten eine ausdrückliche Regelung über eine Rückkehrpflicht.

Dennoch wurden in den Jahren 1951 bis 1975 eine Vielzahl von Unfallbeteiligten verurteilt, weil sie nach straflosem Verlassen des Unfallortes nicht wieder zurückgekehrt waren 4).

Der Gesetzgeber erkannte bald, daß die Regelung des § 142 a.F. StGB den Erfordernissen des modernen Verkehrs nicht gerecht wurde. Die Pflichten der Unfallbeteiligten waren nicht genau genug bestimmt.

Trotzdem dauerte es bis zum Jahre 1975, ehe die Neufassung des § 142 StGB mit dem bis heute geltenden Wortlaut in Kraft trat. Ziel der Strafrechtsreform war es, die Unzulänglichkeiten des § 142 a.F. StGB zu beseitigen.

---

4) BGH VRS 4, 49 ff; 9, 136 ff; OLG Hamm VRS 8, 208;  
BGH VRS 29,270 ff. mit weiteren Nachweisen

Dies sollte durch eine ausführliche und den modernen Verkehrsverhältnissen angepaßte Vorschrift erreicht werden 5).

Nach der Neufassung des § 142 StGB schien das Problem der Rückkehrpflicht erledigt 6). An ihre Stelle sollte nach dem Willen des Gesetzgebers eine nachträgliche Meldepflicht gem. § 142 II n.F. StGB treten 7). Es mehren sich jedoch die Stimmen, die auch im Rahmen des § 142 n.F. StGB eine Rückkehrpflicht für möglich halten 8).

Die vorliegende Arbeit soll die Problematik der Rückkehrpflicht anhand eines Vergleichs zwischen § 142 a.F. StGB und § 142 n.F. StGB aufzeigen.

---

5) Drucksache des Deutschen Bundestages 7/2434 S.1

6) Jagusch zu § 142 n.F. StGB Rz 42

7) Drucksache des Deutschen Bundestages 7/2434 S. 8

8) Berz DAR 1975, 309 (314)

A Der Unterschied zwischen dem Tatbestandsmerkmal der "Flucht" und dem "Sichentfernen vom Unfallort"

I. Das Tatbestandsmerkmal des "Sichentfernens vom Unfallort" in § 142 I n.F. StGB

Das Tatbestandsmerkmal des "Sichentfernens vom Unfallort" ist für die gesamte Problematik des § 142 I n.F. StGB von großer Bedeutung.

Eine Rückkehrpflicht kann nur relevant werden, wenn sich der Unfallbeteiligte vorher vom Unfallort entfernt hat. Daher ist es besonders wichtig, den Vollendungszeitpunkt möglichst exakt zu bestimmen. Nach der Neufassung des § 142 StGB muß von einer Tatbestandsverwirklichung ausgegangen werden, wenn der Täter sich vom Unfallort entfernt, bevor er die erforderlichen Feststellungen ermöglicht hat (§ 142 I Nr. 1 n.F. StGB).

Wesentlich ist hierbei eine genaue Definition des "Unfallortes" und des "Sichentfernens". Beide Begriffe sind zu trennen, da sie zwei verschiedene Merkmale beinhalten. So handelt es sich einmal um die Abgrenzung einer bestimmten Örtlichkeit, zum anderen geht es um die Beschreibung einer Handlungsmodalität 9).

1. Der "Unfallort"

Die genaue räumliche Abgrenzung des Unfallortes ist umstritten. Einigkeit besteht darin, daß Anstoßstelle und Unfallort nicht identisch sein müssen.

Zu diesem Schluß zwingt bereits die Verkehrspraxis. Die beteiligten Unfallfahrzeuge kommen nicht immer unmittelbar an der Anstoßstelle zum Stehen. Die räumliche Grenze des Unfallorts wird durch den Aufprallwinkel und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge unterschiedlich bestimmt.

---

9) Bär JR 1982, 378 (380)

Auch juristische Probleme zwingen zu einer großzügigeren Interpretation. Dies gilt insbesondere für § 34 I Nr. 2, 2. Alt. StVO. Demnach haben die Unfallkontrahenten die Verpflichtung, bei geringfügigen Schäden unverzüglich zur Seite zu fahren. Der unmittelbare Bereich der Anstoßstelle wird verlassen.

Diese Überlegungen veranlaßten die Literatur zu einem Vergleich des § 142 I n.F. StGB mit § 34 I Nr. 2 StVO 10). Beide Vorschriften regeln das Verhalten nach einem Unfall. Einerseits wird ein Verbleiben am Unfallort verlangt; andererseits besteht die Rechtspflicht, beiseite zu fahren. Um diese beiden Forderungen des Gesetzes in Einklang zu bringen, gibt es nur eine Möglichkeit. Der Begriff des "Unfallortes" in § 142 I n.F. StGB muß weiter ausgelegt und dabei die Vorschrift des § 34 I Nr. 2 StVO berücksichtigt werden.

Aufgrund der Überlegungen ergibt sich folgende Definition:

Als Unfallort ist die Stelle zu bezeichnen, an der sich der Schadensfall zugetragen hat (= Anstoßstelle), sowie die unmittelbare Umgebung, in der die beteiligten Kraftfahrzeuge zum Stillstand gekommen sind. Dazu gehört ferner der Bereich, in dem die Fahrer ihre Fahrzeuge anhalten können, wenn sie ihrer Pflicht aus § 34 I Nr. 2, 2. Alt. StVO nachkommen wollen 11).

Eine solche, allein auf die Lage der beteiligten Kraftfahrzeuge abgestellte, Begriffsbestimmung ist unzureichend. Mit ihr läßt sich der Unfallort nicht in allen Fällen situationsgerecht abgrenzen. Sie berücksichtigt nicht die Tatsache, daß viele Unfallbeteiligte die Anstoßstelle zu Fuß verlassen.

---

10) Bär-Hauser, § 142 n.F. StGB Nr. I 6 b

11) Cramer § 142 n.F. StGB Rz 51, •

Cramer in Schönke-Schröder, § 142 n.F. StGB, Rz. 36

OLG Bremen VRS 52, 423 (425)

Es ginge wohl zu weit, ihnen jegliche Entfernung von ihren Fahrzeugen zu verbieten. Dies gilt insbesondere für die Beweissicherung durch die Unfallkontrahenten selbst.

Um die gesamte Situation festzuhalten, kann es erforderlich sein, aus größerer Entfernung Fotografien anzufer-tigen. So können Bremsspuren eine beachtliche Länge errei-chen. Gerade sie sind aber für das Unfallgeschehen von großer Bedeutung.

Mit obiger Definition kommt man in diesen Fällen zu kei-nem überzeugenden Ergebnis. Sie berücksichtigt zu ein-seitig die Erfordernisse des § 34 I Nr. 2 StVO. Die Un-fallbeteiligten dürften den unmittelbaren örtlichen Be-reich um die Anstoßstelle nicht verlassen. Sie hätten keine Möglichkeit, alle erforderlichen Beweise zu sichern.

Eine bessere Lösung soll eine von der Rechtsprechung vertretene These ermöglichen.

Der "Unfallort" ist derjenige Bereich, in dem fest-stellungsbereite Personen Unfallbeteiligte vermuten und gegebenenfalls durch Befragen ermitteln würden 12).

Diese Ansicht wird sehr knapp mit dem Wortlaut und dem Schutzgedanken des § 142 I n.F. StGB begründet 13). Er schützt das private Interesse der Unfallbeteiligten und der Geschädigten an der Aufklärung des Unfallgeschehens. Dadurch sollen berechnigte Schadensersatzansprüche ge-sichert bzw. unberechtigte abgewehrt werden 14). Aus-schlaggebend dürfte die Überlegung gewesen sein, daß nicht jede geringfügige Ortsveränderung tatbestandsmäßig sein kann.

---

12) OLG Hamm DAR 1978, 139 (140) = VRS 54, 433  
KG DAR 1979, 22 (23)

13) OLG Hamm DAR 1978, 139 (140)

14) Lackner, § 142 n.F. StGB Nr. 1

Die exakte Bestimmung des Unfallortes ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig. Die Lage der beteiligten Fahrzeuge, der Straßenverlauf und die Schwere des Unfalls spielen eine wichtige Rolle.

Erscheint eine umfangreiche Spurensicherung nicht erforderlich, so ist eine Einigung der Parteien an einem verkehrssicheren Platz denkbar. Bei geringfügigen Schäden können Passanten demnach davon ausgehen, daß sich Unfallbeteiligte auch noch in einer gewissen Entfernung aufhalten.

Die von der Rechtsprechung vertretene These kann nicht ganz überzeugen. Sie würde dazu führen, daß der räumliche Bereich des Unfallortes bei ein und demselben Schadensereignis variabel beurteilt werden könnte.

Dies wird bei folgendem Beispielsfall deutlich:

Auf einer Autobahn ereignet sich hinter einer langen, unübersichtlichen Kurve ein schwerer Unfall. Dadurch wird der nachfolgende Verkehr gefährdet. Die Unfallbeteiligten sind gem. § 34 I Nr. 2, 1. Alt. StVO verpflichtet, die Unfallstelle zu sichern. Deshalb muß vor der Kurve ein Warndreieck aufgestellt werden. Der Unfallbeteiligte entfernt sich in diesem Fall über eine größere Wegstrecke von der Anstoßstelle.

Hat sich der Unfall erst vor kurzem ereignet, so müssen feststellungsbereite Personen davon ausgehen, daß ein Unfallbeteiligter gerade die Unfallstelle absichert. Sie vermuten ihn daher auch in größerer Entfernung. Ein Täter hat deshalb die Möglichkeit, in Richtung Kurve die Anstoßstelle zu verlassen, um den Unfallort abzusichern. Der Bereich des bei § 142 I n.F. StGB straflosen Versuchs wird nicht überschritten.

Nach dem Gesetzeswortlaut genügt eine Ortsveränderung innerhalb des Unfallortes für die Tatbestandsverwirklichung nicht 15).

Befindet sich bereits eine größere Menschenmenge am Unfallort, ist die Situation für feststellungsbereite Personen anders zu beurteilen. Sie müssen nun davon ausgehen, daß die Unfallstelle bereits abgesichert ist. Demnach beschränkt sich der räumliche Bereich des Unfallortes auf die unmittelbare Umgebung der beteiligten Kraftfahrzeuge. Ein Täter, der zu diesem Zeitpunkt die Anstoßstelle in Richtung Kurve verläßt, macht sich daher gem. § 142 I n.F. StGB strafbar.

Dieser Beispielsfall verdeutlicht, wie schwierig es ist, den Unfallort exakt zu bestimmen. So wird sicher niemand das nächste Krankenhaus zum Unfallort zählen, obwohl nach einem schweren Unfall Beteiligte dort zu vermuten sind. Der eng begrenzte Bereich des Unfallortes darf im Einzelfall nicht beliebig ausgedehnt werden.

Die These der Rechtsprechung muß daher eingeschränkt werden. Sie darf nur für die exakte Abgrenzung der unmittelbaren Umgebung der Anstoßstelle dienen. Zu ihr muß ein enger räumlicher Zusammenhang bestehen 16).

---

15) Berz DAR 1975, 309 (310),  
OLG Hamm NJW 1979, 438; BayObLG NJW 1979, 436 (437)  
Cramer in Schönke-Schröder, § 142 n.F. StGB, Rz. 37  
Rüth im Leipziger Kommentar, § 142 n.F. StGB, Rz 63

16) so im Grundsatz auch Küper JZ 1981, 209 (215)

Eine andere Einschränkung hat mit der örtlichen Abgrenzung des Unfallortes nichts zu tun. Für die Definition des Begriffes "Unfallort" in der Rechtsprechung ist es wichtig, wo feststellungsbereite Personen Unfallbeteiligte noch vermuten. Eine solche Vermutung darf jedoch nur auf Personen gestützt werden, die im unmittelbaren Unfallbereich zurückgeblieben sind 17). Damit soll ausdrücklich klargestellt werden, daß eine Verfolgung durch Passanten unbeachtlich ist 18).

Für die Abgrenzung des Unfallortes wird zuweilen noch ein zusätzliches Kriterium herangezogen:

Ein Unfallbeteiligter befindet sich innerhalb des Unfallortes, solange er seine Unfallbeteiligung gegenüber feststellungsbereiten Personen offenbaren kann. Ist er infolge einer Ortsveränderung dazu nicht mehr in der Lage, hat er den räumlichen Bereich des § 142 I n.F. StGB verlassen 19).

Diese Meinung ermöglicht es nicht, die räumliche Grenze des Unfallortes zu bestimmen. Der Unfallbeteiligte hat seine Vorstellungspflicht gem. § 142 I Nr.1 1.HS n.F. StGB am Unfallort zu erfüllen. Dies hat zu geschehen, bevor er sich vom Unfallort entfernt. Daher kann dieses Kriterium für die örtliche Abgrenzung nicht maßgeblich sein 20).

---

17) BayObLG NJW 1979, 437 (438)

18) OLG Celle NdsRpfl. 1977, 169; OLG Hamm DAR 1978, 139 (140)

19) Rudolphi in SK StGB § 142 Rn 35

20) Küper JZ 1981, 209 (215)

Ferner sind Fälle denkbar, in denen sich der Unfallbeteiligte nicht mehr am Unfallort aufhält und dennoch seine Vorstellungspflicht erfüllen kann. So kann es vorkommen, daß eine öffentliche Straßeneinrichtung in unmittelbarer Nähe der Straßenverkehrsbehörde beschädigt wird. Begibt sich ein Unfallbeteiligter ohne zu warten in dieses Gebäude, befindet er sich nicht mehr am Unfallort. Trotzdem ist es ihm möglich, dem Berechtigten zu erklären, daß er am Unfall beteiligt war.

Für eine großzügige Auslegung des Begriffes "Unfallort" kann auch nicht das Argument sprechen, daß § 34 I Nr. 2 StVO nicht im Widerspruch zu § 142 I n.F. StGB stehen darf 21). § 34 I Nr. 2, 2.Alt.StVO verlangt ein sofortiges Beiseitefahren bei geringfügigen Schäden. Die Unfallbeteiligten müssen die Anstoßstelle verlassen, aber nicht den Unfallort 22).

Eine abschließende Zusammenfassung ergibt somit folgende Definition:

"Unfallort" ist der Bereich, in dem die beteiligten Fahrzeuge bei einem derartigen Schadensereignis normalerweise zum Stehen kommen (= Anstoßstelle), sowie deren unmittelbare Umgebung, in der feststellungsbereite Personen nach den besonderen Umständen des Einzelfalls Unfallbeteiligte noch vermuten oder gegebenenfalls durch Befragen ermitteln würden.

---

21) OLG Bremen VRS 52, 423 (425)

22) Bär-Hauser, § 142 n.F. StGB, Nr. I 6 b

Die hier vertretene Auffassung führt zu einer engen Interpretation des "Unfallortes". Eine unterschiedliche Bewertung des jeweiligen Einzelfalls wird dadurch nicht ausgeschlossen. Der Beurteilungsspielraum dient dem Interesse der Unfallbeteiligten und der Verkehrspraxis. Eine grenzenlose Ausdehnung des "Unfallortes" muß jedoch vermieden werden. Insbesondere darf die "Vermutungsformel" nicht dazu führen, die durch den Unfallort festgelegte Grenze des Tatbestandes zu verwischen. Sie muß strikt auf die Bestimmung des "Nahbereichs" beschränkt bleiben. Der "Unfallort" würde sonst nach Billigkeitserwägungen bestimmt werden. Seinem Wesen nach enthält er aber ausschließlich "geographische" Merkmale 23).

## 2. Das "Sichentfernen"

"Sichentfernen" bedeutet sprachlich eine Ortsveränderung: der Täter verläßt einen Ort, um einen anderen aufzusuchen. Demnach wäre der Tatbestand des § 142 I n.F.StGB verwirklicht, wenn der Täter die räumliche Grenze des Unfallortes überschritten hat. Eine derart enge Auslegung ginge allerdings zu weit. Zum einen kann in der Praxis der Unfallort nur schwer auf den Meter genau bestimmt werden, zum anderen muß auch hier ein gewisser Spielraum bleiben, der den besonderen Umständen des Einzelfalls gerecht wird. So kann der erste Schritt, mit dem der Unfallbeteiligte den Unfallort verläßt, nicht genügen 24). Der zur Verfügung stehende Spielraum ist aber durch den Gesetzeswortlaut sehr eng begrenzt.

---

23) Küper JZ 1981, 209 (215)

24) Rütth im Leipziger Kommentar, § 142 n.F. StGB, Rz. 63

Für das "Sichentfernen" reicht eine Ortsveränderung aus, die infolge einer räumlichen Trennung über den Bereich des Unfallortes hinausgeht 25). Es bedarf nur einer geringen Absatzbewegung des Täters, so daß ein Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen nicht mehr ohne weiteres erkennbar ist 26).

Diese Auslegung wird auch dem Schutzzweck des § 142 I n.F. StGB gerecht. Nur so können die Geschädigten bzw. sonstige feststellungsberechtigte Personen die erforderlichen Feststellungen am Unfallort erhalten.

Der Tatbestand des § 142 I n.F. StGB wird verwirklicht, wenn der Unfallbeteiligte den Unfallort verläßt. Es genügt, daß der räumliche Zusammenhang zwischen dem Täter und dem Unfallort aufgehoben ist 27). Eine Verfolgung des Täters durch andere Personen ändert an der Strafbarkeit nichts 28).

---

25) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB, Rz 37  
Rüth im Leipziger Kommentar, § 142 n.F. StGB, Rz 60  
Bär-Hauser, § 142 n.F. StGB Nr. I 6 b  
Berz DAR 1975, 309 (310)

26) OLG Stuttgart NJW 1981, 878 = VRS 59, 416 = JR 1981, 209 (210)  
mit Anm. Hentschel 211 ff.

27) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 n.F. StGB, Rz. 37  
BayObLG NJW 1979, 436 (437)

28) Janiszewski, DAR 1975, 169 (172, 173)

Das Tatbestandsmerkmal "Sichentfernen" wird zum Teil noch anders interpretiert.

LACKNER 29) meint, es solle nicht nur die räumliche Trennung maßgeblich sein, sondern darüber hinaus auch der damit verfolgte Zweck. Eine Ortsveränderung wäre nicht tatbestandsmäßig im Sinne des § 142 I n.F. StGB, wenn der Täter trotzdem uneingeschränkt für Feststellungen zur Verfügung stehe. Dies müsse insbesondere für den Fall gelten, daß durch das "Sichentfernen" die Feststellungen gefördert werden.

LACKNER begründet seine Ansicht mit dem Sinn und Zweck des § 142 I n.F. StGB. § 142 n.F. StGB schützt nach der herrschenden Meinung 30) das private Interesse der Unfallbeteiligten oder sonstigen Geschädigten an der Durchsetzung berechtigter bzw. Abwehr unberechtigter Schadensersatzansprüche. LACKNER 31) zieht daraus die Konsequenz, daß ein "Sichentfernen" solange nicht tatbestandsmäßig sei, als dadurch Feststellungen nicht beeinträchtigt würden. Eine Strafbarkeit aus § 142 I n.F. StGB wäre unangebracht.

Die jeweilige besondere Situation des Einzelfalles erfordere es, die Regelung des § 142 I n.F. StGB möglichst flexibel zu gestalten. Nur so könnten unbillige Ergebnisse vermieden werden.

---

29) Lackner, § 142 n.F. StGB Nr. 4 a

30) Lackner, § 142 n.F. StGB Nr. 1,  
Cramer, § 142 n.F. StGB, Rz 1 mit weiteren Nachweisen

31) vgl. 29)

Hier tritt wieder dasselbe Problem auf, das bereits bei der Abgrenzung des Unfallortes erörtert wurde. Es gibt in der Praxis Fälle (vgl. unter 1.), in denen die Regelung des § 142 I n.F. StGB zu eng erscheint.

Um dies im objektiven Tatbestand zu korrigieren, gibt es zwei Alternativen:

Entweder legt man den Begriff des "Unfallortes" möglichst weit aus (vgl. a) oder versucht, ein ähnliches Ergebnis durch eine großzügige Interpretation des "Sichentfernens" zu erreichen.

Auch hier gibt es schwerwiegende Bedenken. Das Gesetz geht von einer sehr frühen Tatbestandsverwirklichung aus. Der Versuch des § 142 n.F. StGB wurde daher bei dessen Neufassung nicht mehr unter Strafe gestellt 32). Nach dem Wortlaut der Vorschrift genügt die Tatsache, daß ein Unfallbeteiligter den Unfallort verläßt. Warum dies geschieht, also das Motiv, spielt dabei keine Rolle. Allein maßgeblich ist der Verstoß gegen das strikte Anwesenheitsgebot. Eine Ortsveränderung ist ausreichend 33).

Es kommt auch nicht darauf an, ob die erforderlichen Feststellungen durch das "Sichentfernens" gefördert werden. Die Vorschrift des § 142 I n.F. StGB stellt ausdrücklich klar, daß diese Feststellungen am Unfallort getroffen werden müssen.

Dem Geschädigten obliegt die zivilrechtliche Beweislast. Eine Beweissicherung am Ort des Unfalls ist für ihn von großer Bedeutung. Dem Geschädigten wird nur im Falle des § 142 II n.F. StGB ausnahmsweise zugemutet, sich mit Feststellungen zufrieden zu geben, die nicht am Unfallort getroffen worden sind.

---

32) BayObLG VRS 50, 186 (187)

33) Cramer, § 142 n.F. StGB Rz 53

Noch ein anderes Argument spricht gegen eine weite Auslegung des Begriffes des "Sichentfernens".

Ein Unfallbeteiligter entfernt sich, ohne die erforderlichen Feststellungen zu gefährden. Kurze Zeit später ändert er seine Meinung und will nun endgültig die Feststellungen nicht mehr ermöglichen.

Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben können, zeigen sich bei der Argumentation von LACKNER 34).

Nach seiner Ansicht ist das Feststellungsinteresse beeinträchtigt, wenn der Unfallbeteiligte nicht "zurückkehrt". Dabei stellt sich die Frage, wohin der Täter "zurückkehren" sollte. Etwa zum Unfallort, den er in Wirklichkeit doch verlassen hat? Eine Strafbarkeit gem. § 142 I n.F. StGB wäre daher nicht mehr zu begründen.

§ 142 I n.F. StGB untersagt dem Unfallbeteiligten nur, sich vom Unfallort zu entfernen. Die Vorschrift greift nicht ein, wenn er sich von einem anderen Ort entfernt 35).

Der Begriff des "Sichentfernens" muß auf seinen eigentlichen Sinn beschränkt bleiben. Dieser besteht ausschließlich in einer Ortsveränderung. Eine andere Interpretation wäre dogmatisch schwer zu begründen. Sie würde in Fällen eines tatsächlichen oder nicht widerlegbaren Gesinnungswechsels zu Ergebnissen führen, die von § 142 I n.F. StGB nicht mehr gedeckt sind. Warum ein Unfallbeteiligter den Unfallort verläßt, kann für die Frage einer Berechtigung von Bedeutung sein. Auf die Verwirklichung des objektiven Tatbestandes hat dies keinen Einfluß.

Als Ergebnis ist festzuhalten:

"Sichentfernen" bedeutet eine Ortsveränderung, die über den Bereich des Unfallortes hinausgeht, so daß ein Zusammenhang mit dem Unfall nicht mehr ohne weiteres erkennbar ist.

---

34) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 4 a

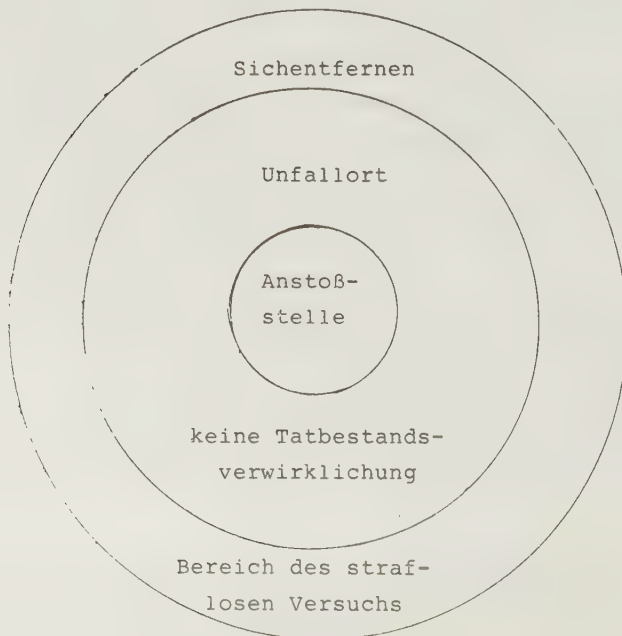
35) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 n.F. StGB Rz 40

3) Das "Entfernen vom Unfallort"

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, daß eine exakte Gesamtdefinition überaus schwierig ist. Dies hängt mit der Problematik einer abstrakten Begriffsbestimmung zusammen, die die jeweiligen Umstände des Einzelfalls berücksichtigen muß.

Bildlich könnte man sich das "Entfernen vom Unfallort" in drei räumlichen Ortsradien vorstellen:

- In der Mitte befindet sich die Anstoßstelle.  
Das ist der Punkt, an dem sich das Schadensereignis zugetragen hat.
- Daran schließt sich der Bereich des "Unfallortes" an.
- Das Überschreiten des dritten Radius vollendet die Tatbestandsverwirklichung im Sinne des "Sichentfernens".



## II. Das Tatbestandsmerkmal der Flucht in § 142 a.F. StGB

Das frühere Tatbestandsmerkmal der "Flucht" hatte einen anderen Inhalt.

Zwar wurde auch hier eine räumliche Entfernung vorausgesetzt. Es genügte nicht, wenn sich der Unfallbeteiligte weigerte, seine Personalien anzugeben 36). Eine Ortsveränderung war erforderlich. Diese konnte sehr gering sein. Der Täter mußte sich so weit von der Unfallstelle entfernen, daß er nicht mehr ohne weiteres erreichbar oder als Beteiligter feststellbar war 37).

Auch eine Ortsveränderung innerhalb des Unfallortes konnte ausreichen, wenn dadurch die Feststellungen erschwert wurden 38). Der Täter mußte Angaben zu seiner Person, seinem Fahrzeug und der Art seiner Beteiligung machen 39).

Andererseits durfte sich der Unfallbeteiligte sogar in eine nahegelegene Gaststätte oder in die eigene Wohnung begeben 40). Hatten die übrigen Unfallbeteiligten davon Kenntnis, so konnten sie ihn jederzeit erreichen. Eine Vereitelung der Feststellungen war somit nicht gegeben. Auf das Einverständnis der Berechtigten kam es dabei nicht an.

---

36) Dreher/Tröndle, § 142 n.F. StGB Nr. 3 A

37) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 a.F. StGB, Rz 18  
Preisendanz, § 142 a.F. StGB Nr. 4 a  
Lackner, § 142 a.F. StGB Nr. 3  
BGHSt 14, 89 (93) mit weiteren Nachweisen  
BGH NJW 1955, 310; OLG Karlsruhe GA 1970, 311 (312)

38) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 a.F. StGB, Rz 18  
BGH VRS 5, 287; 9, 136

39) Dreher/Tröndle, § 142 a.F. StGB Nr. 3 A

40) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 a.F. StGB, Rz 18

# 1. Keine Flucht trotz Verlassens des Unfallortes

Das OLG Karlsruhe verneinte im folgenden Fall bereits den objektiven Tatbestand 41):

"Der Angeklagte hatte als Fahrer eines PKWs die Vorfahrt eines neunjährigen Radfahrers mißachtet. Der Unfall ereignete sich in einer kleinen Ortschaft. Bei dem Zusammenstoß wurde der Junge verletzt. Der Angeklagte erklärte, er sei der "Paul von der Sonne", schickte ihn nach Hause zu seinen Eltern und trug ihm auf, den Eltern auszurichten, sie möchten zur Erledigung der Angelegenheit zu ihm kommen.

Nach etwa 10 Minuten fuhr der Angeklagte mit seinem Kraftwagen in seine nahegelegene Wohnung.

Feststellungen über den Unfallhergang und die Art seiner Beteiligung wurden von keiner der vielen am Unfallort anwesenden, dem Angeklagten bekannten Personen getroffen. Nachdem der Angeklagte sich 10 Minuten in seiner Wohnung aufgehalten hatte, ohne daß die Eltern des verletzten Jungen erschienen, wollte er sich zu ihnen aufmachen, um selbst mit ihnen zu sprechen. Nach der vom LG für unwiderlegt gehaltenen Einlassung des Angeklagten rief zu diesem Zeitpunkt die Polizei bei ihm an, die inzwischen von der Mutter des verletzten Kindes verständigt worden war."

Zur Begründung führte das OLG Karlsruhe aus, der beteiligte Junge sei wegen seines Alters nicht in der Lage gewesen, die erforderlichen Feststellungen zu treffen. Aus dem gleichen Grund habe er auch nicht wirksam auf sie verzichten können. Der Angeklagte habe sich lediglich in seine nahegelegene Wohnung begeben. Dem verletzten Jungen habe er aufgetragen, seinen Eltern auszurichten, daß er zu Hause zu erreichen sei. Den Umstehenden und der Polizei müsse erkennbar gewesen sein, wo sich der Angeklagte aufgehalten habe.

Er sei als Metzgermeister in der kleinen Ortschaft eine bekannte Persönlichkeit gewesen. Zwar habe der Angeklagte die Unfallstelle verlassen. In seiner Wohnung wäre er als Unfallbeteiligter jedoch noch ohne weiteres erreichbar bzw. als Beteiligter feststellbar gewesen.

---

41) OLG Karlsruhe GA 1970, 311 ff.

Das OLG Karlsruhe lehnte auch die Verwirklichung des subjektiven Tatbestandes ab. Der Angeklagte habe sich den Feststellungen nicht durch Flucht entziehen wollen. Es könne ihm nicht widerlegt werden, daß er zu den Eltern des Kindes habe gehen wollen, nachdem diese bei ihm nicht erschienen seien. Die erforderlichen Feststellungen hätten nicht unbedingt an der Unfallstelle getroffen werden müssen. Dies hätte ebenso in der nahegelegenen Wohnung geschehen können.

Der Angeklagte sei nicht verpflichtet gewesen, seinen Kraftwagen an der Unfallstelle zurückzulassen. Er hätte ihn nur in unmittelbarer Nähe des Unfallortes zur Verfügung halten müssen. Feststellungsbereite Personen hätten dann die erforderlichen Feststellungen jederzeit treffen können. Im vorliegenden Fall läge daher keine Flucht vor 42).

Nach der Neufassung des § 142 StGB wäre ein solches Ergebnis bedenklich. § 142 I n.F. StGB stellt ausschließlich auf den Unfallort ab. Den hätte der Angeklagte verlassen, indem er sich in seine Wohnung begeben hat. Die erforderlichen Feststellungen sind vorher nicht getroffen worden. Es käme nicht mehr darauf an, ob sich der Unfallverursacher bemüht hat, die Eltern nachträglich zu verständigen. Dies würde allenfalls im Rahmen des § 142 II n.F. StGB eine Rolle spielen. An der Strafbarkeit würde sich nichts ändern.

---

42) OLG Karlsruhe a.a.O. 312

Eine ähnliche Entscheidung fällt das BayObLG 43).  
Hier lag folgender Sachverhalt zugrunde:

"Der Angeklagte besuchte am Abend zusammen mit der Zeugin S., seiner damaligen Verlobten, das Lokal B. in der O.-straße und trank dort Alkohol. Nachdem es zwischen ihm und S. zu einem Streit gekommen war, verließ letztere das Lokal und fuhr mit ihrem Personenkraftwagen durch die O.-straße. Der Angeklagte folgte ihr mit seinem Personenkraftwagen. Bereits nach der ersten Straßenkreuzung fuhr er mehrmals von hinten auf das Fahrzeug der Zeugin auf. Dieses wurde beschädigt. Die Zeugin S. stieg aus und wollte zum Lokal B. zurückgehen, um von dort aus die Polizei herbeizurufen. Um sie hieran zu hindern, hielt sie der Angeklagte fest, mußte sie jedoch wegen des Dazwischentretens eines Dritten wieder loslassen. Inzwischen hatte eine Anwohnerin vom Fenster aus heruntergerufen, sie verständige die Funkstreife. Die Zeugin S. nahm deshalb davon Abstand, zum Lokal B. zurückzugehen. Dagegen begab sich der Angeklagte, obwohl er ebenfalls den Zuruf gehört hatte, nunmehr in das Lokal. Dort trank er ein doppeltes Glas Himbeergeist und ging dann zum Telefon. Es konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er dabei die Funkstreife anrief. Möglicherweise trank er anschließend nochmals ein doppeltes Glas Himbeergeist. Fünf bis zehn Minuten nach seinem Weggang kehrte er zur Unfallstelle zurück. Gegenüber der dort inzwischen eingetroffenen Funkstreife bekannte er sich als Fahrer des aufgefahrenen Fahrzeugs."

Das BayObLG verneinte den Tatbestand des § 142 a.F. StGB. Es genüge nicht, daß sich der Unfallbeteiligte nur den Feststellungen entziehe. Eine "Flucht" sei immer erforderlich. Der Täter müsse die Unfallstelle verlassen. Der Tatbestand wäre erst dann vollendet, wenn der Unfallbeteiligte nicht mehr feststellbar oder erreichbar sei.

Die Umstände des jeweiligen Einzelfalls seien zu beachten 44). Eine geringe Ortsveränderung reiche aus, wenn der Täter dadurch nicht mehr als Beteiligter erkennbar sei. Andererseits könne eine größere Ortsveränderung vom Unfallort unerheblich sein, falls die erforderlichen Feststellungen nicht gefährdet würden.

---

43) BayObLG JR 1969, 429 mit zustimmender Anmerkung Schröder

44) BayObLG a.a.O. unter Hinweis auf BGH VRS 9, 136

Im vorliegenden Fall sei der Angeklagte auch in der Gastwirtschaft erreichbar gewesen. Zudem hätten ihn die anderen Unfallbeteiligten erkannt und ihn als Unfallverursacher betrachtet. Die Wirtschaft sei in unmittelbarer Nähe des Unfallortes gelegen. Außerdem habe der Angeklagte sein Fahrzeug am Unfallort zurückgelassen. Das kurzfristige Aufsuchen des Lokals könne somit keine "Flucht" im Sinne des § 142 a.F. StGB sein.

Einen anderen Umstand mußte das BayObLG nicht mehr prüfen. Der Angeklagte hatte behauptet, sich vom Unfallort entfernt zu haben, um seinerseits die Polizei zu verständigen. Da bereits die Tatbestandsverwirklichung abgelehnt wurde, war ein Rechtfertigungsgrund nicht erforderlich 45).

In seiner Anmerkung billigte SCHRÖDER 46) die Entscheidung. Er meinte, man könne beim vorübergehenden Verlassen des Unfallortes nicht von einer "Flucht" sprechen. Die Handlung des Angeklagten sei objektiv nicht geeignet gewesen, sich der Feststellung seiner Person zu entziehen. Er habe sich nicht verstecken wollen, sondern sei jederzeit bereit gewesen, zur Unfallstelle zurückzukehren.

---

45) BayObLG JR 1969, 429

46) Schröder in JR 1969, 430

Dieser Fall wäre nach § 142 I n.F. StGB ebenfalls anders zu beurteilen. Die strikte Bindung an den Unfallort schränkt die Bewegungsfreiheit der Beteiligten stark ein. § 142 I n.F. StGB verbietet jede räumliche Entfernung, die über den Unfallort hinausgeht (vgl. A I 1). Eine nahegelegene Gastwirtschaft gehört nicht mehr zum Unfallort. Der räumliche Bereich des § 142 I n.F. StGB ist auf die unmittelbare Umgebung der Anstoßstelle begrenzt.

Ein Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen war von dem Augenblick an nicht mehr erkennbar, als sich der Täter in das Lokal begab. § 142 I n.F. StGB stellt nicht mehr darauf ab, ob durch das "Sichentfernen" die erforderlichen Feststellungen beeinträchtigt werden. Die Vorschrift verbietet das Verlassen des Unfallortes, bevor die Feststellungen getroffen worden sind. Demnach hätte sich der Täter vom "Unfallort entfernt".

Es käme somit darauf an, ob der Angeklagte den Unfallort verlassen durfte, um seinerseits die Polizei zu verständigen. Ihm war bekannt, daß eine Anwohnerin die Funkstreife benachrichtigen wollte. Nach dem Eintreffen der Polizei hätten die erforderlichen Feststellungen am Unfallort getroffen werden können. Der Angeklagte wäre daher nicht berechtigt gewesen, den Unfallort zu verlassen.

## 2. Flucht trotz Verbleibens am Unfallort

Die vorangegangenen Beispielfälle zeigten, daß das Tatbestandsmerkmal "Flucht" sehr weit ausgelegt werden konnte. Es gab jedoch auch Entscheidungen, die es sehr eng interpretierten. Für die Tatbestandsverwirklichung konnte bereits eine sehr geringe Entfernung ausreichen. Sogar eine "Flucht" im unmittelbaren Bereich der Unfallstelle war möglich.

Auch hier ging der BGH von den jeweiligen Umständen des Einzelfalls aus. An die allgemeinen Abgrenzungskriterien stellte er strenge Anforderungen. Auf diese Weise sollte der Gefahr von Beweisverlusten begegnet werden. Als Argument diente die frühere Fassung des § 22 I S. 2 KraftG. Sie sah eine besondere Art der "tätigen Reue" vor.

Der BGH meinte, der Gesetzgeber habe diese Bestimmung bewußt in § 139 a StGB (später § 142 a.F. StGB) nicht mehr aufgenommen. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß das Rechtsgut besonderen Schutzes bedürfe.

Für eine "Flucht" könne schon eine kurze Distanz ausreichen. Der Täter müsse die Unfallstelle räumlich verlassen. Der Tatbestand sei vollendet, wenn er nicht mehr ohne weiteres erreichbar sei. Die erforderlichen Feststellungen müßten nicht tatsächlich vereitelt oder erschwert werden. Es genüge, wenn die Aufklärung des Unfalls gefährdet werden könnte. Dazu zähle insbesondere die Gefährdung der Beweissicherung 47).

---

47) BGH VRS 9, 136; 5, 287

Die Folgen dieser Rechtsprechung waren bedeutsam. Ein Unfallbeteiligter konnte innerhalb des unmittelbaren räumlichen Bereichs der Unfallstelle "fliehen". Eine Ortsveränderung wurde immer gefordert. Sie konnte jedoch sehr geringfügig sein.

Eine "Flucht" wurde bejaht, wenn sich ein Unfallbeteiligter unter eine Menschenmenge mischte, um nicht erkannt zu werden. Setzte er sich in den Garten einer Gaststätte, der unmittelbar neben der Anstoßstelle lag, so konnte dies ebenfalls den Tatbestand verwirklichen. Die Handlung mußte nur geeignet sein, die erforderlichen Feststellungen zu erschweren 48).

Im Gegensatz dazu scheint § 142 I n.F. StGB dem Unfallbeteiligten einen klar umgrenzten Bewegungsraum zu gewähren - den Unfallort. Innerhalb dieses Bereichs kann er sich völlig frei bewegen. Ein Beteiligter wäre daher nicht gehindert, sich unter eine Menschenmenge zu mischen. Um diese Möglichkeit zu vermeiden, wurde die Bestimmung des § 142 I Nr. 1 1.HS StGB eingeführt. Der Unfallbeteiligte muß zu erkennen geben, daß er am Unfall beteiligt war.

Die Anwendung des § 142 I n.F. StGB bereitet Schwierigkeiten, wenn der Bereich des "Unfallortes" in der Verkehrspraxis bestimmt werden soll. Da auch nach der Neufassung die Umstände des jeweiligen Einzelfalls maßgeblich sind, gibt es keine einheitliche Grenze. Ein Unfallbeteiligter kann nie mit Sicherheit wissen, wie weit er sich von der Anstoßstelle entfernen darf. Es besteht immer die Gefahr, daß das Gericht anderer Meinung sein könnte.

Der theoretisch exakt zu bestimmende Bewegungsspielraum des § 142 I n.F. StGB ist in der Praxis nichts wert.

---

48) Cramer in Schönke-Schröder, § 142 a.F. StGB Rz 18  
Preisendanz § 142 a.F. StGB Nr. 4  
Dreher/Tröndle § 142 a.F. StGB Nr. 3 A

### 3. Flucht von einem anderen Ort

Das Tatbestandsmerkmal der Flucht konnte nicht nur vom Unfallort aus verwirklicht werden. Auch jeder andere Ort war als Ausgangspunkt möglich 49).

Diese Ansicht war zur Zeit des Reichsgerichts umstritten 50). Sie festigte sich nach anfänglichem Zögern 51) zur ständigen Rechtsprechung 52). Zwei verschiedene Meinungen standen sich gegenüber.

Die Vertreter einer engen Auslegung waren der Ansicht, daß § 22 KraftG nur unmittelbar nach einem Unfall verwirklicht werden könne. Sein Anwendungsbereich beschränke sich auf die Unfallstelle. Die Vertreter einer weiten Auslegung dagegen beriefen sich auf den Sinn und Zweck des § 22 KraftG. Nach einem Unfall müßten der Fahrer und das beteiligte Fahrzeug umgehend ermittelt werden. Außerdem solle die Vorschrift gewährleisten, daß die Verletzten Hilfe erhalten. Es dürfe daher nicht darauf ankommen, ob jemand die Möglichkeit hat, die Unfallstelle straflos zu verlassen. Entziehe er sich zu einem späteren Zeitpunkt den Feststellungen, so mache er sich dann strafbar 53).

Das Reichsgericht zögerte ursprünglich, der weiten Auslegung des § 22 KraftG zuzustimmen 54). Der Zweck des Gesetzes sei es, die erforderlichen Feststellungen während der Anwesenheit am Unfallort zu gewährleisten. Spätere Feststellungen würden oft erfolglos bleiben.

---

49) BGH VRS 5, 200; BGHSt 5, 124; KG VRS 16, 118

50) Karl DR 1939, 1436

51) RGSt 63, 18; GA 72, 290

52) RG in JW 1937, 2645; RG in DR 1939, 1435

53) RG in DR 1939, 1435

54) RGSt 63, 18

In dem vom Reichsgericht zu entscheidenden Fall wurde der Täter durch gewaltdätige Passanten am Unfallort bedroht. Dem Unfallbeteiligten wurde ein rechtfertigender Notstand zugebilligt. Er konnte den Unfallort straflos verlassen.

Das Reichsgericht schränkte dies aber ausdrücklich wieder ein. Es meinte, der Bedrohte dürfe sich nur so weit vom Unfallort entfernen, als es zu seiner eigenen Sicherheit erforderlich sei.

In späteren Entscheidungen stellte das Reichsgericht dann ausdrücklich klar, daß eine Flucht auch von einem anderen Ort aus möglich sei. Der Gesetzeswortlaut des § 22 KraftG verlange keine strikte Bindung an den Unfallort. "Unfallflucht" könne daher von jedem Ort aus begangen werden, den der Täter nach Verlassen der Unfallstelle aufsuche 55).

Der BGH billigte in mehreren Entscheidungen die Ansicht des Reichsgerichts 56). Er meinte, daß diese Auslegung auch bei § 139 a StGB (später § 142 a.F. StGB) möglich sei. Der Tatbestand könne nicht nur von der Unfallstelle aus verwirklicht werden. Der Gesetzeswortlaut enthalte keine derartige Einschränkung. Die Unfallbeteiligten seien grundsätzlich verpflichtet, sich den erforderlichen Feststellungen nicht durch Flucht zu entziehen. Als Ausgangspunkt sei daher jeder Ort denkbar. Eingeschränkt werde diese Pflicht nur durch den sogenannten "zeitlichen und räumlichen Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen" 57).

---

55) RG in JW 1937, 2645 (2646)

RG in DR 1939, 1435 mit zustimmender Anmerkung Karl

56) BGH VRS 29, 270; BGHSt 18, 114 (121)

57) BGH VRS 5, 200 (201)

Dieses Kriterium wurde bereits vom Reichsgericht angewandt 58). Es erkannte die Gefahr, daß der Tatbestand jede Grenze verlieren würde. Eine "Flucht" war nicht mehr nur vom Unfallort aus möglich. Somit könnte sich ein Unfallbeteiligter noch Tage nach einem Unfall strafbar machen. Um dies zu verhindern, erfand man eine Einschränkung. Der Tatbestand konnte nicht mehr verwirklicht werden, wenn zu dem Unfallort kein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang bestand.

Das Reichsgericht vermied es, exakte Entfernungs- oder Zeitangaben zu machen. Es meinte nur, daß Tage nach einem Unfall eine "Flucht" nicht mehr denkbar sei.

Der BGH behielt den Begriff des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" bei 59). Mit Hilfe dieser Einschränkung sollte die extensive Auslegung des § 142 a.F. StGB für die Unfallbeteiligten zumutbar sein. Wann im jeweiligen Einzelfall der Zusammenhang noch bestehe, sei vom Tatrichter zu beurteilen 60).

Der BGH erarbeitete für die Abgrenzung einige allgemeine Kriterien. Mit fortschreitender Rechtsprechung wurde der örtliche und zeitliche Zusammenhang immer weiter ausgedehnt.

Ursprünglich mußten an dem Ort, den der Täter mittlerweile erreicht hatte, feststellungsbereite Personen noch "ohne weiteres zu erwarten sein". Im konkreten Fall wurde dies bei einer Entfernung von 500 m zur Unfallstelle bejaht 61).

---

58) RG in VAE 1941, 205 = RG in DJ 1941, 1096

59) BGHSt 14, 89 (90)

60) BGH VRS 5, 200 (201)

61) BGHSt 14, 89 (95)

Später wurde der Begriff großzügiger ausgelegt.

Der Zusammenhang sollte gegeben sein, wenn Feststellungen an der Unfallstelle nach dem "regelmäßigen Ablauf der Dinge" noch zu erwarten seien.

Die Begründung dazu war widersprüchlich. Der zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen sollte nicht mit dem der Unfallaufklärung gleichgesetzt werden. Feststellungen seien unter Umständen noch nach Tagen an der Unfallstelle möglich. Daher genüge die abstrakte Möglichkeit nicht, daß Feststellungen am Unfallort noch "denkbar" seien.

Dennoch dürfe dieser Gesichtspunkt nicht unbeachtet bleiben. Auch die Dauer der Wartepflicht sei nur so bestimmbar. Die Aufklärung des Unfalls spielte also doch eine Rolle. Es sollte nicht die bloße "gedankliche" Möglichkeit genügen. Vielmehr müßte sie nach dem "regelmäßigen Ablauf der Dinge" wahrscheinlich sein 62).

Im Rahmen dieser Definition sollten die Umstände des jeweiligen Einzelfalls weitgehend berücksichtigt werden. Der zeitliche und örtliche Zusammenhang war je nach Art des Unfalls weiter oder enger.

In dem vom BGH zu entscheidenden Fall ereignete sich der Unfall nach Einbruch der Dunkelheit. Die Unfallstelle lag außerhalb einer geschlossenen Ortschaft. Ein Fußgänger wurde tödlich verletzt. Der Täter entfernte sich ca. 25 km mit seinem Kraftfahrzeug. Seit dem Unfall waren 2 Stunden vergangen. Der BGH bejahte den zeitlichen und räumlichen Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen 63).

---

62) BGH VRS 29, 270 (272) = BGHSt 20, 258

63) BGH VRS 29, 270 ff

Die beiden Definitionen unterscheiden sich erheblich voneinander. Bei der ersten wird auf die Örtlichkeit abgestellt, die der Unfallbeteiligte erreicht hat. Er muß damit rechnen, daß er hier von feststellungsbereiten Personen noch angetroffen werden kann.

Bei der zweiten kommt es auf die Gegebenheiten an der Unfallstelle an. Solange dort normalerweise noch Feststellungen getroffen werden, ist eine Flucht von einem anderen Ort möglich. Diese Definition ist wesentlich weiter. Es spielt keine Rolle mehr, ob der Täter für feststellungsbereite Personen erreichbar ist.

Die "Flucht von einem anderen Ort" führte zu einer erheblichen Ausdehnung des Straftatbestandes. Die Rechtsprechung versuchte damit, die enge Fassung des § 142 a.F. StGB zu korrigieren. Die Vorschrift enthielt eine erhebliche Lücke. Es gab keine nachträgliche Meldepflicht. Dies führte zu ungerechten Ergebnissen, wenn der Täter die Unfallstelle straflos verlassen konnte.

Stellt man beide Tatbestandsmerkmale gegenüber, so ergibt sich folgender Vergleich:

§ 142 a.F. StGB

Ausgangspunkt war jeder Ort, an den sich der Unfallbeteiligte erlaubterweise begeben hat. Es mußte zum Unfallgeschehen noch ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang bestehen.

Die besonderen Umstände des Einzelfalls konnten im Tatbestandsmerkmal "Flucht" weitgehend berücksichtigt werden. Solange die Feststellungen nicht erschwert wurden, wurde der Tatbestand nicht verwirklicht.

Der Täter mußte sich den Feststellungen durch Flucht entziehen.

Der Versuch war gem. §142 II StGB strafbar.

Rechtfertigungsgründe spielen erst eine Rolle, wenn die erforderlichen Feststellungen erschwert werden.

§ 142 n.F. StGB

§ 142 I StGB verbietet nur das Sichentfernen vom Unfallort. Ausgangspunkt kann nur der Unfallort selbst sein.

Die Auslegung des "Sichentfernens vom Unfallort" ist begrenzt. Der räumliche Bereich des "Unfallortes" kann nicht beliebig ausgedehnt werden. Er wird durch geographische Merkmale begrenzt.

§ 142 I StGB verbietet das Sichentfernen vom Unfallort, bevor die Feststellungen getroffen worden sind.

Aufgrund der engen Fassung des Tatbestandes entfiel die Versuchsstrafbarkeit.

Sobald ein Unfallbeteiligter den Unfallort verlassen will, bedarf er eines Rechtfertigungsgrundes.

B Die Folgen der unterschiedlichen Gesetzesfassungen  
in der Praxis anhand eines Fallbeispiels

Die neue Fassung führte zu einer Vorverlegung des Vollendungszeitpunktes (vgl. A. I.). Dadurch wurde der Bewegungsspielraum der Unfallbeteiligten eingeengt. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben können, zeigt der folgende Beispielsfall. Er verdeutlicht die Auswirkungen der Gesetzesänderung in der Praxis.

Ein Verkehrsteilnehmer beschädigt mit seinem Kraftfahrzeug einen fremden Gegenstand (z.B. einen anderen Pkw oder einen Gartenzaun, eine Leitplanke etc.). Der Geschädigte ist nicht am Unfallort. Andere Personen, die bereit wären, die erforderlichen Feststellungen zu treffen, sind ebenfalls nicht anwesend. Der Unfallverursacher will daher den Unfallort verlassen, um den Berechtigten oder die Polizei telefonisch zu verständigen. Auf diese Weise sollen die erforderlichen Feststellungen am Unfallort ermöglicht werden.

I. Die Rechtslage im Rahmen des § 142 a.F. StGB

Bei der alten Fassung des § 142 StGB war man sich im Ergebnis einig. Der Unfallbeteiligte durfte die Unfallstelle verlassen, um die Polizei oder den Geschädigten zu benachrichtigen. Diese Meinung wurde unterschiedlich begründet. Es war umstritten, ob bereits der objektive Tatbestand verwirklicht werde oder erst der Vorsatz zu verneinen sei.

1. Die objektive Tatbestandsverwirklichung bei  
§ 142 a.F. StGB

Das OLG Bremen 64) meinte, es sei zulässig, den Unfallort zu verlassen, um die Polizei zu benachrichtigen. Der objektive Tatbestand werde dabei nicht verwirklicht.

Der Unfallbeteiligte habe nur eine passive Pflicht. Er müsse die erforderlichen Feststellungen durch Anwesenheit an der Unfallstelle ermöglichen. Sollten keine feststellungsbereiten Personen zugegen sein, so hätte er eine angemessene Zeit zu warten.

Die Dauer der Wartezeit könne der Unfallbeteiligte durch aktives Handeln verkürzen. Dem Feststellungsinteresse des Berechtigten werde entsprochen, wenn der Unfallverursacher die Polizei benachrichtige. Anderenfalls wäre es dem Unfallbeteiligten untersagt, mehr zu tun, als das Gesetz von ihm verlange. Dies würde dem Schutzzweck des § 142 a.F. StGB widersprechen.

Der Feststellungspflichtige erfülle seine Pflicht, obwohl er den Unfallort verlassen habe. Die Polizei müsse allerdings unverzüglich von ihm verständigt werden. Das Gericht spricht hier von einem "tatbestandsmäßig gestatteten, einstweiligen Entfernungsrecht".

Die Literatur löste das Problem differenzierter. Die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten wurden gegeneinander abgewogen.

---

64) OLG Bremen VRS 43, 97 ff

§ 142 a.F. StGB beinhaltete für alle Unfallbeteiligten die Pflicht, an der Unfallstelle zu bleiben. Auf diese Weise sollten die erforderlichen Feststellungen ermöglicht werden 65). War außer dem Unfallverursacher niemand am Unfallort, so hatte er eine angemessene Zeit zu warten. Der Umfang der Wartepflicht richtete sich nach den Kriterien der "Erforderlichkeit" und der "Zumutbarkeit".

Der Begriff "erforderlich" bedeutete, daß es darauf ankam, ob mit dem "alsbaldigen Erscheinen feststellungsberechtigter Personen gerechnet werden mußte" 66). Um die "Zumutbarkeit" zu bestimmen, wurde eine Güterabwägung vorgenommen. Auf der einen Seite war das Feststellungsinteresse des Geschädigten zu berücksichtigen. Auf der anderen stand das Interesse des Unfallverursachers, den Unfallort endgültig zu verlassen 67).

Die Wartepflicht im Rahmen des § 142 a.F. StGB verlangte ein rein passives Verhalten. Der Feststellungspflichtige mußte jedoch nicht am Unfallort warten, wenn er von sich aus zur Aufklärung des Unfalls beitrug. Die Pflicht aus § 142 a.F. StGB konnte durch aktives Handeln "übererfüllt" werden.

Hier war eine weitere Interessenabwägung vorzunehmen. Der Unfallverursacher wollte seine Wartezeit verkürzen. Dem Geschädigten lag an einer Aufklärung des Unfallgeschehens. Die Handlung des Feststellungspflichtigen mußte geeignet sein, dem Interesse des Geschädigten gerecht zu werden.

---

65) Cramer in Schöne-Schröder § 142 a.F. StGB Rz 2  
BGHSt 8, 263 (265)

66) BGHSt 7, 116; BGHSt 20, 258 (260)

67) Cramer in Schöne-Schröder § 142 a.F. StGB Rz 33

Bei der Abwägung spielte ein Umstand eine besonders wichtige Rolle: Im Rahmen des § 142 a.F. StGB gab es keine nachträgliche Meldepflicht. Ein Unfallbeteiligter, der eine angemessene Zeit gewartet hatte, durfte sich entfernen. Er war nicht verpflichtet, den Geschädigten zu benachrichtigen. Es bestand daher die Gefahr, daß nach Ablauf der Wartefrist die Feststellungen endgültig nicht mehr getroffen wurden. Der Unfallbeteiligte sollte deshalb bei § 142 a.F. StGB die Möglichkeit haben, den Unfallort zu verlassen, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen 68).

Diese Interessenabwägung durfte nicht mit der Frage verwechselt werden, ob die Wartepflicht noch "zumutbar" war. Auch dort wurde eine Abwägung vorgenommen. Sie betraf eine andere Problematik.

War der "zumutbare" Zeitraum überschritten, so mußte der Unfallverursacher nicht länger warten. Es bestand keine weitere Verpflichtung. Er durfte sich entfernen, ohne jemanden zu benachrichtigen. Mit Hilfe einer übertriebenen Wartepflicht wäre es sonst möglich gewesen, einen Unfallbeteiligten zu aktiven Aufklärungshandlungen zu zwingen. Der Vorschrift des § 142 a.F. StGB hätte dies widersprochen.

Obwohl das Ergebnis sachgerecht war, erscheint die Verneinung des objektiven Tatbestands bei der alten Fassung des § 142 StGB bedenklich.

---

68) Cramer in Schönke-Schröder § 142 a.F. StGB Rz 35

In dem vorliegenden Beispielsfall entfernt sich der Unfallverursacher so weit von der Unfallstelle, daß er nicht mehr ohne weiteres erreichbar oder als Beteiligter feststellbar ist. Weder der Geschädigte noch die Polizei wissen, wo sich der Unfallbeteiligte aufhält. Feststellungsbereite Personen, die nun am Unfallort eintreffen, würden niemanden vorfinden. Die erforderlichen Feststellungen zur Person des Unfallverursachers wären daher nicht möglich.

Es bleibt die Frage, ob der Unfallbeteiligte die Wartezeit durch aktives Handeln verkürzen kann. Verläßt der Feststellungspflichtige den Unfallort, um die Polizei zu verständigen, so tut er mehr, als das Gesetz von ihm verlangt. Das Interesse des Berechtigten wird dadurch ebenso gewahrt wie durch die passive Wartepflicht.

Dennoch darf man nicht übersehen, daß die erforderlichen Feststellungen auch gefährdet werden. Der Unfallbeteiligte verläßt die Unfallstelle und ist nicht mehr ohne weiteres erreichbar. Entschließt er sich zu einem späteren Zeitpunkt zur Flucht, so könnte er unerkannt entkommen. Am Unfallort besteht die Möglichkeit, daß vorbeikommende Personen ihn ohne weiteres als Unfallbeteiligten erkennen würden. Als Ergebnis bleibt daher festzuhalten, daß auch bei § 142 a.F. StGB der objektive Tatbestand verwirklicht werden würde.

2. Die subjektive Tatbestandsverwirklichung  
bei § 142 a.F. StGB

Das OLG Frankfurt 69) meinte ebenfalls, daß die Benachrichtigung der Polizei möglich gewesen wäre. Der Feststellungspflichtige hätte dazu den Unfallort verlassen dürfen.

Es bejahte mit knapper Begründung den objektiven Tatbestand. Der Unfallbeteiligte hätte sich entfernt, obwohl die Pflicht bestand, an der Unfallstelle zu warten. Er hätte dort die erforderlichen Feststellungen dulden müssen.

Das Gericht verneinte den subjektiven Tatbestand. Der Unfallverursacher hätte davon ausgehen können, daß der Unfall durch den Anruf bei der Polizei aufgeklärt werden würde. Unter Umständen sei dies sogar geeigneter gewesen, als am Unfallort zu warten. Er hätte sich daher den Feststellungen nicht durch Flucht entziehen wollen. Es fehle am "Entziehungsvorsatz".

---

69) OLG Frankfurt NJW 1967, 2072 (2073) = VRS 34, 38

Bei § 142 a.F. StGB mußte sich der Vorsatz des Täters auf folgende Tatumstände beziehen 70):

1. Unfall im Verkehrsgeschehen
2. Beteiligung des Täters daran
3. Feststellungsinteresse eines Dritten
4. Verlassen der Unfallstelle, um sich den Feststellungen zu entziehen bzw. sie zu erschweren  
(= "Flucht" des Unfallbeteiligten).

Punkt 4. bezeichnete man als "Feststellungsverweilungsvorsatz". Er schränkte die Anwendung des § 142 a.F. StGB erheblich ein. Der objektive Tatbestand setzte eine Flucht voraus. Eine Flucht, die dazu dienen sollte, sich den erforderlichen Feststellungen zu entziehen. Darauf hatte sich der Vorsatz des Täters zu erstrecken. Ihm mußte bewußt sein, daß durch die Ortsveränderung die Aufklärung des Unfalls erschwert wird.

Den Unfallbeteiligten wurde ein großer Bewegungsspielraum eröffnet. Das Verlassen des Unfallortes genügte nicht. Ebenso wichtig war der damit verfolgte Zweck. Ein Beteiligter konnte sich von der Unfallstelle entfernen, wenn er die Feststellungen nicht vereiteln wollte.

---

70) Preisendanz § 142 a.F. StGB Nr. 12  
Cramer in Schönke-Schröder § 142 a.F. StGB Rz 45  
Lackner § 142 a.F. StGB Nr. 5  
Dreher/Tröndle § 142 a.F. StGB Nr. 4  
BGH VRS 19, 188 (191)  
OLG Frankfurt NJW 1960, 2066 (2067)

Strafbarkeitslücken entstanden dadurch nicht. Der Tatbestand des § 142 a.F. StGB konnte nicht nur vom Unfallort aus verwirklicht werden. Eine Flucht war auch von jedem anderen Ausgangspunkt möglich (vgl. A II. 3). Entschloß sich der Täter nach Verlassen der Unfallstelle dazu, die Feststellungen zu erschweren, so entfernte er sich ab diesem Zeitpunkt mit "Fluchtvorsatz".

In dem vorliegenden Beispielsfall verläßt der Feststellungspflichtige den Unfallort, um die Polizei oder den Geschädigten zu benachrichtigen. Die Ortsveränderung soll somit nicht dazu dienen, die Aufklärung des Unfalls zu erschweren. Der Unfallverursacher möchte diese sogar fördern, indem er feststellungsbereite Personen herbeiruft. Es fehlt am Feststellungsverweilungsvorsatz. Der Unfallbeteiligte würde sich daher gem. § 142 a.F. StGB nicht strafbar machen.

## II. Die Rechtslage bei § 142 n.F. StGB

In § 142 I n.F. StGB scheint eindeutig geregelt zu sein, wie sich der Unfallverursacher in dem vorliegenden Beispielsfall zu verhalten hat. Gem. § 142 I Nr. 2 n.F. StGB muß er warten, wenn keine feststellungsbereiten Personen anwesend sind. Nach dem Gesetzeswortlaut ist es ihm verboten, sich vom Unfallort zu entfernen, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen. Dem Sinn und Zweck des Gesetzes würde dies widersprechen. Der Unfallbeteiligte will durch seine Handlungsweise gerade die Feststellungen ermöglichen, welche durch § 142 n.F. StGB geschützt werden.

Ein besonderes Problem bereitet die Wartezeit. Dem Unfallverursacher kommt es darauf an, möglichst rasch zu handeln. Er wird daher die von § 142 I Nr. 2 n.F. StGB gesetzte Frist nicht abwarten. In der Literatur und in der Rechtsprechung ist es sehr umstritten, ob sich der Unfallbeteiligte gem. § 142 I n.F. StGB strafbar macht.

1. Die objektive Tatbestandsverwirklichung  
bei § 142 I n. F. StGB

Der objektive Tatbestand wird verwirklicht, wenn sich der Täter vom Unfallort entfernt (vgl. A I.). Es stellt sich die Frage, ob dies auch für einen Unfallbeteiligten gilt, der mit der Absicht handelt, feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen.

- a) Das erste Abgrenzungskriterium ist der Unfallort. Der Beteiligte darf sich innerhalb dieses Bereiches frei bewegen (vgl. A I.1.). Er kann eine Telefonzelle aufsuchen, die in unmittelbarer Nähe der Anstoßstelle liegt.

Schwierig wird es, wenn der Unfallbeteiligte in ein Geschäft oder in seine eigene Wohnung geht. Den räumlichen Bereich des Unfallortes kann man nicht beliebig ausdehnen. Er bleibt auf die Umgebung der Anstoßstelle beschränkt. Geschäftsräume oder eine Gastwirtschaft gehören nicht mehr zum Unfallort. Feststellungsbereite Personen würden hier keine Unfallbeteiligten mehr vermuten oder gegebenenfalls durch Befragen ermitteln.

Besonders deutlich wird dies, wenn der Beteiligte seine eigene Wohnung aufsucht, die sich in einem mehrstöckigen Haus befindet. Zwischen einem Raum, der im 3. oder 4. Stock eines Hauses liegt, und der Anstoßstelle besteht kein räumlicher Zusammenhang mehr. Auch die großzügigste Auslegung des Begriffes "Unfallort" ändert daran nichts.

Die Benutzung eines Streckentelefons kann ebenfalls problematisch sein. Der Unfallbeteiligte entfernt sich im Sinne des § 142 I n.F. StGB, wenn er dabei den räumlichen Bereich des Unfallortes verläßt. In diesen Fällen wird man die Grenzlinie nicht auf den Meter genau bestimmen können. Eine Entfernung von einigen 100 m zwischen Telefon und Anstoßstelle ist bereits sehr bedenklich. Auf den Autobahnen stehen die Notrufeinrichtungen im Abstand von 3 km. Der Unfallbeteiligte entfernt sich im ungünstigsten Fall 1,5 km von der Anstoßstelle. Bei dieser Distanz muß man davon ausgehen, daß er den Bereich des Unfallortes verläßt.

Über die genaue Abgrenzung des Unfallortes kann man im Einzelfall sicher streiten.

In bestimmten Fällen wird die räumliche Grenze des Unfallortes jedoch ohne Zweifel überschritten.

- b) Verläßt der Feststellungspflichtige den Unfallort, so kann der objektive Tatbestand nur noch schwer verneint werden. Man müßte von der Annahme ausgehen, daß der Unfallbeteiligte sich nicht "entfernt".

Für diese These könnte der Schutzzweck des § 142 I n.F. StGB sprechen. Ein Unfallbeteiligter scheint doch gerade im Sinne des Gesetzes zu handeln, wenn er feststellungsbereite Personen verständigen will. Viele Verkehrsteilnehmer gehen davon aus, eine solche Handlungsweise sei erlaubt. Dem Wortlaut des § 142 I n.F. StGB würde dies aber widersprechen.

Jedes Entfernen ist untersagt, bevor die erforderlichen Feststellungen getroffen worden sind. Es besteht ein striktes Anwesenheitsgebot 71).

Falls keine feststellungsbereiten Personen am Unfallort anwesend sind, hat der Unfallbeteiligte die Pflicht zu warten (vgl. A I.2.).

Die Rechtsprechung zu § 142 a.F. StGB ist für die heutige Problematik ohne Bedeutung 72). Das damalige Tatbestandsmerkmal setzte ein "Entziehen der erforderlichen Feststellungen durch eine Flucht" voraus (vgl. A II.). Nach der Neufassung genügt es, wenn der Täter eine Ortsveränderung vornimmt. Die Feststellungen müssen dadurch nicht mehr vereitelt oder erschwert werden.

---

71) Preisendanz § 142 n.F. StGB Nr. 5 b

72) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 6 b

Trotzdem wird diese Rechtsprechung noch heute als Argument herangezogen. Bei § 142 a.F. StGB konnte sich ein Unfallbeteiligter straflos entfernen, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen (vgl. B I.).

In der Literatur wird die Meinung vertreten, daß dies auch für § 142 I n.F. StGB gelte. Die Begründungen hierzu sind etwas unterschiedlich.

RUDOLPHI meint 73), daß das "Sichentfernen" nicht ausschließlich als räumliche Trennung vom Unfallort verstanden werden dürfe. Hierzu sei ein weiterer Umstand erforderlich: Der Unfallbeteiligte müsse entweder seine Wartepflicht verletzen oder die erforderlichen Feststellungen nicht ermöglichen. Ein Verstoß gegen § 142 I n.F. StGB läge nur vor, wenn der Feststellungspflichtige infolge der räumlichen Trennung seine gesetzlichen Pflichten "vor Ort" nicht mehr erfüllen könne. Eine auf den Meter genaue Abgrenzung sei niemals möglich. Demnach genüge eine geringe Absatzbewegung für die Strafbarkeit nicht.

Aufgrund dieser Überlegungen verneint RUDOLPHI eine Tatbestandsverwirklichung. Folgende wichtige Fragen bleiben unbeantwortet:

Ab wann macht sich ein Unfallbeteiligter strafbar, der sein ursprüngliches Vorhaben aufgibt, feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen?

Kann man dann noch davon sprechen, daß er sich vom "Unfallort" entfernt?

---

73) Rudolphi in SK StGB § 142 Rn 35

LACKNER begründet seine Ansicht ähnlich 74). Er geht ebenfalls von der Überlegung aus, daß das Tatbestandsmerkmal des "Sichentfernens" nicht in einer bloßen Ortsveränderung gesehen werden dürfe. Eine andere Auslegung sei mit dem Schutzzweck des § 142 I n.F. StGB unvereinbar. Nur durch eine großzügige Interpretation könnten die besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls berücksichtigt werden. Der Unfallbeteiligte dürfe den Unfallort verlassen. Er "entferne" sich nicht, wenn dies keine Beeinträchtigung des Feststellungsinteresses zur Folge habe.

Bei JANISZEWSKI findet sich ein besonderer Widerspruch:

Einerseits verneint er ein "Entfernen vom Unfallort" in derartigen Fällen. Ein Unfallbeteiligter könne zu einem nahegelegenen Streckentelefon oder in ein Haus gehen, um zu telefonieren 75). Andererseits stellt er ausdrücklich klar, daß für den Tatbestand des § 142 I n.F. StGB eine Ortsveränderung ausreiche. Es komme nicht mehr darauf an, ob sich der Täter den Feststellungen entziehen wolle 76). Eine Begründung für diese Ansicht fehlt.

Auch die Argumentation von RUDOLPHI und LACKNER überzeugt nicht. Sie verstößt gegen den Wortlaut des § 142 I n.F. StGB. Die Feststellungen müssen durch Anwesenheit am Unfallort ermöglicht werden. Der Unfallbeteiligte kann diese Anwesenheitspflicht nicht dadurch umgehen, daß er aktiv tätig wird. § 142 I Nr. 1 n.F. StGB verlangt, daß er am Unfallort bleibt.

Sie steht auch im Widerspruch zur Zielsetzung und zum gesetzestechnischen Aufbau des § 142 n.F. StGB. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Schwierigkeiten sind unlösbar.

Eine Wohnung oder ein abseits gelegenes Streckentelefon gehören nicht mehr zum Unfallort. Ein Unfallbeteiligter, der sich dorthin begibt, um feststellungsbereite Personen zu verständigen, würde sich nicht "entfernen". Ändert er seine Meinung, wäre eine Strafbarkeit gem. § 142 I n.F. StGB nicht mehr zu begründen 77). Der Täter könnte den einmal erreichten Ort verlassen. Es läge kein Entfernen vom "Unfallort" vor.

Bleibt er dort, ohne zu telefonieren, so wäre § 142 I n.F. StGB ebenfalls nicht anwendbar, da sich der Feststellungspflichtige nicht "entfernt". Der Unfallbeteiligte würde an der Stelle warten, an die er sich erlaubterweise begeben hat.

Auch § 142 II n.F. StGB würde nicht eingreifen. Dieser Absatz setzt voraus, daß sich der Täter vorher vom Unfallort entfernt hat. Gerade das wird aber ausdrücklich verneint.

Die Konsequenzen wären weitreichend. Jeder Unfallbeteiligte könnte sich in seine Wohnung begeben, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen. Der Täter hätte nichts zu befürchten, wenn er anstatt zu telefonieren, ins Bett gehen würde. Sollte die Polizei ihn am nächsten Morgen wecken, müßte er nur sofort zugeben, am Unfall beteiligt gewesen zu sein (§ 142 I Nr. 1 1.Alt. StGB). Sein Verhalten wäre nicht strafbar.

---

77) so aber Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 4 a, ohne seine Ansicht zu begründen

c) Es gibt noch eine letzte Lösungsmöglichkeit, um den objektiven Tatbestand zu verneinen. Man könnte das "Sichentfernen vom Unfallort" als ein einheitliches Tatbestandsmerkmal auffassen. Der Täter muß sich den Feststellungen durch eine Ortsveränderung entziehen. Der Unfallort wird nicht mehr nach geographischen Merkmalen bestimmt, sondern er hat einen abstrakten Charakter.

Von einem ähnlichen Ansatzpunkt gehen auch die sogenannten "Vermutungsformeln" aus (vgl. A.I.1.). Sie ermöglichen eine sehr weite Auslegung, wenn man keinen örtlichen Bezug zur Anstoßstelle fordert.

Der Unfallbeteiligte selbst könnte die Grenzen des § 142 I n.F. StGB bestimmen. Solange er die erforderlichen Feststellungen nicht gefährdet, liegt kein "Entfernen vom Unfallort" vor. In dem Augenblick, in dem der Täter sich seinen Verpflichtungen entzieht, wird der Tatbestand verwirklicht. Der Begriff des "Sichentfernens vom Unfallort" würde demnach die Gefährdung der Feststellungen voraussetzen 78).

Eine solche Auslegung ist mit dem Wortlaut des § 142 I n.F. StGB unvereinbar. Sie verstößt gegen das Analogieverbot des Art. 103 II GG. Ein Unfallbeteiligter würde den Tatbestand des § 142 I n.F. StGB verwirklichen, wenn er sich von einem anderen Ort als dem des Unfalls entfernt. Der Begriff "Unfallort" setzt nach seinem sprachlichen Sinn einen örtlichen Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen voraus. Das Tatbestandsmerkmal kann nicht mehr abgegrenzt werden, wenn man diesen räumlichen Bezug aufhebt 79).

---

78) Maurach/Schröder § 142 n.F. StGB Anm. § 41 III A

Mühlhaus/Janiszewski § 142 n.F. StGB Nr.5  
ohne nähere Begründung

79) Küper JZ 1981, 209 (215)

Es widerspricht auch dem wirklichen Sinn und Zweck des § 142 I n.F. StGB. Die Vorschrift soll sicherstellen, daß die Aufklärung des Unfallgeschehens am Unfallort erfolgt. Dazu haben alle Unfallbeteiligten dort zu verbleiben. Sie dürfen sich erst entfernen, wenn die erforderlichen Feststellungen getroffen worden sind. Der Feststellungspflichtige, der den Unfallort verläßt, beeinträchtigt das von § 142 I n.F. StGB geschützte Rechtsgut.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes:

Ein Unfallbeteiligter verwirklicht den objektiven Tatbestand des § 142 I n.F. StGB, wenn er sich zu einem außerhalb des Unfallortes gelegenen Platz begibt. Es spielt keine Rolle, ob dadurch die Feststellungen erschwert werden. Eine Ortsveränderung, die über den Bereich des Unfallortes hinausgeht; ist erforderlich, aber auch ausreichend.

Die Tatbestandsverwirklichung des § 142 I n.F. StGB ist "abstrakt" zu beurteilen. Auf den damit verbundenen Zweck im Sinne einer "konkreten" Betrachtungsweise kommt es nicht an. § 142 I n.F. StGB begründet ausdrücklich die Pflicht, den Unfallort nicht zu verlassen. Die Vorschrift enthält ein striktes Anwesenheitsgebot 80).

---

80) RÜth im Leipziger Kommentar § 142 n.F. StGB Rz. 60

Preisendanz § 142 n.F. StGB Nr. 5 a aa

Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 37

BayObLG VRS 50, 186 (187)

Janiszewski DAR 1975, 170 (172)

Küper JZ 1981, 209 (215)

Dies mag in Einzelfällen ungerecht erscheinen. Der systematische Aufbau des § 142 n.F. StGB läßt jedoch keine andere Lösung zu. Es bestände sonst die Gefahr, daß sich der Unfallbeteiligte straflos vom Unfallort entfernen könnte, ohne die erforderlichen Feststellungen nachträglich zu ermöglichen (vgl. o.).

Es bleibt die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, hier einen Ausgleich zu schaffen. Sie hat die Möglichkeit, das Verfahren gem. § 153 StPO bzw. § 153 a StPO einzustellen.

## 2. Die subjektive Tatbestandsverwirklichung bei § 142 I n.F. StGB.

Eine Mindermeinung in der Literatur 81) verlangt auch nach der Neufassung des § 142 StGB einen Feststellungsverweilungsvorsatz. Sie will auf diese Weise unbillige Ergebnisse vermeiden, die bei einer gesetzeskonformen Auslegung des objektiven Tatbestandes des § 142 I n.F. StGB entstehen können.

Sie meint, der Täter handele nicht vorsätzlich, wenn er den Unfallort verlasse, um die erforderlichen Feststellungen zu ermöglichen. Von einer Verweilung könne nicht gesprochen werden. Der Unfallbeteiligte täte mehr, als das Gesetz von ihm verlange. Der Feststellungspflichtige habe nur seine Wartepflicht zu erfüllen. Er sei nicht verpflichtet, die Polizei oder den Geschädigten im Rahmen des § 142 I n.F. StGB zu benachrichtigen.

---

81) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 17 b

ähnlich Rüdth im Leipziger Kommentar § 142 n.F. StGB Rz 91

Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 68

Die Argumentation stützt sich vor allem auf die Rechtsprechung zu § 142 a.F. StGB 82). Dabei wird nicht berücksichtigt, daß sich der Tatbestand durch die Neufassung erheblich geändert hat.

Den Unterschied zwischen der alten und der neuen Fassung des § 142 StGB verdeutlicht ein Vergleich mit § 242 StGB.

Bei § 242 I StGB genügt es nicht, daß der Täter eine fremde bewegliche Sache wegnimmt. Er muß die Absicht haben, sich diese rechtswidrig zuzueignen. Nur dann kann man von einem Diebstahl sprechen. Würde der Gesetzgeber den Halbsatz "um sich rechtswidrig zuzueignen" streichen, entstünde ein neuer Tatbestand. Jede Wegnahme einer fremden beweglichen Sache wäre verboten. Eine straflose Gebrauchsanmaßung gäbe es nicht mehr 83).

Ähnliches geschah bei der Novellierung des § 142 a.F. StGB. Der Satz "wer sich .... der Feststellung ..... durch Flucht entzieht ...." wurde geändert. Jetzt heißt es: "Ein Unfallbeteiligter, der sich .... vom Unfallort entfernt, bevor er .... die Feststellung .... ermöglicht hat ...." Hätte der Gesetzgeber den Feststellungsver-eitelungsvorsatz beibehalten wollen, so wäre eine andere Formulierung erforderlich gewesen. § 142 I Nr. 1 n.F. StGB müßte dann lauten: "Ein Unfallbeteiligter, der sich .... vom Unfallort entfernt, um sich der Feststellung .... zu entziehen".

---

82) so z.B.: BGH VRS 21, 202

83) Für den Vergleich ist es unerheblich, daß § 242 StGB eine "Absicht" des Täters voraussetzt. Dadurch wird lediglich die Art des Vorsatzes eingeschränkt.

Für eine vorsätzliche Tat ist die Kenntnis der objektiven Tatbestandsmerkmale erforderlich. Auf eine kurze Formel gebracht, wird der Vorsatz definiert als "Wissen und Wollen der zum gesetzlichen Tatbestand gehörenden objektiven Merkmale" 84). Das Gesetz selbst bietet dafür in § 16 I StGB eine ausreichende Grundlage. Der Täter muß die Umstände kennen, die "zum gesetzlichen Tatbestand" gehören. Andernfalls handelt er nicht vorsätzlich 85).

Der gesetzliche Tatbestand des § 142 I Nr. 1 n.F. StGB verbietet es, den Unfallort zu verlassen, bevor die erforderlichen Feststellungen getroffen worden sind. Darauf muß sich der Vorsatz des Unfallbeteiligten erstrecken. Es genügt also die Kenntnis, daß noch nicht alle Feststellungen ermöglicht worden sind.

Der Tatbestand des § 142 a.F. StGB lautete anders. Der Täter mußte sich den Feststellungen durch eine Flucht entziehen (vgl. o.). Nur bei dieser Fassung kommt es auf einen Feststellungsverwehervorsatz an.

Bei § 142 I Nr. 1 n.F. StGB handelt derjenige Täter vorsätzlich, der sich vom Unfallort entfernt, obwohl er von folgenden Punkten mindestens mit *dolus eventualis* Kenntnis hat:

1. Unfall im Straßenverkehr
2. Unfallbeteiligung des Täters
3. die erforderlichen Feststellungen sind noch nicht vollständig getroffen.

---

84) Cramer in Schönke-Schröder § 15 StGB Rz 12

85) Cramer in Schönke-Schröder § 15 StGB Rz 16

Ein Unfallbeteiligter, der sich vom Unfallort entfernt, um feststellungsbereite Personen zu verständigen, verwirklicht daher den subjektiven Tatbestand. Er weiß, daß noch nicht alle Feststellungen getroffen worden sind. Sie sollen gerade durch das Entfernen vom Unfallort ermöglicht werden. Dieses Motiv des Beteiligten spielt bei § 142 I Nr. 1 n.F. StGB keine Rolle. Ebenso wie bei anderen Delikten muß sich der Vorsatz nicht darauf erstrecken. Welches Ziel der Täter über die objektive Tatbestandsverwirklichung hinaus anstrebt, ist für den subjektiven Tatbestand ohne Bedeutung.

### 3. Die mutmaßliche Einwilligung

Der Feststellungspflichtige kann sich vom Unfallort entfernen, wenn der Berechtigte damit einverstanden ist. In dem vorliegenden Fall sind keine feststellungsbereiten Personen anwesend. Der Unfallbeteiligte kann niemanden fragen, ob er den Unfallort verlassen darf. Es kommt daher auf den hypothetischen Willen des Berechtigten an.

Im Strafrecht unterscheidet man zwei Rechtsinstitute: das "Einverständnis" und die "Einwilligung".

Ein "Einverständnis" genügt, wenn die Freiheit der Willensentschließung unmittelbar zum Tatbestand gehört. Bei diesen Strafvorschriften liegt der Unwertgehalt gerade darin, daß der Tatbestand gegen oder ohne den Willen des Berechtigten verwirklicht wird. Ein "Einverständnis" des Berechtigten schließt die Tatbestandsmäßigkeit der Handlung aus 86).

---

86) Wessel AT § 9 I 1

Samson in SK StGB vor § 32 Rn 37 ff

Im Gegensatz zum "Einverständnis" ist die "Einwilligung" ein Rechtfertigungsgrund. Die Handlung bleibt tatbestandsmäßig.

Eine Einwilligung setzt die Befugnis des Rechtsgutsinhabers voraus, über das Rechtsgut verfügen zu können. Sie ist bei denjenigen Strafvorschriften erforderlich, bei denen ein Handeln gegen den Willen des Verletzten nicht bereits zum Tatbestand gehört.

Der Rechtsgutsinhaber hat keinen Einfluß auf die Verwirklichung der Tatbestandsmerkmale. Er kann jedoch auf den Schutz der Rechtsordnung verzichten. Seine Einwilligung rechtfertigt die Tatbestandsverwirklichung 87).

Ein Unfallbeteiligter, der sich vom Unfallort entfernt, ohne die erforderlichen Feststellungen zu ermöglichen, verwirklicht alle Tatbestandsmerkmale des § 142 I Nr. 1 n.F. StGB (vgl. B II 1). Der Wille des Berechtigten spielt keine Rolle. Es kommt nur darauf an, ob der Unfallbeteiligte die erforderlichen Feststellungen ermöglicht hat.

§ 142 n.F. StGB schützt ausschließlich das private Interesse der Unfallbeteiligten oder des Geschädigten (vgl. A I). Rechtsgüter der Allgemeinheit werden durch die Vorschrift nicht berührt. Für eine mutmaßliche Einwilligung kommt es daher allein auf den hypothetischen Willen des Berechtigten an.

---

87) Lenckner in Schönke-Schröder vor § 32 StGB Rz 33

Der Geschädigte muß die Tatsachen beweisen, auf die er seine Schadensersatzansprüche stützt. § 142 n.F. StGB soll ihm die Beweisführung erleichtern. Das Gesetz verpflichtet den Unfallbeteiligten, zu diesem Zweck die erforderlichen Feststellungen zu ermöglichen. Verzichtet der Berechtigte auf den Schutz des § 142 n.F. StGB, so heißt dies noch nicht, daß er keine Schadensersatzansprüche geltend machen wird. Er verzichtet nur darauf, seine Beweise zu sichern. Demnach schützt § 142 n.F. StGB nicht das Vermögen als Ganzes. Der Berechtigte willigt in eine Vermögensgefährdung ein. Seine Einwilligung rechtfertigt die Tatbestandsverwirklichung des Unfallbeteiligten 88).

In dem vorliegenden Fall sind keine feststellungsbereiten Personen am Unfallort. Der Unfallbeteiligte kann den Unfallort trotzdem verlassen, wenn es dem hypothetischen Willen des Geschädigten entspricht.

Diese sogenannte "mutmaßliche Einwilligung" darf nicht dazu mißbraucht werden, sich über die Interessen des Berechtigten hinwegzusetzen. Ein sachgerechtes Ergebnis ist nur möglich, wenn man differenziert 89):

- 
- 88) Magdowski S. 144  
Berz DAR 1975, 313  
a.A.: Dreher/Tröndle § 142 n.F. StGB Rz 15 ff  
ohne nähere Begründung
- 89) Jescheck S. 310  
Samson in SK StGB vor § 32 Rn 49 ff  
Wessel AT § 9 I 3

a) Das Prinzip des mangelnden Interesses

Der Unfallbeteiligte kann den Unfallort verlassen, wenn der Berechtigte an den erforderlichen Feststellungen kein Interesse hat. Dies dürfte nur selten der Fall sein.

Der Geschädigte trägt im zivilrechtlichen Verfahren die Beweislast. Die Durchsetzung seiner Ansprüche wird erheblich gefährdet, wenn der Unfallbeteiligte den Unfallort verläßt.

Der Schädiger handelt ausschließlich zu seinen Gunsten. Er will die ihm vom Gesetz auferlegte Wartepflicht nicht einhalten.

Bei § 142 n.F. StGB gibt es zwei Möglichkeiten 90):

aa) Ein genereller Verzicht ist nur in wenigen Fällen denkbar.

Entfernt sich der einzige Unfallgegner unerlaubt vom Unfallort, so kann man von einer mutmaßlichen Einwilligung ausgehen. Wer selbst die Feststellungen verweigert, gibt deutlich zu erkennen, daß ihm an der Aufklärung des Unfallgeschehens nichts liegt. Der andere Unfallbeteiligte darf den Unfallort ebenfalls verlassen.

---

90) Cramer § 142 n.F. StGB Rz 82

In anderen Fällen ist eine mutmaßliche Einwilligung nicht gerechtfertigt. Man kann dem Geschädigten nicht unterstellen, daß er auf alle Feststellungen verzichtet. Dies gilt auch für kleinere Schäden. Der Tatbestand des § 142 n.F. StGB greift bei Bagatellunfällen nicht ein. Die wertmäßige Grenze, bei der man heute von einem "Verkehrsunfall" spricht, liegt bei ca. 30,-- DM 91). Bei einem darüber hinausgehenden Schaden ist damit zu rechnen, daß der Geschädigte Ersatz verlangen wird. Im Einzelfall kann ein Verkehrsteilnehmer darauf großzügigerweise verzichten. Für das Rechtsinstitut der mutmaßlichen Einwilligung spielt dies keine Rolle. Ist der tatsächliche Wille nicht erkennbar, so muß er im Rahmen einer objektiven Beurteilung festgestellt werden. Ein späterer Verzicht des Berechtigten bleibt ohne Auswirkung auf die Strafbarkeit 92).

- bb) Es wäre denkbar, daß der Rechtsgutsinhaber auf die Anwesenheit des Schädigers am Unfallort verzichtet. Der Unfallbeteiligte könnte sich dann entfernen, um anschließend die erforderlichen Feststellungen im Rahmen des § 142 II n.F. StGB zu ermöglichen.

Die Rechte des Geschädigten würden dadurch erheblich beeinträchtigt. Die Feststellungen am Unfallort sind für ihn besonders wichtig, da er die zivilrechtliche Beweislast zu tragen hat.

Es muß festgestellt werden, welche Schäden durch den Unfall verursacht worden sind. Auch der exakte Standort der beteiligten Kraftfahrzeuge kann entscheidend sein.

---

91) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 8

92) Lenckner in Schönke-Schröder vor § 32 StGB Rz 58  
Jescheck S. 311

Die Beweisführung wird auch durch § 7 StVG nicht immer erleichtert. Bei der Beschädigung eines geparkten Personenkraftwagens kommt u.U. ein Mitverschulden in Betracht. Der Unfallverursacher könnte später behaupten, das Kraftfahrzeug sei verkehrswidrig abgestellt gewesen.

Viele dieser strittigen Punkte lassen sich nur am Unfallort klären. Der Geschädigte hat die Möglichkeit, Lichtbilder anzufertigen und Zeugen ausfindig zu machen.

Auch die Regelung des § 142 n.F. StGB zeigt, daß in dieser Fallgruppe eine Einwilligung des Berechtigten nicht ohne weiteres vermutet werden darf. Der Unfallbeteiligte hat die Pflicht, nach Ablauf der Wartezeit die erforderlichen Feststellungen unverzüglich nachträglich zu ermöglichen (§ 142 II n.F. StGB).

Der Berechtigte erhält daher auf jeden Fall die erforderlichen Informationen. Es bringt ihm keine Vorteile, wenn der Feststellungspflichtige den Unfallort vorzeitig verläßt.

Der Berechtigte wird auf Feststellungen am Unfallort nur ausnahmsweise verzichten. Er muß sicher sein, daß der Unfallverursacher den Schaden ersetzen wird. Dazu bedarf es einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Schädiger und Geschädigtem in Form eines Verwandtschafts-, Bekanntschafts- oder Arbeitsverhältnisses.

Bei letzterem ist allerdings eine gewisse Zurückhaltung nötig, da eine persönliche Bindung fehlt. Ein Arbeitnehmer, der eine Sache des Arbeitgebers beschädigt, darf den Unfallort nicht grundsätzlich verlassen. Der Geschädigte wird damit nur einverstanden sein, wenn der Mitarbeiter sich ansonsten als zuverlässig erwiesen hat. Ein langjähriges Arbeitsverhältnis rechtfertigt das notwendige Vertrauen 93).

Eine Einwilligung zum Verlassen des Unfallortes kann auch bei kleineren Sachschäden vermutet werden. Bei Schadensersatzansprüchen zwischen 30,-- und 60,-- DM hat der Berechtigte kein Interesse, die Feststellungen am Unfallort zu treffen. Der Unfallverursacher darf sich entfernen, wenn die Regulierung des Schadens sichergestellt ist. Er hat eine Mitteilung zu hinterlassen und den Geschädigten umgehend zu benachrichtigen 94).

---

93) Rüdth im Leipziger Kommentar § 142 n.F. StGB Rz 54  
Cramer § 142 n.F. StGB Rz 82, 83

für eine mutmaßliche Einwilligung bei einer persönlichen  
Beziehung zwischen Unfallbeteiligten und Geschädigten:  
BayObLG VRS 64, 121 ff  
BayObLG VRS 68, 114 ff

94) Cramer § 142 n.F. StGB Rz 82  
OLG Köln VRS 64, 115 ff

b) Handeln im materiellen Interesse

In dieser Fallgruppe verletzt der Täter das Rechtsgut im fremden Interesse. Er will sich nicht selbst einen Vorteil verschaffen, sondern handelt zugunsten des Berechtigten. Der Verzicht kommt dem Rechtsgutsinhaber zugute 95).

Der Begriff "materielles Interesse" ist mit Hilfe des Schutzzweckes des § 142 n.F. StGB zu bestimmen. Die Rechtsgutsverletzung darf nicht im Widerspruch zum Sinn und Zweck des Gesetzes stehen.

Man könnte meinen, daß sich Tatbestandsverwirklichung und Handeln im materiellen Interesse gegenseitig ausschließen. Durch das Gesetz soll ein Rechtsgut vor einem bestimmten Schaden bewahrt werden. Es stellt dazu Regelungen auf, die zu befolgen sind. Jede Handlung, die zu einer Rechtsgutsverletzung führt, würde sich somit auch gegen den Schutzzweck richten.

Eine solche Betrachtungsweise wäre zu formal. Der Sinn und Zweck des Gesetzes ergibt sich zwar aus dessen Wortlaut, er geht jedoch darüber hinaus. Man könnte den Schutzzweck als "übergeordnetes Interesse" bezeichnen. Durch den Wortlaut wird bestimmt, auf welche Weise der Schutz zu gewährleisten ist.

---

95) Samson in SK StGB vor § 32 Rn 49

aa) Die drei Funktionen des Schutzzweckes:

- Er bestimmt das Rechtsgut

Jede strafrechtliche Bestimmung hat eine Schutzrichtung. Das Gesetz wurde nicht um seiner selbst willen geschaffen. Es soll besonders wichtige Interessen der Allgemeinheit bzw. eines Einzelnen schützen. Diese sind so bedeutend, daß eine Sanktionsandrohung erforderlich ist. Mit Hilfe des Sinnes und Zweckes des Gesetzes läßt sich bestimmen, welches Rechtsgut geschützt werden soll.

§ 142 n.F. StGB schützt das private Interesse der Unfallbeteiligten und des Geschädigten an der Unfallaufklärung. Die Vorschrift soll den Parteien ermöglichen, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen bzw. unberechtigte Schadensersatzansprüche abzuwehren 96).

Der Unfallbeteiligte hat keine Wahlmöglichkeit zwischen § 142 I und II n.F. StGB. Er muß zuerst die Feststellungen im Rahmen des § 142 I n.F. StGB ermöglichen. § 142 II n.F. StGB greift nur ein, wenn dies keinen Erfolg hatte.

§ 142 I Nr. 1 n.F. StGB bestimmt eindeutig, auf welche Art und Weise das Rechtsgut zu schützen ist. Der Feststellungspflichtige muß am Unfallort bleiben 97). Entfernt er sich, um dadurch die Feststellungen zu ermöglichen, so handelt er gegen die gesetzliche Vorschrift. Es kommt zu einer Rechtsverletzung (vgl. B II 1).

---

96) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 1  
Dreher/Tröndle § 142 n.F. StGB Rz 4

97) Magdowski S. 117

- Er bestimmt den Rechtsgutsinhaber

Der Rechtsgutsinhaber ist diejenige Person, deren Interessen durch die gesetzliche Vorschrift geschützt werden. Er kann den vollen Schutz des Gesetzes jederzeit in Anspruch nehmen. Ihm allein steht das Recht zu, ganz oder teilweise darauf zu verzichten.

- Er dient zur Auslegung des Gesetzes

Der "Schutzzweck" bietet einen Anhaltspunkt dafür, wie man die Vorschrift auszulegen hat. Dabei sind zwei verschiedene Grundsätze zu beachten:

Einerseits ist das Rechtsgut möglichst umfassend zu schützen. Andererseits darf der Schutz nicht weiter gehen als unbedingt erforderlich. Über den Wortlaut kann man sich mit Hilfe des "Schutzzwecks" nicht hinwegsetzen.

- bb) Der "Schutzzweck" im Rahmen der mutmaßlichen Einwilligung

Diese Grundsätze sind bei dem Rechtsinstitut der mutmaßlichen Einwilligung zu beachten. Es darf nicht dazu mißbraucht werden, sich über die tatsächlichen Vorstellungen des Rechtsgutsinhabers hinwegzusetzen. Sein wirklicher Wille hat absoluten Vorrang. Sollte er jedoch nicht festzustellen sein, so hat eine objektive und sorgfältige Prüfung stattzufinden. Auf ihr muß die Prognose über den hypothetischen Willen des Rechtsgutsinhabers beruhen. Nur so kann die tatsächliche Einwilligung ersetzt werden 98).

---

98) Lenckner in Schönke-Schröder vor § 32 StGB Rz 56

Der Geschädigte wird einer Rechtsgutsverletzung nur zustimmen, wenn dadurch sein Interesse an der Aufklärung des Unfalles gewahrt wird. Er will die erforderlichen Feststellungen am Ort des Schadensereignisses erhalten.

Ein Unfallbeteiligter, der den Unfallort verläßt, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen, verwirklicht den Tatbestand des § 142 I n.F. StGB (vgl. B I). Gleichzeitig trägt er dazu bei, daß die erforderlichen Feststellungen ermöglicht werden. Obwohl es zu einer Rechtsgutsverletzung kommt, handelt der Unfallbeteiligte gemäß dem Sinn und Zweck des § 142 n.F. StGB. Der Berechtigte soll in die Lage versetzt werden, die Feststellungen am Unfallort zu treffen.

Das Stufenverhältnis von § 142 Abs. 1 und Abs. 2 n.F. StGB ist zu beachten. Es genügt nicht, wenn der Unfallbeteiligte feststellungsbereite Personen nur verständigt. Er würde eine Pflicht erfüllen, die in § 142 II n.F. StGB normiert ist.

Sie setzt voraus, daß der Feststellungspflichtige eine angemessene Zeit am Unfallort gewartet hat ( § 142 I Nr. 2 n.F. StGB).

Der Unfallbeteiligte muß also mehr tun. Er hat das Anwesenheitsgebot des § 142 I n.F. StGB zu beachten. Das Verlassen des Unfallortes würde sonst gegen den Schutzzweck der Norm verstoßen. Die Feststellungen sind vom Unfallbeteiligten am Unfallort zu ermöglichen. Er kann diese Pflicht nicht auf eine andere Person übertragen 99).

Der Feststellungspflichtige darf sich nur vorübergehend vom Unfallort entfernen. Er muß beim Verlassen der Unfallstelle den Willen haben, wieder zurückzukehren 100). Nur in diesem Fall kann man dem Berechtigten eine Einwilligung unterstellen. Er hat dann die Möglichkeit, die Beweise am Unfallort zu erhalten. Gleichzeitig steht der Unfallbeteiligte für die Feststellungen zur Verfügung.

Zwar handelt der Feststellungspflichtige auch in seinem eigenen Interesse. Er will die Wartezeit verkürzen. An der rechtlichen Beurteilung ändert dies nichts. Für die mutmaßliche Einwilligung ist der hypothetische Wille des Berechtigten ausschlaggebend. Dem Geschädigten kommt es nicht darauf an, wie lange der Unfallbeteiligte am Unfallort wartet. Er möchte, daß die Feststellungen zu seinen Gunsten so schnell wie möglich getroffen werden.

---

99) Dies darf nicht mit der Frage verwechselt werden, ob ein Dritter die Feststellungen für den Geschädigten treffen kann.

Bejahend: Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 26  
Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 4 c  
Rudolphi im Systematischen Kommentar § 142 n.F. StGB  
Rz 27

100) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 6 b

In vielen Fällen kennt der Unfallbeteiligte den Berechtigten nicht. Er wird daher die Polizei verständigen. Von einer mutmaßlichen Einwilligung kann man trotzdem ausgehen. Die Polizei hat mehr Möglichkeiten, die erforderlichen Feststellungen zu treffen als eine Privatperson.

Die Unfallaufnahme durch die Polizei wurde zwar bei kleineren Schäden eingeschränkt. Ein Protokoll soll nicht mehr in jedem Fall aufgenommen werden. Als Richtlinie gilt eine Schadenshöhe von 3.000,-- DM, die bei einem der beschädigten Gegenstände überschritten sein muß.

Für den vorliegenden Beispielsfall ist dies ohne Bedeutung. Die Polizei erstellt ein Unfallprotokoll, wenn keine feststellungsbereiten Personen zugegen sind. Das Ergebnis wird dann dem Berechtigten mitgeteilt. Er erhält auch hier die erforderlichen Feststellungen, die am Unfallort getroffen worden sind.

Ein Unfallbeteiligter darf daher den Unfallort verlassen, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen. Die Tatbestandsverwirklichung ist durch eine mutmaßliche Einwilligung des Rechtsgutsinhabers gerechtfertigt.

Der Feststellungspflichtige muß den hypothetischen Willen des Berechtigten im jeweiligen Einzelfall bestimmen. Er hat eine objektive und sorgfältige Prüfung vorzunehmen. Sie ist für eine wirksame mutmaßliche Einwilligung erforderlich.

Der tatsächliche Wille des Berechtigten, der erst später festgestellt werden kann, spielt keine Rolle mehr. Die Tat bleibt gerechtfertigt, auch wenn der Rechtsgutsinhaber damit nicht einverstanden sein sollte 101).

#### 4. Die Pflichten des Unfallbeteiligten nach Verlassen des Unfallortes

Der Unfallbeteiligte darf sich vom Unfallort entfernen, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen (vgl. B II 3). Die Tatbestandsverwirklichung ist durch eine "mutmaßliche Einwilligung" gerechtfertigt. Obwohl § 142 I n.F. StGB nach Verlassen des Unfallortes nicht mehr eingreift, entstehen keine Strafbarkeitslücken.

Der Feststellungspflichtige hat sich beim Verlassen des Unfallortes zu folgendem verpflichtet:

1. feststellungsbereite Personen unverzüglich zu verständigen
2. an den Unfallort zurückzukehren.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann er davon ausgehen, daß der Berechtigte mit dem Verlassen des Unfallortes einverstanden ist (vgl. B II 3).

Kommt der Unfallbeteiligte diesen Verpflichtungen nicht nach, macht er sich gem. § 142 II n.F. StGB strafbar. Er hat die nachträglichen Feststellungen nicht unverzüglich ermöglicht.

---

101) Lenckner in Schönke-Schröder vor § 32 StGB Rz 58, 60

Nach der Rückkehr an den Unfallort sind die erforderlichen Feststellungen zu treffen. Der Umfang der Feststellungspflicht ist umstritten. Zwei unterschiedliche Meinungen werden vertreten:

- Die Feststellungen sind gem. § 142 I n.F.StGB zu ermöglichen.

Der Unfallbeteiligte hat sich nur vorübergehend vom Unfallort entfernt. Es ist so zu verfahren, als habe er den Unfallort überhaupt nicht verlassen 102).

Die Regelungen des § 142 II, III n.F. StGB haben nur den Zweck, einen Ersatz für Abs. 1 zu schaffen. Solange die Feststellungen am Unfallort getroffen werden können, besteht für Abs. 2, 3 kein Bedarf. Ein Vereitelungsverbot (§ 142 III S. 2 n.F. StGB) ist nicht gerechtfertigt 103).

- Der Umfang der Feststellungspflicht bestimmt sich nach § 142 II, III n.F. StGB.

Der Unfallbeteiligte hat sich "berechtigt" vom Unfallort entfernt. Dies ist die Tatbestandsvoraussetzung für § 142 II n.F. StGB. Abs. 1 und Abs. 2 schließen sich begrifflich aus. Abs. 2 kann immer erst dann eingreifen, wenn der Unfallbeteiligte den Unfallort straflos verlassen hat. Wie lange er sich vom Unfallort entfernt hat, spielt keine Rolle.

Das Vereitelungsverbot gem. § 142 III S.2 n.F. StGB benachteiligt den Unfallbeteiligten nicht unangemessen. Er hat den Unfallort vorübergehend verlassen. Es besteht die Möglichkeit, daß die erforderlichen Feststellungen beeinträchtigt worden sind. Ein Vereitelungsverbot ist dafür ein angemessener Ausgleich 104).

---

102) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 58

103) Rudolphi in SK StGB § 142 Rn 45

104) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 5 d  
Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr.I 15 e

Stellt man die beiden Meinungen gegenüber, so ergibt sich folgendes:

Die Anwendung des § 142 I n.F. StGB würde voraussetzen, daß der objektive Tatbestand noch nicht verwirklicht worden ist. In dem Augenblick, in welchem ein Unfallbeteiligter den Unfallort verläßt, erfüllt er alle Tatbestandsvoraussetzungen des § 142 I n.F. StGB (vgl. A I).

Eine spätere Rückkehr an den Unfallort hat für § 142 I n.F. StGB keine Bedeutung mehr. Die Rechtsgutsverletzung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Dieser allgemeine Grundsatz des Strafrechts gilt auch bei § 142 n.F. StGB.

Die Regelung des § 142 II n.F. StGB ist hier eindeutig. Sie bestimmt, was der Unfallbeteiligte tun muß, nachdem er den Unfallort verlassen hat. Abs. 2 wäre nicht anwendbar, wenn der Unfallbeteiligte sich bereits gem. § 142 I n.F. StGB strafbar gemacht hätte. Die Rechtsgutsverletzung ist durch das erstmalige Verlassen des Unfallortes vollendet worden. Der Unfallbeteiligte kann den Tatbestand des § 142 I n.F. StGB nicht zweimal verwirklichen.

Der Umfang der Feststellungspflicht ergibt sich somit aus § 142 II i.V.m. III n.F. StGB. Abs. 2 bestimmt, daß der Unfallbeteiligte die nachträglichen Feststellungen unverzüglich ermöglichen muß. Abs. 3 S. 1 erläutert den Begriff "nachträgliche Feststellungen". Er beschreibt genau, was der Unfallbeteiligte zur Erfüllung seiner Pflicht zu tun hat.

Trotzdem wird in der Literatur und in der Rechtsprechung die Meinung vertreten, daß § 142 III S.1 n.F. StGB den Begriff "nachträgliche Feststellungen" nicht definiere. Er beschränke sich auf eine beispielhafte Aufzählung 105). Das ergäbe sich aus dem Wort "genügt". Damit habe der Gesetzgeber zum Ausdruck bringen wollen, daß die Erfüllung der in Abs. 3 S. 1 genannten Feststellungen in jedem Falle ausreiche 106).

- a) Die Pflichten des Unfallbeteiligten im Rahmen des § 142 III S. 1 n.F. StGB

Für die Auslegung des § 142 III S. 1 n.F. StGB ist eine Frage besonders wichtig: Enthält die Vorschrift Mindest- oder Maximalanforderungen?

Handelt es sich um "Mindestanforderungen", so muß der Unfallbeteiligte alle dort genannten Pflichten erfüllen. Im jeweiligen Einzelfall kann es erforderlich sein, daß er noch andere, im Gesetz nicht genannte Feststellungen, ermöglichen muß.

Enthält § 142 III S. 1 n.F. StGB "Maximalanforderungen", so bleibt der Unfallbeteiligte auf jeden Fall straffrei, wenn er sie erfüllt. Im jeweiligen Einzelfall kann es genügen, daß er nicht alle Feststellungen ermöglicht, die im Gesetz aufgezählt sind.

---

105) BGH VRS 58, 200 (201)

106) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 5 d

In den Gesetzesmaterialien zu § 142 n.F. StGB wurde zum ersten Mal der Begriff "Mindestvoraussetzungen" verwendet (107). Dort heißt es: "Abs. 4 (in der jetzigen Fassung Abs. 3) sieht bestimmte Mindestvoraussetzungen für die in Abs. 3 (jetzt Abs. 2) geforderte nachträgliche Ermöglichung der Feststellungen vor, deren Erfüllung in jedem Fall ausreicht, um die Anwendbarkeit des Tatbestandes auszuschließen".

Die Formulierung ist widersprüchlich. Würde § 142 III S.1 n.F. StGB tatsächlich "Mindestanforderungen" festlegen, so müßte der Unfallbeteiligte in jedem Fall alle dort genannten Feststellungen ermöglichen. Er könnte sogar verpflichtet sein, noch mehr zu tun als Abs. 3 S. 1 verlangt (vgl. o.).

In den Gesetzesmaterialien wird diese Konsequenz verneint. Der Unfallbeteiligte soll straffrei bleiben, wenn er die in § 142 III S. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen ermöglicht.

Die StVO enthält eine Vorschrift, die zeigt, wie der Begriff "Mindestvoraussetzung" zu definieren ist.

§ 41 II Nr. 7 StVO erklärt das Zeichen Nr. 275. Dieses Verkehrszeichen schreibt eine bestimmte "Mindestgeschwindigkeit" vor. In dem Gesetzestext wird ausführlich erläutert, wie sich der Verkehrsteilnehmer zu verhalten hat. Er darf mit keiner geringeren Geschwindigkeit fahren, als auf dem Verkehrszeichen angegeben ist. Der Begriff "Mindest-" verpflichtet den Verkehrsteilnehmer somit, nicht weniger, sondern allenfalls mehr zu tun.

---

107) Drucksache des Deutschen Bundestags 7/2434 II Nr.4

Die Regelung des § 142 III S. 1 n.F. StGB wird in der Literatur und in der Rechtsprechung oft als unzureichend empfunden 108). Abs. 3 S. 1 weicht erheblich von Abs. 1 Nr. 1 ab. So muß ein Unfallbeteiligter gem. § 142 I Nr. 1 n.F. StGB Feststellungen zu seiner Person dulden. Dazu zählt insbesondere seine Alkoholisierung, soweit sie für die Aufklärung des Unfallhergangs von Bedeutung ist. Im Gegensatz zu Abs. 1 Nr. 1 verlangt § 142 III S. 1 n.F. StGB nur, daß der Unfallbeteiligte seine Anschrift und seinen Aufenthalt mitteilt. Sonstige Feststellungen zur Person scheint er nicht dulden zu müssen.

Viele Unfallbeteiligte einigen sich, den Unfallort zu verlassen, um die erforderlichen Feststellungen an einem anderen Ort zu treffen. Dort angelangt, stellt der Berechtigte fest, daß der Unfallkontrahent möglicherweise alkoholisiert ist. Er ruft die Polizei, um den Promillegehalt feststellen zu lassen. Der Unfallbeteiligte ermöglicht die in § 142 III S. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen. Anschließend entfernt er sich, ohne auf die Polizei zu warten.

§ 142 I n.F. StGB greift in diesem Fall nicht ein, da sich der Feststellungspflichtige nicht vom Unfallort entfernt hat. Er könnte sich allenfalls gem. § 142 II, III S. 1 n.F. StGB strafbar gemacht haben.

---

108) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 15 e

OLG Köln NJW 1981, 2367 ff = DAR 1981, 329

Das OLG Köln 109) bejaht eine Wartepflicht. Der Unfallbeteiligte müsse auch im Rahmen des § 142 II, III S. 1 n.F. StGB auf die Polizei warten, wenn eine Blutentnahme erforderlich sei.

Zur Begründung meint das OLG wörtlich:

"Ob grundsätzlich im Rahmen des § 142 II StGB eine Verpflichtung besteht, auf das Erscheinen der Polizei zu warten, bedarf hier keiner Entscheidung. Jedenfalls bestand im vorliegenden Fall eine solche Pflicht."

Das OLG Köln vertritt die Ansicht, daß der Berechtigte das Recht habe, die Polizei hinzuzuziehen. Der Unfallbeteiligte hätte auch am Unfallort auf deren Eintreffen warten müssen. Er habe eine Wartepflicht. Daran ändere sich nichts, wenn die Beteiligten vereinbaren würden, die erforderlichen Feststellungen in einer nahegelegenen Wohnung zu treffen.

Der Berechtigte sei einverstanden gewesen, sich vom Unfallort zu entfernen. Diese Einwilligung rechtfertige nicht das Verlassen der Wohnung.

Der Unfallbeteiligte könnte sonst die Art seiner Beteiligung verschleiern. Er müßte den Berechtigten nur überreden, die erforderlichen Feststellungen nicht am Unfallort selbst zu treffen. Unter dem Vorwand, sich über die Haftungsfrage einigen zu wollen, wäre dies leicht möglich.

---

109) OLG Köln NJW 1981, 2367 ff = DAR 1981, 329

Der Unfallbeteiligte hätte dann nur noch die in § 142 III S. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen zu ermöglichen. Anschließend könnte er sich aus der Wohnung entfernen. Der Berechtigte hätte keine Möglichkeit mehr, die Alkoholisierung des Unfallbeteiligten feststellen zu lassen.

Obwohl das OLG Karlsruhe 110) in einer früheren Entscheidung eine andere Meinung vertreten hatte, verneinte das OLG Köln eine Vorlagepflicht. Es verwies auf einen Beschluß des BGH's vom 29.11.1979 111). Der BGH hatte festgesellt, daß die Voraussetzungen des § 142 II, III S. 1 n.F. StGB anhand des jeweiligen Einzelfalls beurteilt werden müßten.

Das OLG Karlsruhe 112) ist der Ansicht, § 142 II, III S. 1 n.F. StGB enthalte nur eine nachträgliche Mitteilungspflicht. Der Unfallbeteiligte müsse nicht auf das Eintreffen der Polizei warten. § 142 II n.F. StGB begründe eine nachträgliche Meldepflicht, deren Mindestvoraussetzungen § 142 III S. 1 n.F. StGB beschreibe.

Der Gesetzgeber habe die Voraussetzungen des § 142 III S.1 n.F. StGB bewußt eng gefaßt. Der Unfallbeteiligte solle im Rahmen des § 142 n.F. StGB nicht verpflichtet sein, aktiv zur Aufklärung des Unfalls beizutragen. Dieser Grundsatz dürfe nur in Ausnahmefällen durchbrochen werden. § 142 III S. 1 n.F. StGB sei daher restriktiv auszulegen.

---

110) OLG Karlsruhe VRS 59, 420 (421)

111) BGH VRS 58, 201

112) OLG Karlsruhe, vgl. 110)

Wie ist nun § 142 III S. 1 n.F. StGB tatsächlich zu interpretieren?

Der Wortlaut enthält keinen eindeutigen Hinweis.

§ 142 III S.1 n.F. StGB lautet: "... der Unfallbeteiligte genügt der Verpflichtung ...." Es kommt nicht zum Ausdruck, daß damit Mindestanforderungen gemeint sind; z.B. durch das Wort "insbesondere" oder "in der Regel". Ebenso wenig enthält der Text einen Anhaltspunkt für Maximalanforderungen. Dann müßte es heißen: "Der Unfallbeteiligte genügt der Verpflichtung in jedem Fall ...."

Das Wort "genügt" ist für den Unfallbeteiligten eine Garantie. Es gewährt ihm Straffreiheit, wenn er die in § 142 III S. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen ermöglicht 113). Die Behauptung, Abs. 3 S.1 enthielte Mindestanforderungen, verstößt daher gegen das Analogieverbot des Art. 103 II GG. Der Unfallbeteiligte könnte bestraft werden, obwohl er alles getan hat, was § 142 III S.1 n.F. StGB von ihm verlangt.

Ebenso wäre es nicht richtig, von Maximalanforderungen auszugehen. Der Berechtigte würde benachteiligt werden. Dies widerspräche dem Sinn und Zweck des § 142 n.F. StGB. § 142 III S.1 n.F. StGB interpretiert den Begriff "nachträgliche Feststellungen" sehr restriktiv. Eine weitere Einschränkung zu Lasten des Geschädigten wäre nicht zu rechtfertigen.

---

113) Sturm JZ 1975, 408

Bei der Auslegung ist auch der Sinn und Zweck des § 142 III S.1 n.F. StGB zu berücksichtigen. Er dient nicht dem Schutz des Berechtigten. Dessen Interessen werden durch § 142 II n.F. StGB bereits ausreichend gewahrt. Vielmehr soll der Feststellungspflichtige erkennen können, was er tun muß, um straffrei zu bleiben. Genau dies wird unmöglich gemacht, wenn man in § 142 III S. 1 n.F. StGB Mindest- oder Maximalanforderungen hineininterpretiert.

§ 142 III S. 1 n.F. StGB definiert den Begriff "nachträgliche Feststellungen". Der Feststellungspflichtige muß nicht mehr und nicht weniger tun, als Abs. 3 S.1 verlangt.

b) Das Vereitelungsverbot des § 142 III S.2 n.F. StGB

§ 142 III n.F. StGB enthält zwei Einschränkungen:

1. Der Unfallbeteiligte muß sein Fahrzeug nur für eine "zumutbare" Zeit zur Verfügung halten.
2. § 142 III S. 1 n.F. StGB gilt nicht, wenn der Unfallbeteiligte durch sein Verhalten die Feststellungen absichtlich vereitelt (§ 142 III S.2 n.F. StGB).

Besonders wichtig ist § 142 III S. 2 n.F. StGB:

Der Unfallbeteiligte soll sich nicht auf die vereinfachte Regelung des § 142 III S. 1 n.F. StGB berufen können, wenn er dadurch die Feststellungen vereitelt 114).

---

114) Janiszewski DAR 1975, 169 (175)

§ 142 III S. 2 n.F. StGB bezieht sich nicht auf die Feststellungen des § 142 III S. 1 n.F. StGB. Würde der Unfallbeteiligte diese Feststellungen vereiteln, so bliebe er auf keinen Fall straffrei. Er hätte die Feststellungen im Sinne des § 142 III S. 1 n.F. StGB überhaupt nicht ermöglicht. § 142 III S. 2 n.F. StGB wäre daher überflüssig.

§ 142 n.F. StGB beruht auf einem allgemeinen Rechtsgedanken. Der Unfallbeteiligte soll zu keinen aktiven Aufklärungshandlungen verpflichtet sein.

§ 142 II n.F. StGB enthält eine wichtige Ausnahme: Der Unfallbeteiligte muß, nachdem er den Unfallort straflos verlassen hat, aktiv tätig werden. Er hat die nachträglichen Feststellungen unverzüglich zu ermöglichen.

§ 142 II i.V.m. III S.1 n.F. StGB soll diese Pflicht auf ein Minimum reduzieren 115). Der Geschädigte wird dadurch benachteiligt. Er erhält nur wenige Informationen über den Unfallhergang.

Der Gesetzgeber hat erkannt, daß in der vereinfachten Regelung des § 142 III S.1 n.F. StGB eine besondere Gefahr liegt. Ein Unfallbeteiligter kann sie mißbrauchen, um die Durchsetzung der Schadensersatzansprüche zu verhindern.

Aus diesem Grund wurde der Satz 2 des § 142 III n.F. StGB geschaffen. Er schließt die Anwendung des § 142 III S.1 n.F. StGB aus, wenn der Unfallbeteiligte "durch sein Verhalten die Feststellungen absichtlich vereitelt".

---

115) Drucksache des Deutschen Bundestages 7/2434 S. 8

Besonders wichtig ist die Formulierung: "durch sein Verhalten". Das Gesetz bringt damit zum Ausdruck, daß sich der Unfallbeteiligte korrekt verhalten muß. Er darf weder am Unfallort noch nach Verlassen des Unfallortes Feststellungen vereiteln.

Dies bedeutet nicht, daß das Vereitelungsverbot auf § 142 I n.F. StGB angewendet wird. § 142 III S.2 n.F. StGB gilt nach seinem eindeutigen Wortlaut nur für § 142 III S. 1 n.F. StGB.

Ein Unfallbeteiligter, der Feststellungen vereitelt hat, kann sich auf die vereinfachte Regelung des § 142 III S.1 n.F. StGB nicht mehr berufen. Er muß die Feststellungen gem. § 142 II n.F. StGB ermöglichen.

Daraus ergibt sich ein Umkehrschluß: Wenn § 142 III S.1 n.F. StGB nicht anwendbar ist, muß der Unfallbeteiligte nicht nur die in Abs. 3 S.1 genannten Feststellungen ermöglichen. Der Berechtigte hat in derartigen Fällen einen Anspruch, nicht schlechter gestellt zu werden wie bei § 142 I n.F. StGB. Der Feststellungspflichtige muß daher die in § 142 I Nr. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen im Rahmen des § 142 II n.F. StGB ermöglichen.

§ 142 III S.1 n.F. StGB setzt demnach einen rechtstreuen Unfallbeteiligten voraus. Nur für ihn werden die nachträglichen Feststellungen vereinfacht.

Nicht jeder Unfallbeteiligte, der Feststellungen im Rahmen des § 142 n.F. StGB vereitelt, macht sich strafbar. Der Grund hierfür liegt in der unterschiedlichen rechtlichen Gestaltung des § 142 I und II n.F. StGB.

§ 142 I n.F. StGB verlangt nur eine passive Feststellungspflicht. Der Unfallbeteiligte muß durch seine Anwesenheit die Feststellungen ermöglichen. Dieser Pflicht kommt er selbst dann nach, wenn er die Spuren des Unfalls beseitigt 116).

Anders verhält es sich mit § 142 II n.F. StGB. Hier ist der Feststellungspflichtige zu aktiven Aufklärungshandlungen gezwungen. Er muß von sich aus tätig werden. Der Unfallbeteiligte hat dem Berechtigten die Feststellungen mitzuteilen. Diese aktive Aufklärungspflicht verletzt er, wenn er die erforderlichen Feststellungen vereitelt.

Eine andere Ansicht vertritt MAIER 117). Er meint, daß eine Differenzierung zwischen § 142 I und II n.F. StGB nicht gerechtfertigt sei. Der Geschädigte habe immer ein schutzwürdiges Interesse, die erforderlichen Feststellungen auch tatsächlich zu erhalten. Es entspräche dem allgemeinen Rechtsempfinden, wenn der Feststellungspflichtige auch am Unfallort keine Spuren beseitigen dürfe.

---

116) Jagusch NJW 1976, 504

117) Maier JZ 1975, 721 ff

Die Argumentation ist mit § 142 n.F. StGB nicht zu vereinbaren. Im Gegensatz zu § 34 III StVO enthält § 142 I n.F. StGB kein Verbot, die Unfallspuren zu beseitigen. Der Unfallbeteiligte muß die Feststellungen hinsichtlich der "Art seiner Beteiligung" nur "durch seine Anwesenheit" ermöglichen (§ 142 I Nr. 1 n.F. StGB).

Der Gesetzgeber hätte die Möglichkeit gehabt, auch in § 142 I n.F. StGB ein Vereitelungsverbot aufzunehmen. Beide Vorschriften - § 142 StGB und § 34 StVO - wurden zur gleichen Zeit novelliert.

Diese Entscheidung ist zu beachten. Eine Handlung, die der Gesetzgeber als Ordnungswidrigkeit eingestuft hat, darf nicht im Wege der Auslegung zu einer Straftat werden.

§ 142 I und II n.F. StGB regeln den Inhalt der Feststellungspflicht zu Recht unterschiedlich. Nur im Rahmen des § 142 II n.F. StGB muß der Unfallbeteiligte die Feststellungen aktiv ermöglichen.

Ein Unfallbeteiligter, der sich vom Unfallort entfernt, verschlechtert die Beweislage des Berechtigten. Er kann die erforderlichen Feststellungen wesentlich leichter vereiteln als am Unfallort. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen besteht nicht mehr.

Die Pflicht, die Feststellungen aktiv zu ermöglichen, stellt dafür einen angemessenen Ausgleich dar. Denselben Zweck erfüllt das Vereitelungsverbot des § 142 III S.2 n.F. StGB. Anderenfalls würde der Berechtigte in unzumutbarer Weise benachteiligt werden (118).

In der Rechtsprechung und in der Literatur wird die Meinung vertreten, daß § 142 III S.1 n.F. StGB keine abschließende Regelung enthalte. Die Aufzählung sei nur beispielhaft 119). Der Unfallbeteiligte könne seine Pflicht auch auf andere Weise erfüllen. Er dürfe einen zuverlässigen Dritten beauftragen, der für ihn die erforderlichen Feststellungen trifft. Ferner solle er die Möglichkeit haben, zum Unfallort zurückzukehren, solange dort noch feststellungsbereite Personen anwesend sind 120).

Die Auffassung ist im Ergebnis richtig. § 142 III S.1 n.F. StGB enthält aber keine beispielhafte Aufzählung. Die Vorschrift verlangt nur eine "Mitteilung". Der Unfallbeteiligte hat die Wahl, auf welche Weise er den Berechtigten benachrichtigt.

Er kann ein Telefon benutzen oder einen zuverlässigen Dritten beauftragen, der als Bote fungiert. Auch die Rückkehr an den Unfallort hat keinen anderen Zweck. Der Unfallbeteiligte teilt den dort anwesenden feststellungsbereiten Personen mit, daß er am Unfall beteiligt war. Er ermöglicht so die Feststellungen im Sinne des § 142 III S.1 n.F. StGB.

Mit Hilfe dieser Erwägungen läßt sich auch der Eingangsfall befriedigend lösen. Der Unfallbeteiligte, der den Unfallort verläßt, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen, hat sich verpflichtet, wieder zurückzukehren (vgl. B II.3.).

---

119) Beulke JR 1980, 521 (522) mit weiteren Nachweisen

120) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr.I 15 c

Nach der Rückkehr an den Unfallort kann sich der Unfallbeteiligte nicht auf § 142 III S.1 n.F. StGB berufen. Er würde dadurch die Feststellungen über die "Art seiner Beteiligung" vereiteln.

Der Feststellungspflichtige durfte sich vom Unfallort entfernen, da er im materiellen Interesse des Berechtigten gehandelt hat. Er wußte, daß er am Unfallort verpflichtet gewesen wäre, Feststellungen über die "Art seiner Beteiligung" zu dulden.

Sein Verhalten - Verlassen des Unfallortes, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen - würde in dem Augenblick zur Vereitelung von Feststellungen führen, in dem sich der Unfallbeteiligte auf § 142 III S. 1 n.F. StGB beruft. Er hätte durch sein eigenverantwortliches Handeln dazu beigetragen, daß der Berechtigte nicht mehr alle Feststellungen treffen könnte.

Diese Umstände waren dem Feststellungspflichtigen beim Verlassen des Unfallortes bekannt. Er würde daher "absichtlich" im Sinne des § 142 III S.2 n.F. StGB handeln. Der Unfallbeteiligte muß demnach gem. § 142 II n.F. StGB die in § 142 I Nr.1 n.F. StGB genannten Feststellungen ermöglichen 121).

---

121) im Ergebnis ebenso, aber ohne Begründung  
OLG Düsseldorf VRS 68, 449

Im Rahmen des § 142 n.F. StGB sind sehr unterschiedliche Fallgestaltungen möglich. Nicht jeder Unfallbeteiligte, der Feststellungen vereitelt, macht sich strafbar. Die folgende Aufstellung zeigt, wie die unterschiedlichen Fälle zu lösen sind:

1. Der Unfallbeteiligte vereitelt aktiv die Feststellungen am Unfallort.

§ 142 I n.F. StGB greift nicht ein.

Entfernt sich der Unfallbeteiligte erlaubterweise vom Unfallort, so muß er die Feststellungen gem. § 142 II n.F. StGB ermöglichen. § 142 III S.1 n.F. StGB ist nicht anwendbar. Der Unfallbeteiligte hat durch sein Verhalten Feststellungen vereitelt (§ 142 III S.2 n.F. StGB). Er bleibt nur dann straffrei, wenn er im Rahmen des § 142 II n.F. StGB alle in § 142 I Nr.1 n.F. StGB genannten Feststellungen ermöglicht.

2. Der Unfallbeteiligte verhält sich am Unfallort korrekt. Nachdem er ihn erlaubterweise verlassen hat, vereitelt er Feststellungen.

Auch hier greift wieder nur § 142 II n.F. StGB ein. § 142 III S.1 n.F. StGB findet aufgrund des Satzes 2 keine Anwendung (vgl. o.).

Der Unfallbeteiligte hat sich gem. § 142 II n.F. StGB strafbar gemacht. Feststellungen, die vereitelt worden sind, können nicht gleichzeitig aktiv ermöglicht werden.

Bei diesem Beispielfall wird die Funktion des § 142 III S.2 n.F. StGB besonders deutlich. Die Vorschrift verhindert, daß ein Unfallbeteiligter die in § 142 III S.1 n.F. StGB genannten Voraussetzungen erfüllt, und andere Feststellungen straflos vereiteln kann.

3. Der Unfallbeteiligte vereitelt am Unfallort keine Feststellungen. Auch nachdem er sich erlaubterweise entfernt hat, verhält er sich korrekt.

Der Unfallbeteiligte hat die nachträglichen Feststellungen gem. § 142 II i.V.m. III S.1 n.F. StGB zu ermöglichen. Er muß nicht mehr tun als § 142 III S.1 n.F. StGB von ihm verlangt.

## C) Die Rückkehrpflicht

### I. Die Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 a.F. StGB

Der Tatbestand des § 142 a.F. StGB war kurz gefaßt. Er verbot dem Unfallbeteiligten, nach einem Unfall zu fliehen, bevor er die erforderlichen Feststellungen ermöglicht hatte.

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB konnte der Unfallbeteiligte in vielen Fällen die Unfallstelle straflos verlassen. Es bestand keine strikte Bindung an den Unfallort. Der objektive Tatbestand des § 142 a.F. StGB setzte eine "Flucht" des Täters voraus (vgl.: A II.).

Im Rahmen des subjektiven Tatbestandes war ein Feststellungsverweilungsvorsatz erforderlich (vgl.: B I. 2.). D.h.: der Unfallbeteiligte konnte sich straflos entfernen, solange er die Feststellungen nicht vereiteln wollte. Er handelte ferner unvorsätzlich, wenn er den Unfall nicht bemerkt hatte.

Auch die allgemeinen Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe berechtigten den Feststellungspflichtigen, den Unfallort zu verlassen. Er durfte einen Verletzten ins Krankenhaus bringen. Der Unfallbeteiligte war nicht verpflichtet, an der Unfallstelle zu bleiben, wenn er von Passanten bedroht wurde (vgl.: A II., B I.).

### 1. Die Rückkehrpflicht in der Rechtsprechung des BGH

§ 142 a.F. StGB enthielt eine Regelungslücke. Es gab keine Bestimmung, die den Unfallbeteiligten verpflichtete, Feststellungen nachträglich zu ermöglichen.

Die Rechtsprechung legte daher den Tatbestand weit aus. Einerseits wurde das Tatbestandsmerkmal "Flucht" großzügig interpretiert (vgl.: A II.). Andererseits führte der BGH die sog. Rückkehrpflicht ein.

Die Rechtsprechung unterschied zwei Fallgruppen:

- a) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes  
in Kenntnis der Unfallbeteiligung

Das Reichsgericht hatte sich mit der Frage der Rückkehrpflicht nicht befaßt. Es stellte in einigen Entscheidungen lediglich fest, daß eine "Flucht" nicht nur vom Unfallort aus möglich sei (vgl.: A II. 3.). Diese Rechtsprechung bezog sich auf ein bestimmtes Tatbestandsmerkmal. Der Begriff "Flucht" wurde weit ausgelegt.

Das erste Urteil zur Rückkehrpflicht erging im Jahre 1951 122). Der BGH bezog sich dabei auf einige Entscheidungen des Reichsgerichts. Er erweckte so den Eindruck, als habe bereits das Reichsgericht über eine Rückkehrpflicht entschieden.

Der BGH begründete die neue Rechtspflicht sehr knapp. Er meinte, daß das Tatbestandsmerkmal "Flucht" sehr weit auszulegen sei. Eine "Flucht" sei nicht nur vom Unfallort, sondern von jedem anderen Ort aus möglich.

Der Unfallbeteiligte könne die Unfallstelle verlassen, wenn er einem Verletzten helfen wolle oder bedroht werde. Er dürfe sich jedoch nicht weiter entfernen als unbedingt erforderlich.

Ohne eine weitere Begründung fuhr der BGH fort:  
"Der Angeklagte war also verpflichtet, sofort zum Unfallort zurückzukehren, um hier die Feststellungen zu ermöglichen. Nur dann besteht diese Pflicht nicht, wenn der Täter erst nachträglich Kenntnis vom Unfall erlangt".

---

122) BGH VRS 4, 49 (52)

Der BGH untermauerte seine Beweisführung mit einer Entscheidung des Reichsgerichts. Man könnte daher annehmen, das Reichsgericht habe eine Rückkehrpflicht nur bei nachträglicher Kenntnis vom Unfall verneint.

In der zitierten Entscheidung des Reichsgerichts 123) ging es aber nicht um eine Rückkehrpflicht. Der Angeklagte hatte erst Tage nach dem Unfall von dem Geschehen erfahren. Das Reichsgericht verneinte ausschließlich aus diesem Grund eine Strafbarkeit. Es erörterte nicht die Frage, ob der Unfallbeteiligte verpflichtet gewesen wäre, an den Unfallort zurückzukehren.

In den folgenden Jahren berief sich der BGH in jedem neuen Urteil auf die vorangegangenen Entscheidungen. Nur in zwei Fällen versuchte der BGH, die Rückkehrpflicht zu begründen.

In dem Urteil vom 10. Nov. 1953 124) rechtfertigte der BGH die Rückkehrpflicht mit dem Sinn und Zweck des § 142 a.F. StGB 125). Er meinte, die Vorschrift verpflichte die Beteiligten, am Unfallort zu bleiben. Auf diese Weise solle der Unfallhergang geklärt werden. Der Grundsatz der straflosen Selbstbegünstigung müsse insoweit zurücktreten.

---

123) RG im VAE 1941, 205 = RG in DJ 1941, 1096

124) BGHSt 5, 124 (129)

125) Im Zeitpunkt der Entscheidung lautete die Vorschrift "§ 139 a StGB". Der Wortlaut wurde bei der Umbenennung in § 142 a.F. StGB nicht verändert (vgl. Einleitung).

Eine rechtfertigende Hilfeleistung berechti- ge nur zum vorübergehenden Verlassen des Unfallortes. Ein Unfallbeteiligter, der Hilfe herbeihole, dürfe nicht besser gestellt werden, als derjenige, der am Unfallort zurückbleibe. Es bestehe sonst die Gefahr, daß ein Feststellungspflichtiger straflos fliehen könne.

Dies würde besonders bei Unfällen, bei denen Personen verletzt worden seien, zu unbilligen Ergebnissen führen.

Erst im Jahre 1962 begründete der BGH die Rückkehrpflicht eingehender.

In dem Urteil vom 26. Sept. 1962 126) stellte der BGH fest, daß die Rückkehrpflicht mit § 142 a.F. StGB vereinbar sei. Der Tatbestand werde dadurch nicht unzulässig ausgedehnt.

Ein Unfallbeteiligter, der sich entschuldigt vom Unfallort entferne, müsse, anstatt zu warten, an den Unfallort zurückkehren. Die Wartepflicht werde durch die Rückkehrpflicht ersetzt.

Der Unfallbeteiligte habe das Feststellungsinteresse der übrigen Beteiligten beeinträchtigt. Die Durchsetzung ihrer zivilrechtlichen Ansprüche sei gefährdet, solange der Feststellungspflichtige nicht am Unfallort anwesend sei. Der Unfallbeteiligte müsse den früheren Zustand wiederherstellen. Er habe die Feststellungen im Sinne des § 142 a.F. StGB zu ermöglichen.

---

126) BGHSt 18, 114 (119 ff)

Ein Rechtfertigungsgrund gestatte dem Unfallbeteiligten nur, den Unfallort vorübergehend zu verlassen. Er dürfe die Feststellungen nicht endgültig vereiteln. In dem Moment, in dem der Rechtfertigungsgrund entfalle, müsse er zum Unfallort zurückkehren.

Im übrigen sei die Rückkehrpflicht kriminalpolitisch erforderlich. Sie werde im Straßenverkehr als selbstverständliche Pflicht beachtet. Die Rückkehrpflicht entspreche daher dem allgemeinen Rechtsempfinden.

b) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Unkenntnis der Unfallbeteiligung

Diese Fallgruppe darf nicht generell mit dem nicht vorsätzlichen Verlassen der Unfallstelle gleichgesetzt werden. Im Rahmen des § 142 a.F. StGB war ein sog. "Feststellungsvereitelungsvorsatz" erforderlich (vgl.: B I.2.).

Ein Unfallbeteiligter, der sich den Feststellungen nicht entziehen wollte, konnte sich straflos vom Unfallort entfernen.

Ein Feststellungspflichtiger, der den Unfall nicht bemerkt hatte, handelte aus einem anderen Grund nicht vorsätzlich. Ihm fehlte die Kenntnis eines Tatbestandsmerkmals des § 142 a.F. StGB: "Flucht nach einem Verkehrsunfall".

Im Jahre 1960 entschied der BGH, daß ein Unfallbeteiligter auch bei nachträglicher Kenntnis vom Unfallgeschehen "fliehen" könne (127).

Der BGH begründete seine Ansicht mit dem Wortlaut des § 142 a.F. StGB. Er meinte, daß § 142 a.F. StGB nicht nur am Unfallort zu beachten sei. Der Unfallbeteiligte dürfe die erforderlichen Feststellungen nicht vereiteln. Dieses Verbot gelte allgemein und nicht nur am Unfallort.

Der Feststellungspflichtige könne von jedem Ort aus fliehen. Es spiele keine Rolle, ob er beim Verlassen des Unfallortes das Schadensereignis bemerkt habe. Der Unfallbeteiligte sei sonst besser gestellt als derjenige, der sich entschuldigt vom Unfallort entfernt habe.

Für eine "Flucht" im Sinne des § 142 a.F. StGB sei ein fester örtlicher Ausgangspunkt erforderlich. Der Unfallbeteiligte "fliehe" in dem Augenblick, in dem er von dem Unfallgeschehen Kenntnis erlange. Ab diesem Zeitpunkt handle er vorsätzlich.

Der BGH befaßte sich nicht mit der Frage, ob der Unfallbeteiligte verpflichtet gewesen wäre, an den Unfallort zurückzukehren. In früheren Entscheidungen hat er eine Rückkehrpflicht in diesen Fällen verneint (128).

---

127) BGHSt 14, 89 (92 ff)

128) BGH VRS 4, 49 (52)  
BGHSt 7, 112 (116)

Im Jahre 1962 wurde trotzdem ein Unfallbeteiligter verurteilt. Er hatte erst nachträglich von seiner Unfallbeteiligung erfahren und war nicht zum Unfallort zurückgekehrt.

Der BGH entschied mit Urteil vom 26. Sept. 1962 129) über den Fall, da zwei Oberlandesgerichte eine gegensätzliche Auffassung vertraten.

Das OLG Celle 129a) verneinte eine Rückkehrpflicht. Es stellte die Wartepflicht in den Vordergrund. Der Unfallbeteiligte sollte verpflichtet sein, an dem Ort zu warten, an dem er von dem Unfall erfahren hatte.

Das OLG Celle meinte, daß eine Rückkehrpflicht mit dem Tatbestand des § 142 a.F. StGB nicht vereinbar sei. § 142 a.F. StGB setze eine "Flucht" voraus. Davon könne man nur sprechen, wenn der Unfallbeteiligte seinen Aufenthaltsort verändere. Ein Feststellungspflichtiger, der an der Stelle warte, an der er von dem Unfall erfahren habe, verwirkliche das Tatbestandsmerkmal "Flucht" nicht. § 142 a.F. StGB verlange kein aktives Tätigwerden. Der Unfallbeteiligte müsse daher nicht zum Unfallort zurückkehren.

---

129) BGHSt 18, 114 ff

129a) zitiert bei BGH a.a.O.

Das Bayerische Oberste Landesgericht bejahte dagegen eine Rückkehrpflicht. Der BGH schloß sich dieser Meinung an. Er vertrat die Ansicht, daß eine Differenzierung nicht gerechtfertigt sei. Ein Unfallbeteiligter müsse immer zum Unfallort zurückkehren. Es spiele keine Rolle, ob das Verlassen des Unfallortes gerechtfertigt, entschuldigt oder unvorsätzlich gewesen sei.

Der Unfallbeteiligte könne nicht nur vom Unfallort aus fliehen. Er habe daher auch nach Verlassen des Unfallortes eine Feststellungspflicht. Der Unfallbeteiligte sei zwar zu keiner aktiven Handlung verpflichtet, das Gesetz wolle jedoch die Berechtigten vor der Gefahr eines Beweisverlustes wirkungsvoll schützen. Der Unfallbeteiligte müsse die erforderlichen Feststellungen tatsächlich ermöglichen.

Dies könne effektiv nur am Unfallort geschehen. Der Unfallbeteiligte müsse dort anwesend sein, um für die Feststellungen zur Verfügung zu stehen. Am Unfallort könne er Zeugen gegenübergestellt werden. Außerdem sei die Spurensicherung erheblich vereinfacht.

In früheren Urteilsbegründungen 130) hatte der BGH des Öfteren folgenden Satz zitiert:

"Der Unfallbeteiligte ist nicht zur Rückkehr an die Unfallstelle verpflichtet, wenn er erst nachträglich von dem Unfall Kenntnis erlangt."

In dem Urteil vom 26. Sept. 1962 130a) meinte der BGH, daß diese Formulierung mißverstanden worden sei. Der Satz gehe auf eine Entscheidung des Reichsgerichts zurück und habe mit der Rückkehrpflicht nichts zu tun. Der Senat habe sich mit dieser Frage noch nicht befaßt.

---

130) BGHSt 7, 112 (116); BGH VRS 4, 49 (52)  
BGH VRS 5, 42 (44)

130a) BGHSt 18, 114 (120, 121)

Über eine Rückkehrpflicht bei nachträglicher Kenntnis vom Unfallgeschehen sei bisher noch nicht entschieden worden.

Die letzte Behauptung ist sicher richtig. Dennoch muß man der Rechtsprechung vorwerfen, daß sie mit diesem Satz argumentiert hat.

Der BGH benutzte die Formulierung zum ersten Mal in dem Urteil vom 14. Juni 1951 (131). Er erweckte den Eindruck, als habe das Reichsgericht nur bei nachträglicher Kenntnis vom Unfall eine Rückkehrpflicht verneint. Tatsächlich hatte das Reichsgericht über eine Rückkehrpflicht niemals entschieden (vgl.: C I. 1. a)).

Für den Verkehrsteilnehmer war dies verwirrend. Wie sollte er wissen, was richtig oder falsch war. Bis zum Jahre 1962 hatte der BGH wiederholt betont, daß ein Unfallbeteiligter bei nachträglicher Kenntnis vom Unfall nicht zur Rückkehr verpflichtet sei. Seit 1962 war dieses Verhalten strafbar.

Dagegen kann man einwenden, daß die meisten Verkehrsteilnehmer die höchststrichterliche Rechtsprechung nicht kennt. Davon scheint jedenfalls der BGH auszugehen, wenn er in seinem Urteil vom 26. Sept. 1962 (132) meint: "Die Rückkehrpflicht bei unbewußter wie bei bewußter, aber erlaubter oder entschuldigter Entfernung von der Unfallstelle entspricht der Vorstellung breiter Bevölkerungskreise".

---

131) BGH VRS 4, 49 (52)

132) BGHSt 18, 114 (121)

c) Die Rückkehrpflicht und die nachträgliche Meldepflicht

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB gab es viele Fälle, in denen der Unfallbeteiligte trotz der Rückkehrpflicht die Feststellungen nicht ermöglichen mußte. Die Rückkehr an den Unfallort hatte nur so lange einen Sinn, als dort feststellungsbereite Personen anwesend waren. § 142 a.F. StGB enthielt keine ausdrückliche Regelung über eine nachträgliche Meldepflicht.

In seinem Urteil vom 10. Nov. 1953 (133) meinte der 1. Strafsenat des BGH, daß die bloße Rückkehr an den Unfallort nicht in jedem Fall genüge. Der Rückkehrpflichtige müsse die Feststellungen tatsächlich ermöglichen.

Das Verbot der Unfallflucht habe einen wechselnden Inhalt. Ein Unfallbeteiligter, der sich erlaubterweise vom Unfallort vorübergehend entfernt habe, beeinträchtige das Feststellungsinteresse des Geschädigten. Er müsse den Berechtigten so stellen, als habe er den Unfallort niemals verlassen. Der Unfallbeteiligte sei verpflichtet, die Polizei zu verständigen, wenn an der Unfallstelle keine feststellungsbereiten Personen mehr seien.

Er habe den Unfallort und seine Unfallbeteiligung mitzuteilen. Ansonsten wäre das Verbot der Unfallflucht inhaltslos.

Der 2. Strafsenat des BGH folgte dieser Ansicht nicht. Er entschied in seinem Urteil vom 25. Jan. 1955 (134), daß § 142 a.F. StGB keine nachträgliche Meldepflicht enthalte.

---

133) BGHSt 5, 124 (129)

134) BGHSt 7, 112 (117)

Das Gesetz verlange keine aktive Mitwirkung. Der Unfallbeteiligte dürfe sich nicht entfernen. Einen anderen Inhalt habe das Tatbestandsmerkmal der "Flucht" nicht.

Das Fluchtverbot enthalte keine Meldepflicht. Dies wäre mit dem Tatbestand des § 142 a.F. StGB nicht mehr vereinbar. Eine nachträgliche Meldepflicht würde gegen § 2 StGB verstoßen.

Trotz der unterschiedlichen Ansichten entschied der Große Senat des BGH nicht über die Problematik.

Der 1. Strafsenat befaßte sich nicht mehr mit Verkehrsstrafsachen. Der zur damaligen Zeit neu zuständige 4. Strafsenat erklärte sich auf Anfrage mit der Rechtsauffassung des 2. Strafsenates einverstanden (135).

- d) Der räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen.

Im Jahre 1951 wurde zum ersten Mal ein Verkehrsteilnehmer verurteilt, weil er nicht zum Unfallort zurückgekehrt war (vgl. C I. 1. a)). 11 Jahre später begrenzte der BGH den Geltungsbereich der Rückkehrpflicht (136).

Der Unfallbeteiligte mußte nicht in jedem Fall zum Unfallort zurückkehren. Eine Rückkehrpflicht sollte nur solange bestehen, als ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen vorhanden war.

---

135) BGHSt 7, 112 (118)

136) BGHSt 18, 114 ff

Zur Begründung verwies der BGH auf einen Beschluß aus dem Jahre 1960 (137). Hier hatte der Senat entschieden, daß eine "Flucht" nicht nur vom Unfallort aus möglich sei. Der Feststellungspflichtige könne auch "fliehen", wenn er erst nachträglich vom Unfall erfahren habe. (vgl. C I. 1. b) und A II. 3.)

Diese weite Auslegung des Tatbestandsmerkmals müsse eingeschränkt werden. Es bestehe sonst die Gefahr, daß § 142 a.F. StGB jede tatbestandliche Grenze verlieren würde. Der Unfallbeteiligte könne nur "fliehen", solange ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen vorhanden sei.

Diesen Grundsatz übertrug der BGH auf die Rückkehrpflicht (138). Der Senat meinte, daß es unerheblich sei, warum sich der Unfallbeteiligte vom Unfallort entfernt habe. Die Einschränkung gelte immer. Es spiele keine Rolle, ob der Feststellungspflichtige den Unfallort berechtigt oder entschuldigt bzw. in Unkenntnis des Unfallgeschehens verlassen habe. Er müsse nur zurückkehren, solange eine "räumliche und zeitliche Beziehung zu dem Unfallgeschehen" bestehe.

Die genauen Kriterien des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" waren nur schwer zu bestimmen (vgl. A II.3.). Es kam auf die Umstände des jeweiligen Einzelfalles an. Der "Zusammenhang" wurde vom BGH bejaht, wenn die erforderlichen Feststellungen an dem Unfallort "nach dem regelmäßigen Ablauf der Dinge" noch erwartet werden konnten (139).

---

137) BGHSt 14, 89

138) BGHSt 18, 114 (121)

139) BGH VRS 29, 270 (272)

Der "räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen" mußte zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben sein. Es kam darauf an, wann der Grund für das straflose Verlassen des Unfallortes entfiel.

Ein Unfallbeteiligter durfte sich vom Unfallort entfernen, um einem Verletzten zu helfen. Er mußte dort hin zurückkehren, wenn er seine Hilfespflicht erfüllt hatte und in diesem Augenblick ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen bestand.

Ein Feststellungspflichtiger, der den Unfall nicht bemerkt hatte, handelte ohne Vorsatz. In diesem Fall kam es auf den Zeitpunkt der Kenntniserlangung an. Der räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Schadensereignis mußte noch bestehen, wenn der Feststellungspflichtige von seiner Unfallbeteiligung erfuhr. Nur dann war er zur Rückkehr an den Unfallort verpflichtet.

In den meisten Entscheidungen, die die Rückkehrpflicht betrafen, finden sich keine genauen Angaben. Die Rechtsprechung begnügte sich mit der lapidaren Feststellung, daß der "räumliche und zeitliche Zusammenhang" gegeben sei. Soweit die Urteilsgründe konkrete Angaben enthalten, beziehen sie sich häufig nur auf den räumlichen oder den zeitlichen Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen.

In folgenden Fällen bejahte die Rechtsprechung den "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang":

|            |                |                           |      |
|------------|----------------|---------------------------|------|
| BGH Urteil | vom 14.06.1951 | 800 m                     | 140) |
| " "        | " 10.11.1953   | 20 bis 30 Minuten         | 141) |
| " Beschluß | " 20.01.1960   | 500 m                     | 142) |
| " Urteil   | " 26.09.1962   | "geringfügige Entfernung" | 143) |
| " Beschluß | " 24.08.1965   | 25 km und 2 Stunden       | 144) |

Zwei Entscheidungen sind besonders bezeichnend für die damalige Rechtsprechung:

In dem Urteil vom 26.9.1962 verurteilte der BGH den Angeklagten, obwohl er über keine konkreten Angaben zum "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang" verfügte. Die vorhergehenden Instanzen hatten sich mit dieser Frage nicht befaßt.

Zur Begründung meinte der BGH, daß ein Zeuge den Angeklagten zu Fuß verfolgt habe. Er sei in der Lage gewesen, den Täter vor dessen Garage zu stellen. Damit stehe der "räumliche und zeitliche Zusammenhang" außer Zweifel.

In dem Beschluß vom 24.8.1965 dehnte der BGH den Begriff des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" erheblich aus. Der Angeklagte hatte den Unfall nicht bemerkt. Er entfernte sich über eine Strecke von 25 km. Seit dem Unfall waren 2 Stunden vergangen. Trotzdem bejahte der BGH eine Rückkehrpflicht.

---

140) BGH VRS 4, 45

141) BGHSt 5, 124

142) BGHSt 14, 90

143) BGHSt 18, 114

144) BGHSt 20, 258 = VRS 29, 270

Die Entscheidung ist umso merkwürdiger, als der BGH im Jahre 1953 bei einer Entfernung von 1 bis 2 km zur Unfallstelle den "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang" bezweifelt hatte 145). Er verwies damals die Sache an die Strafkammer zurück, da er die Tatsachenaufklärung für unzureichend hielt.

Der "räumliche und zeitliche Zusammenhang" hatte nun endgültig nur noch eine Alibifunktion. Er sollte die weite Auslegung des § 142 a.F. StGB rechtfertigen. Der Begriff konnte fast beliebig ausgedehnt werden.

In der Rechtsprechung wurde daher die Meinung vertreten, daß ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen nicht erforderlich sei.

OHR, Oberlandesgerichtsrat in Neustadt, meinte 146), daß durch dieses Kriterium die Strafbarkeit unzulässig eingeschränkt werde. Sowohl das allgemeine Rechtsempfinden als auch der Wortlaut des § 142 a.F. StGB ermögliche eine andere Interpretation.

Nicht die "Unfallflucht" sei strafbar, sondern die sog. "Unfallfeststellungsflucht". Ihre Strafwürdigkeit werde wesentlich durch die Schwere der Unfallschuld und das Ausmaß der Unfallfolgen bestimmt.

Der räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen sei in irgendeiner Weise immer vorhanden. Er dürfe nur im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigt werden. Maßgeblicher Zeitpunkt müsse der Fluchtbeginn sein. Je größer der Abstand zur Unfallstelle, umso geringer sei die Schuld des Täters.

---

145) BGH VRS 5, 200 (201)

.146) Ohr, DAR 1960, 221 ff

Für OHR war die Unfallflucht mit einer doppelten Schuld belastet. Auf der einen Seite gab es die Schuld an dem Unfall und dessen Folgen. Auf der anderen Seite stand die Schuld der Flucht. Diese Schuld war umso geringer, je größer der räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen war.

Die "Fluchtschuld" sollte von der Schuld an dem Verkehrsunfall beeinflußt werden. D.h.: bei einem schweren Unfall war die Schuld des Täters im Rahmen des § 142 a.F. StGB auch dann groß, wenn ein sehr weiter räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen bestand.

OHR erkannte die einschränkende Funktion des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" nicht an. Er wollte Fälle, in denen es zu unbilligen Ergebnissen gekommen wäre, im Rahmen des § 153 StPO lösen. Auch ein Unfallbeteiligter, der erst Tage nach dem Schadensereignis von dem Unfall erfuhr, sollte strafbar sein. Allerdings war seine Schuld gering.

Diese Meinung stellte auf kriminalpolitische Erwägungen und auf die Strafwürdigkeit des Tatverhaltens ab. Auf die Schuld des Täters kommt es aber erst an, wenn der Tatbestand der Strafvorschrift erfüllt ist. Vorab muß demnach geklärt werden, ob das Verhalten des Angeklagten tatbestandsmäßig war.

Der BGH faßte den "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang" als eine Tatbestandseinschränkung auf (vgl.o.). Mit dieser Problematik setzte sich OHR jedoch nicht auseinander.

Noch eine weitere Frage blieb ungeklärt:

Das Kriterium des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" hatte noch eine andere Aufgabe. § 142 a.F. StGB enthielt keine nachträgliche Meldepflicht (vgl. C I. 1.c)). Solange ein zeitlicher und räumlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen bestand, konnten die erforderlichen Feststellungen getroffen werden.

Der Unfallbeteiligte mußte zum Unfallort zurückkehren. Er wurde gezwungen, sich an einen Ort zu begeben, an dem mit feststellungsbereiten Personen zu rechnen war. Ohne den "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang" würde die Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 a.F. StGB ihren Sinn verlieren. Eine nachträgliche Meldepflicht wäre erforderlich.

Die Rückkehrpflicht in der Rechtsprechung des BGH läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Der BGH begründete die Rückkehrpflicht mit dem Sinn und Zweck des § 142 a.F. StGB. Der Unfallbeteiligte sollte verpflichtet sein, die Feststellungen auch nach Verlassen des Unfallortes zu ermöglichen. Zu diesem Zweck mußte er an die Unfallstelle zurückkehren.

Dogmatisch entwickelte der BGH die Rückkehrpflicht aus dem Tatbestandsmerkmal "Flucht". Eine "Flucht" war nicht nur vom Unfallort, sondern von jedem Ort aus möglich. Der Unfallbeteiligte durfte sich den Feststellungen nicht entziehen, auch nachdem er den Unfallort verlassen hatte.

Der BGH erkannte, daß der Berechtigte dadurch nicht ausreichend geschützt wurde. Der Unfallbeteiligte hielt sich nicht mehr am Unfallort auf. Es war unwahrscheinlich, daß feststellungsbereite Personen ihn finden würden. Diese Lücke sollte die Rückkehrpflicht schließen.

Das Tatbestandsmerkmal "Flucht" enthielt jedoch keine Rückkehrpflicht. Sie war mit dem Wortlaut des § 142 a.F. StGB unvereinbar. § 142 a.F. StGB stellte eine bestimmte Handlung unter Strafe: Die Absatzbewegung des Unfallbeteiligten in der Form des Fliehens.

Der BGH setzte sich darüber hinweg, indem er sich auf das kriminalpolitische Bedürfnis berief. Er übersieht dabei, daß dieses nicht über den Wortlaut des Gesetzes hinausgehen kann.

Auch mit dem Sinn und Zweck des § 142 a.F. StGB ließ sich die Rückkehrpflicht nicht begründen. Die Vorschrift schützte das private Interesse der Berechtigten an der Aufklärung des Unfallhergangs. § 142 a.F. StGB gestattete es nicht, diesen Zweck mit jedem geeigneten Mittel zu erreichen. Die Vorschrift enthielt eine Tatbestandsbeschreibung, die bei der Auslegung beachtet werden mußte (147).

Eine Rückkehrpflicht würde ein Handlungsgebot voraussetzen. Sie steht im Widerspruch zum Tatbestand des § 142 a.F. StGB.

Das Tatbestandsmerkmal "Flucht" untersagte eine Ortsveränderung. Die Rückkehrpflicht setzte eine Ortsveränderung voraus.

---

147) Roth-Stielow NJW 1963, 1188 (1189 f.)

Mit Hilfe des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs" rechtfertigte der BGH die weite Auslegung des Tatbestandsmerkmals "Flucht". Es war daher folgerichtig, diese "Einschränkung" auch für die Rückkehrpflicht zu verlangen.

Die Rechtsprechung erarbeitete keine exakte Begriffsbestimmung. Der "räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen" hatte nur eine Alibifunktion.

## 2. Die Rückkehrpflicht in der Literatur

Die Rückkehrpflicht wurde in der Literatur anders begründet als in der Rechtsprechung. Das Tatbestandsmerkmal "Flucht" spielte keine Rolle. Es kam entscheidend auf den Deliktcharakter des § 142 a.F. StGB an.

Der Unfallbeteiligte hätte die Feststellungen tatsächlich ermöglichen müssen, wenn § 142 a.F. StGB als Unterlassungsdelikt zu qualifizieren gewesen wäre. Zu diesem Zweck hätte er an den Unfallort zurückkehren müssen.

Im Strafrecht gibt es "echte" und "unechte" Unterlassungsdelikte. Die genaue Abgrenzung ist umstritten.

Die Rechtsprechung und ein Teil der Lehre (148) unterscheidet zwischen "echten" und "unechten" Unterlassungsdelikten nach "materiellen" Gesichtspunkten.

---

148) Rudolphi in SK StGB vor § 13 Rn 8  
BGHSt 14, 280 (281)  
Jeschek S. 458

Nach dieser Ansicht ist von einem "echten" Unterlassungsdelikt auszugehen, wenn sich die Straftat in der Nichtvornahme einer vom Gesetz geforderten Handlung erschöpft. Der Normadressat ist nicht verpflichtet, den Eintritt eines bestimmten Erfolges zu verhindern. Zum Tatbestand eines "echten" Unterlassungsdeliktes gehört nur das Unterlassen der geforderten Handlung.

Ein "unechtes" Unterlassungsdelikt liegt dagegen vor, wenn die Straftat ein Gegenstück zu den Erfolgsdelikten ist. Hier gehört der Eintritt eines Erfolges zum Tatbestand. Der Normadressat muß einen Erfolg abwenden und nicht nur eine bestimmte Handlung vornehmen.

Der BGH schloß sich dieser Ansicht an. Er meinte 149), bei einem echten Unterlassungsdelikt sei der Verstoß gegen eine Gebotsnorm strafbar. Es genüge das Unterlassen einer bestimmten Tätigkeit. Der Eintritt eines Erfolgs sei nicht erforderlich. So schließe z.B. die Anzeigepflicht nach § 138 StGB keine "Verbrechensverhinderungspflicht" ein.

Für die Strafbarkeit komme es daher nicht auf das Verhindern eines Erfolges, sondern allein auf das Unterlassen der geforderten Handlung an.

---

149) BGHSt 14, 280 (281)

Im Gegensatz dazu unterscheidet ein Teil der Lehre 150) die "echten" von den "unechten" Unterlassungsdelikten nach einem formalen Kriterium: der gesetzlichen Regelung.

Demnach handelt es sich um ein "echtes" Unterlassungsdelikt, wenn das Unterlassungsdelikt gesetzlich geregelt ist. Es kommt nicht darauf an, ob der Erfolgseintritt zum Tatbestand gehört oder nicht.

Ein "unechtes" Unterlassungsdelikt soll vorliegen, wenn keine eigenständige gesetzliche Regelung vorhanden ist.

Eine weitere Meinung unterscheidet die echten von den unechten Unterlassungsdelikten nach der Art der verletzten Norm 151). Diese Ansicht geht von der These aus, daß sich einerseits Verbot und Handlung, andererseits Gebot und Unterlassung entsprechen.

Ein echtes Unterlassungsdelikt liegt vor, wenn die Tatbestandsverwirklichung einen Verstoß gegen eine Gebotsnorm voraussetzt. Im Falle eines unechten Unterlassungsdelikts verstößt der Täter gegen eine Verbotsnorm.

---

150) Welzel AT S. 202 ff  
Stree in Schönke-Schröder vor § 13 StGB Rz 137  
mit weiteren Nachweisen  
im Ergebnis auch Schmitt JZ 1959, 432 ff

151) Maurach AT 4. A. S. 579  
Schmitt JZ 1953/432

Schmitt 152) hat zu Recht darauf hingewiesen, daß diese Formulierung nicht ganz korrekt sei. Er meinte, eine isolierte Verbotsnorm könne nicht durch Unterlassen verletzt werden. Hier werde eine Aktivität, also eine Handlung, vorausgesetzt. Erst wenn die Verbotsnorm durch eine in gleiche Richtung weisende Gebotsnorm ergänzt werde, könne man von einem unechten Unterlassungsdelikt sprechen.

- a) Die Rückkehrpflicht und § 142 a.F. StGB als echtes Unterlassungsdelikt

Der Deliktcharakter des § 142 a.F. StGB war umstritten. Der Wortlaut sprach gegen ein echtes Unterlassungsdelikt. Der Unfallbeteiligte durfte sich den Feststellungen nicht durch eine Flucht entziehen. Der Begriff "Flucht" setzt nach seinem natürlichen Sprachgebrauch eine Handlung voraus: die Ortsveränderung.

Demnach war es dem Unfallbeteiligten verboten, eine konkrete Handlung vorzunehmen. Er durfte sich nicht entfernen. § 142 a.F. StGB erschien somit als Tätigkeitsdelikt.

Der Handlungsspielraum des Unfallbeteiligten wurde durch § 142 a.F. StGB allerdings erheblich eingeschränkt. Das Fluchtverbot ließ ihm keine alternative Handlungsmöglichkeit. Er mußte an der Unfallstelle bleiben. Jede andere Tätigkeit war ihm untersagt.

---

152) Schmitt a.a.O.

§ 142 a.F. StGB hatte daher eine Parallele zu den echten Unterlassungsdelikten. Das Fluchtverbot war identisch mit dem Gebot, am Unfallort zu bleiben.

WELZEL faßte § 142 a.F. StGB als ein "verkapptes echtes Unterlassungsdelikt" auf 153). Für ihn gab es nur eine Hauptpflicht des Unfallbeteiligten: am Unfallort zu bleiben und an bestimmten Feststellungen mitzuwirken.

WELZEL verglich § 142 a.F. StGB mit § 330 c StGB (heute § 323 c StGB). Auf diese Weise stellte er einen Zusammenhang mit einem echten Unterlassungsdelikt her.

Er meinte, daß der Hilfspflichtige prüfen müsse, ob Hilfsmaßnahmen erforderlich seien. Der Gesetzgeber habe dieses Kriterium auch im Rahmen des § 142 a.F. StGB verwendet. Der Unfallbeteiligte müsse sich vergewissern, ob Feststellungen zur Unfallursache im Gange seien oder unmittelbar bevorständen.

SCHMIDHÄUSER bezeichnete § 142 a.F. StGB als ein "echtes Unterlassungsdelikt" 154). Er bestritt einen Unterschied zwischen § 142 a.F. StGB und § 138 bzw. § 330 c StGB (heute § 323 c StGB).

SCHMIDHÄUSER meinte, das Fluchtverbot könne auf verschiedene Weise ausgedrückt werden. Das Gebot, am Unfallort zu bleiben, sei identisch mit dem Verbot, den Unfallort zu verlassen.

---

153) Welzel S. 344

154) Schmidhäuser JZ 1955, 433 (434)

Im Gegensatz dazu könne das Gebot des § 330 c StGB (heute § 323 c StGB) nicht ersetzt werden. Es sei kein Verbot denkbar, das den gleichen Normzweck erfüllen würde.

SCHMIDHÄUSER zieht aus diesen Überlegungen den Schluß, daß der Wortlaut des § 142 a.F. StGB unglücklich gewählt worden sei. Der Gesetzgeber hätte ihn ebenso gut anders formulieren können. Für die Unterscheidung zwischen Tun und Unterlassen sei daher der Wortlaut des § 142 a.F. StGB unbrauchbar.

Maßgeblich müsse der Handlungsspielraum des Normadressaten sein. Ein Hilfspflichtiger müsse bei einem Unglücksfall helfen. Jede andere Tätigkeit sei ihm verboten.

Ein Unfallbeteiligter dürfe nicht fliehen. Er müsse an der Unfallstelle warten. Damit habe er ebensowenig eine Handlungsalternative wie der Hilfspflichtige.

Die Ansicht SCHMIDHÄUSER's überzeugt nicht. § 138 und § 330 c StGB (heute § 323 c StGB) enthalten jeweils ein Handlungsgebot. § 138 StGB verpflichtet zur Anzeige eines bevorstehenden Verbrechens. § 323 c StGB (früher § 330 c StGB) verlangt eine Hilfeleistung.

Nach der überwiegenden Meinung in der Literatur und in der Rechtsprechung 155) (vgl. S. 99 ff) ist von einem echten Unterlassungsdelikt auszugehen, wenn sich die Straftat in der Nichtvornahme einer vom Gesetz geforderten Handlung erschöpft. Der Normadressat ist nicht verpflichtet, den Eintritt eines bestimmten Erfolges zu verhindern.

---

155) Jeschek S. 458 mit weiteren Nachweisen

Für die Tatbestandsverwirklichung des § 142 I a.F. StGB kam es nicht nur auf eine unterlassene Handlung - die Flucht - an. Es mußte auch ein bestimmter Erfolg eintreten: die Vereitelung von Feststellungen.

Demnach war § 142 I a.F. StGB kein echtes Unterlassungsdelikt. Der Tatbestand setzte nicht nur eine unterlassene Handlung, sondern darüber hinaus auch den Eintritt eines bestimmten Erfolgs voraus.

MAIHOFFER 156) war ebenfalls der Ansicht, daß § 142 a.F. StGB ein echtes Unterlassungsdelikt sei. Im Gegensatz zu SCHMIDHÄUSER folgte er daraus keine Rückkehrpflicht. Er setzte eine Rückkehrpflicht als selbstverständlich voraus.

MAIHOFFER ging von einem anderen Ansatzpunkt aus. Er traf die Unterscheidung zwischen echten und unechten Unterlassungsdelikten nach der Frage, ob es sich um eine Gebots- oder Verbotsnorm handelte (vgl. S. 101). Er meinte, der Verstoß gegen das Fluchtverbot sei nicht entscheidend. Der Unfallbeteiligte müsse seine Warte- bzw. Rückkehrpflicht erfüllen. Darin läge der eigentliche Unwertgehalt des § 142 a.F. StGB.

Der Unfallbeteiligte war somit verpflichtet, eine bestimmte Handlung vorzunehmen. Er mußte am Unfallort warten bzw. dorthin zurückkehren. MAIHOFFER bezeichnete daher § 142 a.F. StGB als "im Kern" echtes Unterlassungsdelikt.

Der Ausgangspunkt dieser Überlegung erscheint problematisch.

§ 142 a.F. StGB war kein echtes Unterlassungsdelikt, weil es eine Rückkehrpflicht gab. Eine Rückkehrpflicht wäre zu bejahen gewesen, wenn man § 142 a.F. StGB als ein echtes Unterlassungsdelikt qualifizieren hätte können.

---

156) Maihofer GA 1958, 289 (297)

Im übrigen zeigt die Argumentation, wie sehr man sich über den Wortlaut des § 142 a.F. StGB hinwegsetzte. § 142 a.F. StGB erwähnte weder eine Warten noch eine Rückkehrpflicht. Er sprach nur von einer Flucht. Nach der Ansicht von MAIHOFER sollte gerade dieses Tatbestandsmerkmal bedeutungslos sein.

b) Die Rückkehrpflicht und § 142 a.F. StGB als unechtes Unterlassungsdelikt

Ein unechtes Unterlassungsdelikt ist eine besondere Tatbestandsform eines Begehungsdeliktes. Der Täter kann nur bestraft werden, wenn er eine Garantenstellung zugunsten des geschützten Rechtsgutes hat (vgl. C I. 2.).

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB konnte eine Garantenstellung nur aus vorangegangennem Tun entstehen. Ein Unfallbeteiligter, der straflos vom Unfallort floh, gefährdete das Feststellungsinteresse des Berechtigten. Um diese Gefahr zu beseitigen, wäre er verpflichtet gewesen, an den Unfallort zurückzukehren.

Die Garantenstellung entfällt, wenn sich die durch die Rechtsverletzung drohende Gefahr bereits endgültig verwirklicht hat. Es gibt keine Pflicht, einen Schaden wiedergutzumachen 157).

Eine Ausnahme sind die sog. "Dauerdelikte". Eine einmalige Rechtsgutsverletzung führt hier noch nicht zu einem endgültigen Eintritt des Schadens. Solange der rechtswidrige Zustand aufrechterhalten bleibt, wird das Rechtsgut beeinträchtigt. Der Schaden wird laufend intensiviert.

---

157) Schröder NJW 1966, 1001 (1002)

Der Täter hat in diesen Fällen eine erweiterte Garantenstellung. Er muß den rechtswidrigen Zustand auch dann beseitigen, wenn das Rechtsgut bereits verletzt worden ist 158).

Eine Rückkehrpflicht könnte nur bejaht werden, wenn § 142 a.F. StGB ein Dauerdelikt gewesen wäre.

SCHRÖDER verneinte dies 159). Er meinte, daß der Schaden durch die straflose Flucht des Unfallbeteiligten endgültig eingetreten sei. Die Feststellungen am Unfallort seien durch seine Abwesenheit erschwert bzw. gefährdet. Eine weitergehende Gefahr bestehe nicht. Ein Unfallbeteiligter, der zum Unfallort zurückkehre, würde den Schaden wiedergutmachen. Dazu sei er nicht verpflichtet.

Der Ansicht SCHRÖDER's ist zuzustimmen. § 142 a. F. StGB wurde als abstraktes Gefährdungsdelikt definiert 160). Es genügte, daß durch die Flucht des Täters die Feststellungen erschwert wurden. Auf eine endgültige Vereitelung kam es nicht an.

Für diese Meinung spricht auch der Vollendungszeitpunkt des § 142 a.F. StGB. Die Tat war vollendet, wenn der Täter sich so weit entfernt hatte, daß er nicht mehr ohne weiteres erreichbar oder als Beteiligter feststellbar war 161).

---

158) Stree in Schönke-Schröder 17.A. vor § 1 StGB Rz 120 c

159) Schröder NJW 1966, 1001 (1002 ff)

160) Bindokat NJW 1966, 1906 (1907)

161) Preisendanz § 142 a.F. StGB Nr. 10  
BGH NJW 1966, 310

Eine Garantenpflicht des Unfallbeteiligten kann sich aus vorangegangenem Tun ergeben. Eine straflos vollendete Tat stellt ein pflichtwidriges Vorverhalten dar. Der Täter ist verpflichtet, das geschützte Rechtsgut vor weiteren Schäden zu bewahren. Er muß einen einmal eingetretenen Schaden allerdings nicht wiedergutmachen 161 a).

So greift § 136 II StGB nicht ein, wenn jemand fahrlässig ein dienstliches Siegel ablöst und es dann nicht wieder anbringt. Ebenso verhält es sich mit § 303 StGB. Derjenige, der im Rahmen eines vermeintlichen Reparaturauftrages eine Maschine vollständig zerlegt, macht sich nicht strafbar, wenn er sie anschließend nicht mehr zusammenbaut 162).

Für die Tatbestandsverwirklichung des § 142 I a.F. StGB genügte es, daß die erforderlichen Feststellungen durch die Flucht des Unfallbeteiligten erschwert wurden (vgl. S. 107). Auf eine endgültige Vereitelung kam es nicht an. Hier war eine Intensivierung des Schadens denkbar. Die Feststellungen konnten nicht nur erschwert, sondern vereitelt werden. Der Unfallbeteiligte hatte die Möglichkeit, dies durch die Rückkehr an den Unfallort zu verhindern.

Von einem ähnlichen Ansatzpunkt ging HERZBERG 162 a) aus. Er bezeichnete § 142 a.F. StGB als ein "Delikt mit gestufter Erfolgsbewirkung". Der Täter schaffe durch seine Flucht zunächst den Erfolg der räumlichen Entfernung. Dies bedinge den "Zweiterfolg", daß die erforderlichen Feststellungen vereitelt werden würden. Der Unfallbeteiligte könne den zweiten Erfolg durch Rückkehr an den Unfallort abwenden.

Eine Rückkehrpflicht des Unfallbeteiligten wäre in diesen Fällen jedoch trotzdem nicht mit dem Tatbestand des § 142 I a.F. StGB vereinbar gewesen. § 142 I a.F. StGB enthielt eine weitere Einschränkung:

---

161 a) Stree in Schönke-Schröder § 13 StGB Rz 32 ff

162 ) Schröder NJW 1966, 1001 (1002)

162 a) Herzberg S. 93 ff

- c) Die Rückkehrpflicht und die in § 142 a.F. StGB beschriebene Tathandlung.

§ 142 a.F. StGB beschreibt eine bestimmte Tathandlung: die Flucht. Durch sie muß der Erfolg des § 142 a.F. StGB herbeigeführt werden: die Vereitelung von Feststellungen.

Es kommt daher nicht darauf an, ob man § 142 a.F. als echtes - oder unechtes Unterlassungsdelikt qualifiziert. Eine Rückkehrpflicht läßt sich nicht begründen. Der Täter muß den tatbestandlichen Erfolg durch eine Flucht herbeiführen, nur dann kann er bestraft werden.

Sogar WELZEL 163) und SCHMIDHÄUSER 164), die § 142 a.F. StGB als echtes Unterlassungsdelikt qualifiziert haben, erkennen diese Problematik. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Tathandlung eine Flucht sein müsse. Es genüge nicht, wenn sich der Täter auf andere Weise den erforderlichen Feststellungen entziehe.

Jedoch bleibt die Frage unbeantwortet, warum ein Unfallbeteiligter, der nicht zum Unfallort zurückkehrt, flieht.

Das Problem wird besonders deutlich, wenn man den Tatbestand des § 323 c StGB (früher § 330 c StGB) betrachtet. Die Vorschrift ist ein echtes Unterlassungsdelikt.

---

163) Welzel S. 344

164) Schmidhäuser JZ 1955, 433 (434)

Ein Täter, der bei einem Unglücksfall keine Hilfe leistet, wird bestraft. § 323 c StGB (früher § 330 c StGB) läßt jede unterlassene Handlung genügen.

Die Anwendbarkeit des § 323 c StGB (früher § 330 c StGB) wäre erheblich eingeschränkt, wenn es hieße: "Wer bei Unglücksfällen keinen Arzt verständigt ....". Der Hilfspflichtige müßte nur noch einen Arzt verständigen. Jede andere unterlassene Hilfeleistung wäre nicht strafbar.

Unterstellt man, daß § 142 a.F. StGB ein echtes Unterlassungsdelikt ist, so ist eine Rückkehrpflicht trotzdem nicht zu rechtfertigen. Die Vorschrift bestraft nicht generell das Vereiteln von Feststellungen. Der Unfallbeteiligte erfüllt den Tatbestand nur, wenn er den Erfolg durch eine "Flucht" herbeiführt.

Zu Recht meinte daher BINDOKAT 165), daß der Deliktcharakter des § 142 a.F. StGB die Pflichten des Unfallbeteiligten nicht beeinflusse. Man dürfe die Anwendbarkeit eines Strafgesetzes nicht dadurch ausdehnen, indem man ein Verbot in ein Gebot umwandle. Das Gebot, am Unfallort zu bleiben, besage nicht mehr als das Verbot, die Unfallstelle zu verlassen.

Geht man von der These aus, daß § 142 a.F. StGB ein unechtes Unterlassungsdelikt sein kann, so muß man eine Rückkehrpflicht ebenfalls verneinen.

---

165) Bindokat NJW 1966, 1906

STEINER 166) hat dies durch einen Vergleich mit dem ehemaligen § 366 Nr. 6 StGB nachgewiesen.

§ 366 Nr. 6 StGB war ein sog. "Übertretungstatbestand". Er wurde durch das StGB in der Fassung vom 2. Jan. 1975 außer Kraft gesetzt. Für die Darstellung der Probleme eignet er sich heute noch.

§ 366 Nr. 6 StGB untersagte es, Hunde auf Menschen zu "hetzen". Besonders wichtig war das Tatbestandsmerkmal "hetzen". Es grenzte ebenso wie der Begriff "Flucht" die tatbestandsmäßige Handlung ein.

STEINER 167) meinte, daß eine beliebige Gefährdung durch Hunde für § 366 Nr. 6 StGB nicht genüge. Die Gefahr müsse durch "hetzen" verursacht sein. Eine andere Handlung, sei es durch aktives Tun oder durch Unterlassen, genüge nicht.

Ein Täter, der sein Opfer an einen Ort lockt, an dem es ein Hund aus eigenem Antrieb angreift, verwirkliche den Tatbestand nicht. Dasselbe gelte für denjenigen, der seinen Hund nicht zurückruft, wenn er einen Menschen anfällt.

Gem. § 1 StGB könne man sich über die genaue Beschreibung der Handlung nicht hinwegsetzen. Es sei unerheblich, ob der Tatbestand durch aktives Tun oder durch unechtes Unterlassen verwirklicht werde.

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB müsse der tatbestandliche Erfolg durch eine typisierte Handlung - die Flucht - verursacht werden. Jede andere Verhaltensweise sei strafrechtlich irrelevant.

---

166) Steiner S. 35 ff

167) Steiner S. 36, 37

Der Ansicht von STEINER ist zuzustimmen. Sowohl das Tatbestandsmerkmal "Flucht" als auch das "Hetzen" können begrifflich nicht durch Unterlassen begangen werden. Sie setzen eine aktive Handlung voraus. Eine etwaige Garantenstellung ändert daran nichts.

Demnach war eine Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 a.F. StGB nicht zu begründen. Diese Rechtspflicht stand im Widerspruch zum objektiven Tatbestand des Gesetzes.

## II. Die Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 n.F. StGB

Nach der Neufassung des § 142 StGB kann sich eine Rückkehrpflicht nur aus § 142 II iVm III n.F. StGB ergeben. § 142 I n.F. StGB regelt die Pflichten des Unfallbeteiligten am Unfallort. Er greift nicht ein, wenn der Feststellungspflichtige den Unfallort bereits verlassen hat 168).

Ein Unfallbeteiligter, der sich gem. § 142 I n.F. StGB strafbar gemacht hat, ist nicht verpflichtet, die Feststellungen nachträglich zu ermöglichen. § 142 I n.F. StGB schließt § 142 II n.F. StGB aus 169).

§ 142 I n.F. StGB schränkt den Bewegungsspielraum des Unfallbeteiligten im Vergleich zu § 142 a.F. StGB erheblich ein. Der Feststellungspflichtige darf den Unfallort nicht verlassen. Ein Feststellungsverweigerungsvorsatz ist nicht erforderlich (vgl. B I. 2.).

Ein Unfallbeteiligter, der sich vom Unfallort strafflos entfernt, muß die Feststellungen nachträglich ermöglichen, wenn die Voraussetzungen des § 142 II n.F. StGB gegeben sind. Er kann diese Pflicht durch freiwillige Rückkehr an den Unfallort erfüllen, solange dort feststellungsbereite Personen anwesend sind (vgl. B II. 4.). In der Literatur und in der Rechtsprechung ist es umstritten, ob § 142 II iVm III n.F. StGB in besonderen Fällen eine Rückkehrpflicht enthält.

---

168) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 16

169) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 5

1. Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes  
in Kenntnis der Unfallbeteiligung

§ 142 II iVm III n.F. StGB enthält keine ausdrückliche Regelung über eine Rückkehrpflicht. Der Unfallbeteiligte muß im Rahmen des § 142 II n.F. StGB "unverzüglich" tätig werden. Er hat die nachträglichen Feststellungen im Sinne des § 142 III n.F. StGB zu ermöglichen. Abs. 3 verlangt von dem Unfallbeteiligten nur eine "Mitteilung". Eine Rückkehrpflicht an den Unfallort wäre somit nur denkbar, wenn der Unfallbeteiligte nur dadurch die Feststellungen des § 142 III n.F. StGB "unverzüglich" im Sinne des Abs. 2 "mitteilen" könnte.

a) Das Unverzüglichkeitsgebot

Für eine eventuelle Rückkehrpflicht ist daher zuerst der Begriff "unverzüglich" zu definieren. Zwei Fragen sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

1. Verlangt § 142 II n.F. StGB von dem Unfallbeteiligten, daß er bei der Auswahl des Benachrichtigungsweges (§ 142 III S. 1 n.F. StGB) das Unverzüglichkeitsgebot beachtet?
2. Was bedeutet "unverzüglich" im Sinne des § 142 II n.F. StGB?

- aa) Die Auswahl des Benachrichtigungsweges im Rahmen des § 142 II iVm III n.F. StGB

§ 142 III n.F. StGB scheint dem Unfallbeteiligten eine uneingeschränkte Wahlfreiheit zu geben. Der Feststellungspflichtige muß den Berechtigten oder die Polizei benachrichtigen.

In den meisten Fällen zieht es der Unfallbeteiligte vor, sich mit dem Berechtigten in Verbindung zu setzen. Eine Mitteilung an die Polizei kommt faktisch einer Selbstanzeige gleich.

Müßte der Unfallbeteiligte das Unverzüglichkeitsgebot des § 142 II n.F. StGB auch im Rahmen des § 142 III n.F. StGB beachten, so könnte er sich nicht frei entscheiden. Er wäre verpflichtet, den Weg zu wählen, der "unverzüglich" zum Erfolg führen würde.

Für eine uneingeschränkte Wahlfreiheit des Feststellungspflichtigen spricht der Wortlaut des § 142 III S. 1 n.F. StGB. Der Gesetzgeber hat die Formulierung "oder" verwendet. Damit hat er zum Ausdruck gebracht, daß die beiden Benachrichtigungswege gleichrangig sind.

§ 142 n.F. StGB durchbricht den allgemeinen Grundsatz des Strafrechts, daß eine Selbstbegünstigung straflos ist. Die Interessen des Berechtigten können nur so wirksam geschützt werden.

Dieser Schutz ist nicht absolut. Im Rahmen des § 142 I n.F. StGB muß der Unfallbeteiligte die Feststellungen passiv ermöglichen. Er kann die Spuren des Unfalls beseitigen, ohne sich strafbar zu machen. Demnach ist nicht jede Beeinträchtigung des Rechtsgutes im Rahmen des § 142 n.F. StGB strafbar.

§ 142 II n.F. StGB schützt ebenso wie § 142 I n.F. StGB ausschließlich private Interessen. Der Berechtigte soll seine berechtigten Schadensersatzansprüche durchsetzen bzw. unberechtigte Schadensersatzansprüche abwehren können.

Dazu ist es nicht erforderlich, daß der Unfallbeteiligte immer den schnellsten Weg wählt. Die Feststellungen des § 142 III n.F. StGB können auch noch nach längerer Zeit ermöglicht werden. Der Unfallbeteiligte muß sich nur dann bei der Polizei melden, wenn dies der letzte Ausweg ist, um Beweisverluste zu vermeiden 170).

In der höchstrichterlichen Rechtsprechung wurde das Unverzüglichkeitsgebot des § 142 II n.F. StGB unterschiedlich interpretiert.

Das OLG Düsseldorf 171) und das OLG Frankfurt 172) traten für eine Wahlfreiheit des Feststellungspflichtigen ein. Sie meinten, daß der Unfallbeteiligte im Rahmen des § 142 III n.F. StGB frei wählen könne. Das Merkmal "unverzüglich" beziehe sich nur auf die vom Unfallbeteiligten gewählte Art, die Feststellungen nachträglich zu ermöglichen.

Das OLG Hamm 173) ging hingegen von einem "eingeschränkten Wahlrecht" aus. Nach dieser Ansicht ist der Unfallbeteiligte verpflichtet, bei der Wahl des Benachrichtigungsweges das Unverzüglichkeitsgebot zu beachten.

---

170) Rudolphi JR 1977, 427 (430)

171) OLG Düsseldorf VRS 54, 41

172) OLG Frankfurt VRS 51, 283

173) OLG Hamm VRS 52, 416 ff

Der BGH 174) schloß sich der Meinung des OLG Hamm an. Er führte in seinem Beschluß vom 29.11.1979 aus, daß der Unfallbeteiligte frei entscheiden könne, auf welche Weise er die nachträglichen Feststellungen ermöglichen wolle. Der eingeschlagene Weg müsse aber dem, nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalls zu beurteilenden, Unverzüglichkeitsgebot des § 142 II n.F. StGB gerecht werden.

Der BGH begründete seine Ansicht mit dem Sinn und Zweck des § 142 n.F. StGB. Er argumentierte, die Vorschrift schütze das private Interesse des Berechtigten an der Unfallaufklärung.

Das Interesse des Feststellungspflichtigen an einer straflosen Selbstbegünstigung habe insoweit zurückzutreten. Es sei unerheblich, ob der Unfallbeteiligte sich nur der Strafverfolgung entziehen wolle und die Gefährdung des zivilrechtlichen Interesses des Berechtigten eine unvermeidbare Folge sei. Er müsse sich für denjenigen Benachrichtigungsweg entscheiden, der dem Unverzüglichkeitsgebot gerecht werde.

Der Unfallbeteiligte sei daher verpflichtet, sich bei der Polizei zu melden, wenn er den Berechtigten nicht "unverzüglich" benachrichtigen könne. Umgekehrt müsse er den Berechtigten verständigen, wenn die Polizei nicht "unverzüglich" erreichbar sei.

---

174) BGHSt 29, 138 ff

Am Ende seiner Entscheidung rügt der BGH die Ausdrucksweise des OLG Hamm.

Das OLG Hamm 175) hatte in Anlehnung an eine Entscheidung des OLG Düsseldorf 176) die Begriffe "eingeschränktes Wahlrecht" und "Beschränkung des Wahlrechts" gebraucht.

Der BGH bezeichnete diese Ausdrucksweise als "dem Gesetz fremd", "unklar" und "mißverständlich". Er legte dem OLG nahe, sie in Zukunft zu vermeiden.

Die Begriffe "eingeschränktes Wahlrecht" und "Beschränkung des Wahlrechts" beschreiben jedoch die Pflichten des Unfallbeteiligten sehr genau. Nach der Ansicht des BGH darf sich der Feststellungspflichtige nicht mehr frei entscheiden.

Von einer uneingeschränkten Wahlmöglichkeit kann keine Rede sein. Der Unfallbeteiligte muß den Benachrichtigungsweg wählen, der im jeweiligen Einzelfall dem Unverzüglichkeitsgebot entspricht.

Nur soweit ihm das Unverzüglichkeitsgebot eine Wahlmöglichkeit eröffnet, darf er sich frei entscheiden. Demnach kann man sehr wohl von einem "eingeschränkten Wahlrecht" sprechen.

Die Rechtsprechung des BGH hat auch einen kriminalpolitischen Hintergrund, der allerdings in der Entscheidung nicht erwähnt wird. Der Versuch ist im Rahmen des § 142 n.F. StGB nicht mehr strafbar. Ein Unfallbeteiligter, der niemals die Feststellungen nachträglich ermöglichen wollte, kann nicht bestraft werden, wenn er von der Polizei innerhalb der Unverzüglichkeitsfrist ermittelt wird. Es fehlt an einer vollendeten Tat.

---

175) OLG Hamm VRS 52, 416 ff

176) OLG Düsseldorf VRS, 54, 41

Bei schweren Unfällen würde dies zu unbilligen Ergebnissen führen. Der Unfallbeteiligte könnte behaupten, er habe den Berechtigten verständigen wollen. Die Unverzüglichkeitsfrist sei noch nicht abgelaufen, da die Benachrichtigung eine längere Zeitspanne beanspruchen würde. Zugunsten des Unfallbeteiligten müßte von der längsten Unverzüglichkeitsfrist ausgegangen werden.

Die Polizei versucht, im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung die Straftaten möglichst rasch aufzuklären. Je schneller der Täter nach der Tat ermittelt wird, umso größer sind die Chancen, die Beweise zu sichern.

Diese Handlungsweise würde im Rahmen des § 142 II n.F. StGB dem Täter zugute kommen. Er könnte nicht bestraft werden, wenn er innerhalb der Unverzüglichkeitsfrist ermittelt wird.

Trotzdem ist die Ansicht des BGH abzulehnen. Sie widerspricht der Systematik und dem Wortlaut des § 142 II iVm III n.F. StGB.

§ 142 III S. 1 n.F. StGB definiert den Begriff "nachträgliche Feststellungen" (vgl. B II.4.). § 142 III n.F. StGB muß im Zusammenhang mit § 142 II n.F. StGB gelesen werden.

§ 142 II n.F. StGB würde demnach lauten:  
"wer sich .... vom Unfallort entfernt und nicht unverzüglich dem Berechtigten oder einer nahegelegenen Polizeidienststelle mitteilt, daß ...."

Auch der Sinn und Zweck des § 142 n.F. StGB erfordert keine andere Auslegung. Der Gesetzgeber wollte das Rechtsgut nicht vor jeder Beeinträchtigung schützen. Dem Unfallbeteiligten sollte nur eine begrenzte Pflicht zur aktiven Mitwirkung auferlegt werden 177).

Das Merkmal "unverzüglich" schränkt daher die Wahlfreiheit des Unfallbeteiligten nicht ein. Er muß nur "unverzüglich" tätig werden. Welchen Weg er einschlägt, bleibt ihm überlassen 178).

Der Tatbestand des § 142 II n.F. StGB enthält nur eine Einschränkung. Der Unfallbeteiligte muß die Feststellungen aktiv ermöglichen; d.h.: der von ihm eingeschlagene Weg muß zum Erfolg führen. Sollte eine Mitteilung an den Berechtigten aussichtslos sein, so hat er die Polizei zu verständigen.

#### bb) Die Unverzüglichkeitsfrist

Der Unfallbeteiligte muß die nachträglichen Feststellungen "unverzüglich" ermöglichen (§ 142 II n.F. StGB). Dieses Merkmal wird in der Rechtsprechung unterschiedlich interpretiert.

Das OLG Hamm meint in seinem Beschluß vom 29.11.1975 179), daß der Begriff "unverzüglich" nicht nur eine Frage des reinen Zeitablaufs darstelle. § 142 II n.F. StGB habe auch eine "funktionale Bedeutung". Der Unfallbeteiligte müsse die Feststellungen auch dann ermöglichen, wenn er sich vom Unfallort erlaubterweise entfernt habe. Diese Regelung diene dem Schutz des Berechtigten.

---

177) Drucksache des Deutschen Bundestages 7/2434 S. 8

178) vgl. auch Reiß NJW 1980, 1806

179) OLG Hamm VRS 52, 416 (420)

Der Geschädigte sei nicht verpflichtet, eigene Ermittlungen anzustellen. Der Unfallbeteiligte müsse daher so rechtzeitig handeln, daß die Feststellungen vollständig und ohne zusätzlichen Ermittlungsaufwand getroffen werden könnten.

Die "funktionale Bedeutung" sei kein ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal des § 142 II n.F. StGB, sondern nur eine Auslegungsregel. Der Unfallbeteiligte verwirkliche den Tatbestand des § 142 II n.F. StGB nur, wenn er sowohl gegen die "funktionale Bedeutung" als auch gegen das Zeitmoment verstoße 180).

Das OLG Stuttgart 181) stellt dagegen auf die Gefährdung des Beweissicherungsinteresses ab. Das Gericht meint, das Feststellungsinteresse des Unfallbeteiligten sei von der Höhe und der Art des Schadens abhängig. Bei einem nächtlichen Unfall mit leichtem Sachschaden genüge der Unfallbeteiligte seiner Verpflichtung, wenn er den Berechtigten am nächsten Morgen benachrichtige.

Bei einem schweren Unfall könne hingegen ein sofortiges Handeln erforderlich sein. Der Unfallbeteiligte müsse so rechtzeitig tätig werden, daß die Aufklärung des Unfallhergangs gesichert sei. Er dürfe die zur Beweissicherung erforderlichen Feststellungen nicht gefährden.

Dies gelte insbesondere für die "Art der Unfallverursachung". Eine Trunkenheit des Unfallbeteiligten lasse sich nur unmittelbar nach dem Unfall feststellen. Der Unfallbeteiligte müsse die nachträglichen Feststellungen sofort ermöglichen, wenn seine Alkoholisierung für den Unfallhergang von Bedeutung sein könnte.

---

180) ebenso OLG Köln VRS 54, 350 f.

181) OLG Stuttgart VRS 54, 352 (354)

Die Argumentation des OLG Stuttgart ist bedenklich. Der Unfallbeteiligte muß Feststellungen über die "Art seiner Beteiligung" gem. § 142 II iVm III S. 1 n.F. StGB nicht ermöglichen. Dies ist einer der wichtigsten Unterschiede zwischen § 142 I n.F. StGB und § 142 II iVm III S.1 n.F. StGB.

Die Garantie des § 142 III S. 1 n.F. StGB, die vom Gesetzgeber zugunsten des Feststellungspflichtigen geschaffen wurde 182), würde völlig entwertet werden (vgl. B II. 4). Feststellungen, die der Unfallbeteiligte nicht ermöglichen muß, können die Unverzüglichkeitsfrist nicht beeinflussen.

Im Zivilrecht wird der Begriff "unverzüglich" in § 121 I BGB definiert. Der Anfechtungsberechtigte muß "ohne schuldhaftes Zögern" handeln.

In der Rechtsprechung und in der Literatur ist es umstritten, ob eine zivilrechtliche Definition auch im Strafrecht verwendet werden kann.

Das OLG Hamm bejaht in seinem Beschluß vom 10.11.1976 183) diese Frage, ohne seine Meinung ausführlich zu begründen. Das Gericht argumentiert, es gäbe keine Anhaltspunkte, daß der Gesetzgeber im Rahmen des § 142 II n.F. StGB von der allgemein anerkannten Definition des § 121 I BGB habe abweichen wollen 184).

---

182) Drucksache des Deutschen Bundestages 7/2434 S. 8

183) OLG Hamm VRS 52, 416 (420)

184) Bouska Verkehrsdienst 1975, 193 (196)

Der Ansicht des OLG Hamm ist nicht zu folgen. Die Definition des § 121 I BGB bezieht sich auf das Zivilrecht und kann nicht auf das Strafrecht übertragen werden 185). Für die Interpretation eines strafrechtlichen Begriffes ist der Schutzzweck und der Wortlaut der Vorschrift (§ 1 StGB) maßgeblich. Im Zivilrecht schränkt der Wortlaut des Gesetzes die Auslegung nicht ein. Auch eine analoge Anwendung ist möglich.

Der Gesetzgeber hat im Rahmen des § 142 II n.F. StGB den Begriff "unverzüglich" und nicht die Formulierung "ohne schuldhaftes Zögern" verwendet. Für die Interpretation ist daher von dem Begriff "unverzüglich" auszugehen.

Der Meinungsstreit hat für die Auslegung des § 142 II n.F. StGB keine Konsequenz. Man ersetzt einen unbestimmten Rechtsbegriff durch einen anderen.

Im Zivilrecht ist dies sinnvoll. § 121 I BGB bestimmt, daß die Anfechtung "ohne schuldhaftes Zögern" erfolgen muß. Im Strafrecht kann sich der Täter nur strafbar machen, wenn er schuldhaft handelt. Die zusätzliche Einschränkung ist daher sinnlos.

Der BGH hat in seinem Beschluß vom 3.10.1978 186) betont, daß die Unverzüglichkeitsfrist nicht einheitlich beurteilt werden könne. Der Tatrichter müsse die Unverzüglichkeitsfrist bestimmen. Er habe alle Umstände des jeweiligen Einzelfalles zu berücksichtigen.

---

185) Palandt § 121 BGB Arm. 2 b  
Dreher/Tröndle § 142 n.F. StGB Rz 45

186) BGH VRS 55, 420 f.

Der BGH stellte jedoch einige allgemeine Kriterien auf, die die Unverzüglichkeitsfrist beeinflussen können. Demnach kommt es insbesondere auf die Art und Zeit des Unfalls, sowie auf die Höhe des verursachten Fremdschadens an.

Man muß dem BGH zustimmen, daß es keine einheitliche Unverzüglichkeitsfrist gibt. Der Begriff "unverzüglich" läßt sich nur anhand der Umstände des jeweiligen Einzelfalls bestimmen.

Das Risiko trägt wieder einmal der Unfallbeteiligte. Er kann nie sicher wissen, ob er die Unverzüglichkeitsfrist richtig eingeschätzt hat. Es besteht immer die Gefahr, daß der Richter die Frist anders beurteilt.

Für die Strafbarkeit kommt es dabei entscheidend auf die Frage an, ob der Unfallbeteiligte einen Tatbestandsirrtum (§ 16 StGB) oder einen Verbotsirrtum (§ 17 StGB) begeht.

Im Falle eines Verbotsirrtums wird der Unfallbeteiligte im Rahmen des § 142 n.F. StGB fast ausnahmslos bestraft. Der Irrtum ist in der Regel vermeidbar. Die Gerichte erwarten von jedem Verkehrsteilnehmer, daß er sich mit den Verkehrsvorschriften vertraut macht 187).

---

187) OLG Koblenz VRS 52, 273 ff

Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 17 d

Die Definition des Begriffes "unverzüglich" ist eine rechtliche Frage. Der Unfallbeteiligte, dem hierbei ein Fehler unterläuft, irrt über den Umfang der gesetzlichen Pflicht. Er weiß, was er tut, nimmt aber irrig an, es sei erlaubt. Er handelt daher im Verbotsirrtum 188).

Ein Tatbestandsirrtum liegt nur vor, wenn sich der Unfallbeteiligte über einen Umstand irrt, der zum gesetzlichen Tatbestand gehört (§ 16 StGB). Der Begriff "unverzüglich" ist ein Tatbestandsmerkmal des § 142 II n.F. StGB.

Der Unfallbeteiligte kann sich daher auf § 16 StGB nur berufen, wenn er über die tatsächlichen Voraussetzungen irrt, die für die Beurteilung des Begriffes "unverzüglich" maßgeblich sind.

Unterhält eine Straßenverkehrsbehörde einen eigenen Bereitschaftsdienst, so kann dies zu Lasten des Täters nur berücksichtigt werden, wenn er davon wußte 189).

Der BGH hat einige allgemeine Kriterien aufgestellt, die die Unverzüglichkeitsfrist beeinflussen können (vgl.o.). Ein Irrtum über diese tatsächlichen Voraussetzungen wäre ein Tatbestandsirrtum.

§ 16 StGB greift daher ein, wenn der Unfallbeteiligte über die Höhe des Fremdschadens irrt und er deshalb die Unverzüglichkeitsfrist falsch beurteilt.

---

188) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 17 c  
Wessel AT § 11 I 1  
OLG Stuttgart VRS 52, 181 (182)  
OLG Stuttgart VM 1976, 84

189) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 17 d

Hier besteht eine Parallele zu § 142 I n.F. StGB. Für den Begriff des "Verkehrsunfalls" ist ebenfalls die Höhe des Fremdschadens ausschlaggebend 190). Der Unfallbeteiligte handelt im Tatbestandsirrtum, wenn er den verursachten Schaden so gering einschätzt, daß ein "Verkehrsunfall" im Sinne des § 142 I n.F. StGB nicht vorliegt 191).

Welche Kriterien bestimmen nun die Unverzüglichkeitsfrist des § 142 II n.F. StGB?

Der Begriff "unverzüglich" ist gemäß dem natürlichen Sprachgebrauch und dem Sinn und Zweck des § 142 II n.F. StGB auszulegen. "Unverzüglich" bedeutet nicht sofort. Der Unfallbeteiligte hat eine gewisse Zeitspanne zur Verfügung, innerhalb der er tätig werden muß 192).

Die Länge dieser Zeitspanne ist nach dem Sinn und Zweck des § 142 II n.F. StGB zu beurteilen. § 142 n.F. StGB schützt die privaten Interessen des Berechtigten an der Unfallaufklärung zwecks Durchsetzung berechtigter bzw. Abwehr unberechtigter Schadensersatzansprüche 193). § 142 I n.F. StGB soll dies durch Anwesenheit des Unfallbeteiligten am Unfallort, § 142 II n.F. StGB durch eine unverzügliche nachträgliche Meldepflicht gewährleisten.

---

190) Dreher/Tröndle § 142 n.F. StGB Rz 11

191) Dreher/Tröndle § 142 n.F. StGB Rz 33

192) Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 15 h

193) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 1

Im Fall des § 142 II n.F. StGB ist das Risiko für den Berechtigten größer. Er trägt die Gefahr des Beweisverlustes. Der Gesetzgeber hat durch die aktive Feststellungspflicht des Unfallbeteiligten und durch das Vereitelungsverbot in § 142 III S. 2 n.F. StGB einen Ausgleich geschaffen.

Für den Berechtigten ist die Aufklärung des Unfallhergangs umso wichtiger, je größer seine Schadensersatzansprüche sind. Bei einem schweren Unfall muß der Feststellungspflichtige rasch handeln. Dies gilt insbesondere bei Personenschäden, da die Höhe des Schadens nicht abzusehen ist. Der Verletzte kann neben den Arztkosten seinen Verdienstausfall und Schmerzensgeld beanspruchen.

Auch die Haftungsfrage spielt eine Rolle. Je unklarer die Schadensersatzpflicht des Unfallbeteiligten ist, umso kürzer ist die Unverzüglichkeitsfrist. Der Berechtigte hat in diesen Fällen ein schutzwürdiges Interesse, möglichst schnell die nachträglichen Feststellungen im Sinne des § 142 II n.F. StGB zu erhalten.

In der Literatur wird zwischen ruhendem und fließendem Verkehr unterschieden 194).

Im ruhenden Verkehr regelt § 7 StVG in vielen Fällen die Haftungsfrage eindeutig. Der Halter des Kraftfahrzeuges muß unabhängig von einem Verschulden dem Berechtigten den Schaden ersetzen, wenn er beim "Betrieb eines Kraftfahrzeuges" entstanden ist.

---

194) Haubrich DAR 1981, 211

Der Ersatzpflichtige kann sich nicht mit Erfolg auf die Straßenverkehrsgefährdung eines Dritten berufen (195). Er würde für dieses Vorbringen die volle Beweislast tragen. Fehlende Feststellungen gehen daher nur zu Lasten des Halters, nicht zu Lasten des Berechtigten.

Etwas anderes gilt, wenn ein parkendes Kraftfahrzeug beschädigt wird. Hier kommt eine mitwirkende Betriebsgefahr in Betracht. Die Haftungsfrage ist nicht mehr eindeutig geklärt.

Der Unfallbeteiligte muß demnach im Rahmen der Unverzüglichkeitsfrist folgende Punkte beachten:

|                          | kurze Frist                        | lange Frist                              |
|--------------------------|------------------------------------|------------------------------------------|
| 1. Art des Fremdschadens | Personenschaden                    | Sachschaden                              |
| 2. Höhe " "              | über 4000,-- DM                    | bis 4000,-- DM                           |
| 3. Haftungslage          | unklar insbesondere Mitverschulden | § 7 StVG ohne mitwirkende Betriebsgefahr |

Die Unverzüglichkeitsfrist muß im jeweiligen Einzelfall bestimmt werden. Der folgende Beispielsfall zeigt, wie sich die unterschiedlichen Fristen auf die Benachrichtigung des Berechtigten auswirken.

Ein Unfallbeteiligter beschädigt nachts einen fremden Gegenstand. Nachdem er eine angemessene Zeit gewartet hat, entfernt er sich.

Sind die Voraussetzungen für eine "lange Frist" gegeben, so muß der Unfallbeteiligte den Berechtigten erst im Laufe des nächsten Tages benachrichtigen. Es kann ihm nicht zugemutet werden, daß er bereits früh am Morgen tätig wird.

Liegen die Voraussetzungen für eine "kurze Frist" vor, so muß der Unfallbeteiligte sofort am nächsten Morgen handeln.

In beiden Fällen darf der Feststellungspflichtige bis zum folgenden Werktag warten, wenn sich der Unfall an einem Wochenende ereignet hat und er die Hilfe einer Behörde benötigt. Der Unfallbeteiligte darf den Berechtigten nicht brieflich verständigen. Sollte der Geschädigte telefonisch nicht erreichbar sein, so muß er ihn telegraphisch benachrichtigen.

Die Rechtsprechung beurteilt die Unverzüglichkeitsfrist im Rahmen des § 142 II n.F. StGB strenger.

In folgenden Fällen bejahte sie einen Verstoß gegen § 142 II n.F. StGB:

| O L G                                   | Tag u.Uhrzeit des Unfalls | Art u.Höhe d. Fremdschadens                               | Zeitpunkt, in dem der Unfallbeteiligte v.d.Polizei ermittelt wurde bzw.er die Feststellungen nachträglich ermöglichte |
|-----------------------------------------|---------------------------|-----------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BayObLG 196)<br>Beschluß v.19.5.78      | Sonntag<br>0.00 Uhr       | Sachschaden<br>260,— DM                                   | Sonntag<br>10.00 Uhr                                                                                                  |
| OLG Düsseldorf 197)<br>Urteil v. 7.2.80 | Ostersamstag<br>1.00 Uhr  | fremdes Kfz.<br>3.000,— bis<br>4.000,— DM                 | Ostersamstag<br>8.00 bis 9.00 Uhr                                                                                     |
| OLG Koblenz 198)<br>Urteil v.11.6.81    | Montag<br>19.30 Uhr       | fremdes Kfz.<br>1.000,— DM                                | Montag 20.45 Uhr<br>Verstoß gegen § 142 II n.F.StGB<br>möglich; Zurückverweisung                                      |
| OLG Köln 199)<br>Urteil v. 3.2.82       | 9.5.1980<br>Mitternacht   | fremdes Kfz.<br>400,— DM                                  | im Laufe des nächsten<br>Vormittags                                                                                   |
| KG 200)<br>Urteil v.28.6.84             | 29.10.82<br>1.35 Uhr      | Personen-<br>schaden und<br>Sachschaden<br>a.d.Leitplanke | 29.10.1982<br>2.30 Uhr                                                                                                |

196) BayObLG VRS 55, 124

199) OLG Köln VRS 64, 115

197) OLG Düsseldorf VRS 58, 254

200) KG VRS 67, 261

198) OLG Koblenz VRS 61, 432

In folgenden Fällen verneinte die Rechtsprechung einen Verstoß gegen § 142 II n.F. StGB:

| O L G                                     | Tag u.Uhrzeit<br>des Unfalls | Art u.Höhe d.<br>Fremdschadens                        | Zeitpunkt, in dem der Un-<br>fallbeteiligte v.d.Polizei<br>ermittelt wurde bzw.er die<br>Feststellungen nachträg-<br>lich ermöglichte |
|-------------------------------------------|------------------------------|-------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BayObLG 201)<br>Urteil v.15.7.76          | Sonntag<br>1.30 Uhr          | Begrenzungs-<br>pfosten<br>100,-- DM                  | Montag<br>8.00 Uhr                                                                                                                    |
| OLG Hamm 202)<br>Beschluß v.10.11.76      | Samstag<br>16.10 Uhr         | erheblicher<br>Schaden an<br>Verkehrsein-<br>richtung | Samstag<br>19.40 Uhr                                                                                                                  |
| OLG Düsseldorf 203)<br>Urteil v.26.4.77   | Sonntag<br>1.30 Uhr          | Sachschaden<br>1.100,-- DM                            | Montag-<br>morgen                                                                                                                     |
| OLG Oldenburg 204)<br>Beschluß v.11.11.77 | Feiertag<br>3.00 Uhr         | Sachschaden<br>150,-- bis<br>240,-- DM                | am gleichen Tag<br>9.00 Uhr                                                                                                           |
| OLG Stuttgart 205)<br>Beschluß v.21.11.77 | 6.11.1976<br>1.15 Uhr        | Sachschaden<br>210,-- DM                              | 6.11.1976<br>10.15 Uhr                                                                                                                |
| OLG Köln 206)<br>Urteil v.17.1.75         | Werktag<br>7.35 Uhr          | Personen-<br>schaden                                  | gleicher Tag<br>10.30 Uhr                                                                                                             |
| OLG Hamm 207)<br>Beschluß v.30.1.80       | 28.8.1978<br>12.00 Uhr       | Sachschaden<br>600,-- DM                              | 28.8.1978<br>am Nachmittag                                                                                                            |
| BayObLG 208)<br>Beschluß v.14.2.80        | 19.12.1978<br>22.30 Uhr      | Sachschaden<br>260,75 DM                              | 20.12.1978<br>7.30 Uhr                                                                                                                |
| BayObLG 209)<br>Beschluß v.18.2.80        | 17.11.1978<br>22.30 Uhr      | Sachschaden<br>231,-- DM                              | 18.11.1978<br>am Morgen                                                                                                               |

201) BayObLG VRS 52, 438

202) OLG Hamm VRS 52, 416

203) OLG Düsseldorf VRS 54, 40

204) OLG Oldenburg VRS 54, 279

205) OLG Stuttgart VRS 54, 352

206) OLG Köln VRS 54, 350

207) OLG Hamm VRS 59, 258

208) BayObLG VRS 58, 410

209) BayObLG VRS 58, 408

| O L G                                       | Tag u.Uhrzeit<br>des Unfalls                                      | Art u.Höhe d.<br>Fremdschadens                                                                        | Zeitpunkt, in dem der Un-<br>fallbeteiligte v.d.Polizei<br>ermittelt wurde bzw.er die<br>Feststellungen nachträg-<br>lich ermöglichte |
|---------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| OLG Stuttgart 210)<br>Beschluß v. 25.9.80   | 21.1.1980<br>22.30 Uhr                                            | Sachschaden<br>565,04 DM                                                                              | 22.1.1980<br>9.00 Uhr                                                                                                                 |
| OLG Köln 211)<br>Urteil v. 1.10.80          | 25.3.1980<br>18.40 Uhr                                            | Sachschaden<br>181,-- DM                                                                              | 26.3.1980<br>am Morgen                                                                                                                |
| BayObLG 212)<br>Urteil v. 5.12.80           | 7.1.1980<br>späte Nacht-<br>stunde                                | Sachschaden<br>780,-- DM                                                                              | 8.1.1980<br>früher Vormittag                                                                                                          |
| OLG Stuttgart 213)<br>Urteil v.15.12.80     | 1.1.1980<br>4.15 Uhr                                              | Sachschaden<br>400,-- DM                                                                              | 1.1.1980<br>9.00 Uhr                                                                                                                  |
| OLG Hamm 214)<br>Urteil v.14.1.81           | 2.10.1979<br>2.00 Uhr                                             | Sachschaden<br>1.500,-- DM                                                                            | 2.10.1979<br>8.00 Uhr                                                                                                                 |
| OLG Stuttgart 215)<br>Urteil v.25.4.83      | Freitag,<br>21.30 Uhr                                             | Sachschaden<br>tatsächlich<br>4.000,-- DM<br><br>v.Angeklagten<br>geschätzt:<br>800,- bis<br>900,- DM | Samstag<br>9.30 Uhr                                                                                                                   |
| OLG Frankfurt/M 216)<br>Beschluß v. 28.1.83 | 26.5.82<br>später Abend<br>bis 3.00 Uhr<br>ärztlich ver-<br>sorgt | Sachschaden<br>2.500,-- DM                                                                            | 27.5.1982<br>9.45 Uhr                                                                                                                 |

210) OLG Stuttgart VRS 60, 196  
211) OLG Köln VRS 60, 434  
212) BayObLG VRS 60, 112  
213) OLG Stuttgart VRS 60, 300

214) OLG Hamm VRS 61, 263  
215) OLG Stuttgart VRS 65, 202  
216) OLG Frankfurt a.M. VRS 65, 30

Analysiert man die aufgeführte Rechtsprechung, so ergibt sich folgendes:

Die Entscheidungen vor dem 29.11.1979 müssen außer Betracht bleiben. Der BGH hatte mit Beschluß vom 29.11.1979 217) entschieden, daß der Unfallbeteiligte bei der Wahl des Benachrichtigungsweges das Unverzüglichkeitsgebot beachten müsse (vgl. C II. 1. a) aa)).

Seit dieser Zeit darf der Unfallbeteiligte nach der Ansicht der Rechtsprechung nicht mehr bis zum nächsten Werktag warten, wenn sich der Unfall an einem Wochenende ereignet hat und er eine Behörde verständigen muß.

Demnach bedeutet "unverzüglich" in der Rechtsprechung:

- Unfälle im fließenden Verkehr:
  - sofortiges Handeln erforderlich
- Unfälle im ruhenden Verkehr:
  - = Bei eindeutiger Haftungslage und geringen Sachschäden (maximal 4000,-- DM) genügt es bei nächtlichen Unfällen, wenn der Feststellungspflichtige den Berechtigten am folgenden Morgen benachrichtigt.
  - = Bei unklarer Haftungslage bzw. bei Personenschäden ist sofortiges Handeln erforderlich.

b) Die Rückkehrpflicht

In der bisherigen Rechtsprechung wurden die wichtigsten Voraussetzungen für eine Rückkehrpflicht im Rahmen des § 142 II n.F. StGB geschaffen:

- Der Feststellungspflichtige muß bei der Auswahl des Benachrichtigungsweges das Unverzüglichkeitsgebot beachten.  
Er kann daher verpflichtet sein, den Berechtigten und nicht eine nahegelegene Polizeidienststelle zu verständigen, wenn er nur so dem Unverzüglichkeitsgebot gerecht wird 218).
- Der Begriff "unverzüglich" wird sehr eng ausgelegt. Der Unfallbeteiligte muß in vielen Fällen sofort handeln.

Die Rückkehrpflicht ist eng mit dem Begriff "unverzüglich" in § 142 II n.F. StGB verknüpft. Der Unfallbeteiligte müßte zum Unfallort zurückkehren, wenn er nur auf diese Weise die nachträglichen Feststellungen "unverzüglich" im Sinne des § 142 II, III n.F. StGB "mitteilen" könnte.

Der Begriff "unverzüglich" kann nur anhand der Umstände des jeweiligen Einzelfalls bestimmt werden. Eine Rückkehrpflicht ist daher nur in besonderen Fällen denkbar.

---

218) BGH VRS 58, 200

- aa) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes, um feststellungsbereite Personen zu verständigen.

Ein Unfallbeteiligter, der sich vom Unfallort entfernt, um feststellungsbereite Personen zu benachrichtigen, muß zum Unfallort zurückkehren (vgl.B II. 3.).

Es handelt sich dabei um keine Rückkehrpflicht im engen Sinn des Wortes. Der Unfallbeteiligte hat sich beim Verlassen des Unfallortes freiwillig verpflichtet, wieder zurückzukehren. Nur unter dieser Voraussetzung konnte er den Unfallort verlassen.

- bb) Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes, um einen verkehrssicheren Platz aufzusuchen.

Einen ähnlichen Fall der Rückkehrpflicht entschied das OLG Bremen 219). Dem Beschluß lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Angeklagte kam aus der S-Straße und bog in die R-Straße ein. Kurz nach der Kreuzung streifte er mit seinem Kraftfahrzeug einen Fußgänger. Der Angeklagte stieg aus und ermöglichte einen Teil der in § 142 I Nr. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen.

Anschließend fuhr er mit seinem Kraftfahrzeug an einen verkehrssicheren Platz. Der Unfallverursacher wollte seiner Pflicht aus § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO nachkommen. Dieser Platz lag in unmittelbarer Nähe der Anstoßstelle und gehörte noch zum Unfallort im Sinne des § 142 I n.F. StGB.

Der Angeklagte hätte mit seinem Fahrzeug rückwärts fahren müssen, um den verkehrssicheren Platz zu erreichen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit war er dazu nicht bereit. Er fuhr mit seinem Kraftfahrzeug vorwärts bis zur nächsten Abbiegung und dann um einen Häuserblock herum.

---

219) OLG Bremen VRS 52, 423

Der Angeklagte hat sich vom Unfallort entfernt. Feststellungsbereite Personen konnten nicht damit rechnen, daß der Unfallbeteiligte um den Häuserblock herumfuhr 220).

In diesem Fall spielt das Verhältnis zwischen § 142 I n.F. StGB und § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO eine wichtige Rolle. Einerseits ist der Unfallbeteiligte verpflichtet, am Unfallort zu bleiben, andererseits muß er bei kleineren Schäden unverzüglich zur Seite fahren.

Das Problem könnte nach den Grundsätzen der rechtfertigenden Pflichtenkollision zu lösen sein. Der Täter handelt nicht rechtswidrig, wenn er bei rangverschiedenen Pflichten die höherrangige und bei gleichwertigen Pflichten eine von beiden erfüllt 221).

Im Verhältnis des § 142 I n.F. StGB zu § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO würde dies zu einem unlösbaren Konflikt führen. § 142 I n.F. StGB ist ein Strafdelikt, § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO eine Ordnungswidrigkeit. Dennoch könnten die Pflichten des § 34 I Nr. 2, 2. Alt. StVO überwiegen, wenn durch den Unfall dritte Personen gefährdet würden.

Die Grundsätze der rechtfertigenden Pflichtenkollision finden auf § 142 I n.F. StGB und § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO keine Anwendung. Der Gesetzgeber wollte in § 34 StVO keine Regelung treffen, die derjenigen des § 142 I n.F. StGB widerspricht. § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO verpflichtet den Unfallbeteiligten nur, innerhalb des Unfallortes einen verkehrssicheren Platz aufzusuchen.

---

220) Rudolphi im Systematischen Kommentar § 142 n.F. StGB Rz 35

221) Wessel AT § 16 III

Für dieses Ergebnis spricht auch der Wortlaut des § 34 I Nr. 2, 2.Alt. StVO. Die Vorschrift greift nur bei geringfügigen Schäden ein. Der Gesetzgeber wollte, daß bei einem geringen Feststellungsinteresse des Berechtigten die unmittelbare Anstoßstelle geräumt wird. Die Unfallbeteiligten dürfen den Unfallort nicht verlassen.

Ein Unfallbeteiligter darf sich jedoch vom Unfallort entfernen, wenn er nur so die Gefährdung Dritter vermeiden kann. Dieses Recht ergibt sich aus § 34 StGB. Das Interesse des Berechtigten an der Unfallaufklärung muß zugunsten von Leben und Gesundheit dritter Personen zurückstehen.

Im Fall des OLG Bremen waren die Berechtigten mit dem Aufsuchen des verkehrssicheren Platzes einverstanden. Der Unfallbeteiligte hat sich daher berechtigt vom Unfallort entfernt. Er war verpflichtet, an den Unfallort zurückzukehren und an dem verkehrssicheren Platz die Feststellungen zu ermöglichen.

Der Unfallbeteiligte hat sich auch hier freiwillig verpflichtet, zum Unfallort zurückzukehren. Die Unfallbeteiligten können vereinbaren, die Feststellungen an einem anderen Platz zu treffen 222). In dem vorliegenden Fall besteht die Besonderheit nur darin, daß der "andere Platz" der Unfallort ist.

---

222) Cramer in Schönke-Schröder § 142 n.F. StGB Rz 46

- cc) Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes, um Hilfe für einen Verletzten herbeizuholen.

Bei einem Unfall mit Personenschaden darf sich der Feststellungspflichtige vom Unfallort entfernen, um Hilfe herbeizurufen. Die Tatbestandsverwirklichung des § 142 I n.F. StGB ist durch § 34 StGB gerechtfertigt.

Unmittelbar, nachdem der Feststellungspflichtige telefoniert hat, entfällt der Rechtfertigungsgrund für das Verlassen des Unfallortes. Der Unfallbeteiligte muß die Feststellungen "unverzüglich" nachträglich ermöglichen.

Die Unverzüglichkeitsfrist ist in diesem Fall sehr kurz. Es handelt sich um einen Personenschaden, dessen Höhe nicht abzusehen ist. Hinzu kommt eine unklare Haftungslage, da der Verletzte den Unfall möglicherweise mitverschuldet hat.

Der Unfallbeteiligte hat daher sofort zu handeln (vgl. C II. 1. a) bb)). Nach der Ansicht der Rechtsprechung muß er bei der Auswahl des Benachrichtigungsweges das Unverzüglichkeitsgebot beachten (vgl. C II 1. a) aa)).

Der BGH hat in seinem Beschluß vom 29.11.1979 223) betont, daß der Unfallbeteiligte verpflichtet sein könne, sich an den Berechtigten zu wenden. Er dürfe eine nahegelegene Polizeidienststelle nicht benachrichtigen, wenn er lediglich den Berechtigten innerhalb der Unverzüglichkeitsfrist verständigen könne.

---

223) BGH VRS 58, 200

Der Unfallbeteiligte müßte daher in dem vorliegenden Fall an die Unfallstelle zurückkehren, wenn er den Unfallort schneller erreichen könnte als eine nahegelegene Polizeidienststelle. § 142 III S. 1 n.F. StGB verlangt von dem Unfallbeteiligten jedoch nur, daß er die erforderlichen Feststellungen "mitteilt".

Er müßte den Berechtigten nur dann persönlich aufsuchen, wenn der Begriff "Mitteilung" nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalls zu beurteilen wäre. Der Sinn und Zweck des § 142 n.F. StGB könnte es erfordern, daß der Feststellungspflichtige bei schwereren Unfällen den Berechtigten persönlich aufsucht.

Eine derartige Interpretation verstößt gegen den Tatbestand des § 142 III S. 1 n.F. StGB. Das Wort "Mitteilung" läßt keinen Beurteilungsspielraum zu. Anders als die Begriffe "unverzüglich" und "angemessen" kann der Begriff "Mitteilung" nicht anhand der Umstände des jeweiligen Einzelfalls beurteilt werden. Er ist für alle Fälle des § 142 III S. 1 n.F. StGB gleich auszulegen.

Im Rahmen des § 142 n.F. StGB muß der Unfallbeteiligte nur in Ausnahmefällen aktiv tätig werden. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber dem Unfallbeteiligten in § 142 III S.1 n.F. StGB nur eine eng begrenzte Mitwirkungspflicht auferlegt, die nicht beliebig ausgedehnt werden darf. Man würde sonst in § 142 III S. 1 n.F. StGB ein neues Tatbestandsmerkmal einfügen. Das Wort "mitteilt" erhielte den Zusatz "persönlich".

Der Unfallbeteiligte ist daher nicht verpflichtet, zum Unfallort zurückzukehren.

- dd) Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes, nachdem der Unfallbeteiligte eine angemessene Zeit gewartet hat.

Ein Unfallbeteiligter, der eine angemessene Zeit gewartet hat, ohne daß feststellungsbereite Personen erschienen sind, darf den Unfallort verlassen (§ 142 I Nr. 2 n.F. StGB). Er muß die Feststellungen unverzüglich nachträglich ermöglichen (§ 142 II Nr. 1 n.F. StGB).

Der Berechtigte kann von dem Unfallbeteiligten nicht verlangen, daß er an den Unfallort zurückkehrt, um dort die Feststellungen zu ermöglichen. Der Unfallbeteiligte muß lediglich die in § 142 III S. 1 n.F. StGB genannten Feststellungen dem Berechtigten oder einer nahegelegenen Polizeidienststelle mitteilen.

Der Gesetzgeber hat im Rahmen des § 142 n.F. StGB zwischen den unterschiedlichen Interessen der Beteiligten abgewogen. Im Rahmen des § 142 I n.F. StGB hat der Unfallbeteiligte eine umfassende passive Feststellungspflicht zugunsten des Berechtigten. Im Rahmen des § 142 II iVm III S. 1 n.F. StGB muß der Unfallbeteiligte aktiv tätig werden. Zum Ausgleich hat er eine beschränkte Feststellungspflicht (§ 142 III S. 1 n.F. StGB).

- ee) Rückkehrpflicht eines Unfallbeteiligten, der sich während des Schadensereignisses nicht am Unfallort aufgehalten hat.

Wird ein geparktes Kraftfahrzeug beschädigt, ist auch sein Fahrer Unfallbeteiligter im Sinne des § 142 IV n.F. StGB. Es besteht die Möglichkeit, daß er den Unfall durch sein Verhalten - verkehrswidriges Parken des Kraftfahrzeuges - mitverursacht hat.

In den meisten Fällen ist der Fahrer des geparkten Kraftfahrzeuges nicht am Unfallort. Beobachtet er den Unfall aus der Ferne, so stellt sich die Frage, ob er an den Unfallort zurückkehren muß.

§ 142 I n.F. StGB ist nur anwendbar, wenn sich der Unfallbeteiligte am Unfallort befindet. Im Rahmen des § 142 a.F. StGB durfte ein Unfallbeteiligter nicht fliehen. Eine Flucht war von jedem Ort aus möglich (vgl. A II.). Im Gegensatz zu § 142 a.F. StGB untersagt § 142 I n.F. StGB das Sichentfernen vom Unfallort. Die Anwendbarkeit des § 142 I n.F. StGB ist daher streng an den Unfallort gebunden 224).

Ein Unfallbeteiligter darf sich nicht vom Unfallort entfernen, bevor er die Feststellungen ermöglicht hat ( § 142 I Nr. 1 n.F. StGB). Ein Unfallbeteiligter, der nicht am Unfallort ist, kann sich nicht von ihm entfernen.

---

224) Maurach/Schröder § 142 n.F. StGB § 41 II 2

Auch § 142 II n.F. StGB greift nicht ein. Ein Unfallbeteiligter kann den Tatbestand des § 142 II n.F. StGB nur verwirklichen, wenn er sich nach Ablauf der Wartefrist bzw. berechtigt oder entschuldigt vom Unfallort entfernt hat (§ 142 II 2.HS n.F. StGB).

In dem vorliegenden Fall hat sich der Fahrer des geparkten Kraftfahrzeuges bereits vor dem Unfall entfernt. Er muß die nachträglichen Feststellungen nicht ermöglichen 225).

Demnach gibt es nach der Neufassung des § 142 StGB keine Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Kenntnis der Unfallbeteiligung. Der Feststellungspflichtige muß nur zum Unfallort zurückkehren, wenn er sich dazu freiwillig verpflichtet hat.

2. Die Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Unkenntnis der Unfallbeteiligung.

Ein Unfallbeteiligter, der den Unfallort verläßt, ohne den Unfall bemerkt zu haben, handelt nicht vorsätzlich. Es liegt ein Tatbestandsirrtum gem. § 16 I StGB vor.

Der BGH hatte im Rahmen des § 142 a.F. StGB entschieden, daß ein Unfallbeteiligter bei nachträglicher Kenntnis vom Unfall zum Unfallort zurückkehren müsse. Von dieser Pflicht sei er nur befreit, wenn im Zeitpunkt der Kenntniserlangung kein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen bestehe (vgl. C I. 1. b)).

---

225) Cramer in Schönke/Schröder § 142 n.F. StGB Rz 40

Nach der Neufassung des § 142 StGB kann sich der Unfallbeteiligte nach Verlassen des Unfallortes nicht mehr gem. § 142 I n.F. StGB strafbar machen. Der Tatbestand ist vollendet, wenn der Unfallbeteiligte sich vom Unfallort entfernt hat 226). Der Unfallbeteiligte wäre jedoch gem. § 142 II n.F. StGB verpflichtet, zum Unfallort zurückzukehren, wenn er nur so die nachträglichen Feststellungen "unverzüglich" ermöglichen könnte.

a) Die Anwendbarkeit des § 142 II n.F. StGB

Das BayObLG 227) und das OLG Stuttgart 228) meinten, daß bei nachträglicher Kenntnis vom Unfallgeschehen § 142 II n.F. StGB nicht anwendbar sei. Das OLG Köln 229) vertrat die gegenteilige Ansicht.

Der BGH 230) schloß sich der Meinung des OLG Köln an. Er begründet seine Entscheidung zu § 142 II n.F. StGB ausführlich. Der BGH stützt seine Argumentation auf vier Punkte:

- Der Wortsinn

Der BGH meint, das Begriffspaar "berechtigt oder entschuldigt" sei nicht formal-dogmatisch, sondern seinem natürlichen Wortsinn entsprechend auszulegen. Es beziehe sich nicht nur auf strafrechtliche Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe. In der "Rechtssprache" würde auch eine tatbestandsmäßig nicht vorsätzliche Handlung als "berechtigt oder entschuldigt" bezeichnet.

---

226) BayObLG VRS 58, 428

227) BayObLG VRS 58, 428

228) OLG Stuttgart VRS 53, 345

229) OLG Köln VRS 53, 181; 53, 430; 54, 276

230) BGH NJW 1979, 434 ff

- Die gesetzgeberische Konzeption des § 142 n.F. StGB

Hier beruft sich der BGH auf die amtliche Begründung zu § 142 n.F. StGB 231). Der Gesetzgeber hatte erklärt, daß er die bisherigen Ergebnisse der Rechtsprechung bei der Neufassung des § 142 StGB berücksichtigen wolle.

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB konnte sich ein Unfallbeteiligter auch dann strabar machen, wenn er erst nach Verlassen des Unfallortes von dem Unfallgeschehen erfuhr (vgl. C. I. 1. b)).

Der BGH ist daher der Ansicht, daß dies auch für § 142 n.F. StGB gelten müsse. Der Gesetzgeber habe den Schutz des Berechtigten verbessern, nicht verschlechtern wollen.

- Der Zweck des § 142 n.F. StGB

§ 142 n.F. StGB schützt das zivilrechtliche Interesse der Berechtigten an der Aufklärung des Unfallhergangs zwecks Abwehr unberechtigter bzw. Durchsetzung berechtigter Schadensersatzansprüche 232). Der Unfallbeteiligte beeinträchtigt den Schutzzweck, wenn er sich vom Unfallort entfernt.

Der BGH argumentiert, daß es für den Berechtigten keine Rolle spiele, warum sich der Unfallbeteiligte vom Unfallort entfernt habe. Sein Interesse an der Beweissicherung sei in jedem Fall schutzwürdig.

Der Unfallbeteiligte müsse nach der h.M. die Feststellungen auch dann nachträglich ermöglichen, wenn er die tatsächlichen Umstände eines Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgrundes falsch beurteilt habe. Es sei nicht einzusehen, warum ein Unfallbeteiligter im Falle eines Tatbestandsirrtums besser gestellt sein solle.

---

231) Drucksache des Deutschen Bundestags 7/2434 S.4

232) Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 1

- Die kriminalpolitische Zielsetzung

Der BGH meint, daß die Rechtsprechung im Rahmen des § 142 a.F. StGB nicht alle Probleme habe lösen können. Der Gesetzgeber habe diese Fälle in § 142 II n.F. StGB erfassen wollen.

Der BGH schränkt die extensive Auslegung des § 142 II n.F. StGB wieder ein. Der Verkehrsteilnehmer, der erst nach Verlassen des Unfallortes von seiner Unfallbeteiligung erfährt, kann sich nur gem. § 142 II n.F. StGB strafbar machen, wenn zwischen der nachträglichen Kenntniserlangung und dem Unfallgeschehen noch ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang besteht.

Der BGH begründet seine Meinung mit einem einzigen Satz. Er meint, durch diese Einschränkung sei dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit bei Unterlassungsdelikten Genüge getan 233).

In der Rechtsprechung zu § 142 n.F. StGB spielte dieses Kriterium bisher keine Rolle. Es stammt aus der Zeit des § 142 a.F. StGB und begrenzte die Rückkehrpflicht des Unfallbeteiligten (vgl. C I. 1. d)).

---

233) ebenso: Frank JUS 1978, 456  
Janiszewski JR 1978, 116  
Dreher § 142 n.F. StGB Rz 43  
Maurach/Schröder § 142 n.F. StGB § 41 III C 2  
Bär-Hauser § 142 n.F. StGB Nr. I 15 b

Die Entscheidung des BGH wird in der Literatur kritisiert.

Gegen die extensive Auslegung des Begriffspaares "berechtigt oder entschuldigt" kann man einwenden, daß der Gesetzgeber im allgemeinen Teil des StGB mit der heute h.M. zwischen schuldlosem, nicht rechtswidrigem und nicht vorsätzlichem Handeln unterschieden hat.

In §§ 17, 20 und 35 StGB verwendet der Gesetzgeber den Begriff "handelt ohne Schuld". Diese Vorschriften setzen eine vorsätzliche und rechtswidrige Tat voraus.

§§ 32 und 34 StGB schließen hingegen die Rechtswidrigkeit der Tat aus. Der Gesetzestext lautet: "handelt nicht rechtswidrig".

§ 16 StGB bestimmt, daß im Falle eines Tatbestandsirrtums der Vorsatz entfällt. Im Gesetzestext heißt es folgerichtig: "handelt nicht vorsätzlich". Demnach würde das Begriffspaar "berechtigt oder entschuldigt" nur Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe erfassen (234).

Für die früher herrschende Lehre war der Vorsatz ein Teil der Schuld. Nach dieser Auffassung könnte man eine nicht vorsätzliche Tat unter dem Begriff "entschuldigt" subsummieren.

Im Rahmen des § 142 II n.F. StGB kann es für die Strafbarkeit keine Rolle spielen, ob man den Vorsatz als einen Teil der Schuld ansieht oder mit der neueren Meinung Schuld und Vorsatz trennt. Man darf dem Gesetzgeber nicht unterstellen, daß er im Rahmen des § 142 II n.F. StGB zu dem Theorienstreit über den Aufbau des Verbrechenstatbestandes Stellung nehmen wollte (235).

---

234) Rudolphi JR 1979, 208 (213)

235) Beulke NJW 1979, 400 (401)

Mit dem Schutzzweck des § 142 n.F. StGB läßt sich die extensive Auslegung des § 142 II n.F. StGB ebenfalls nicht rechtfertigen. § 142 n.F. StGB schützt die privaten Interessen des Berechtigten nicht absolut. Das Rechtsgut soll nur vor bestimmten Beeinträchtigungen bewahrt werden, die in § 142 I bzw. II iVm III n.F. StGB beschrieben sind. Es ist daher nicht gerechtfertigt, in jedem Fall die Interessen des Unfallbeteiligten dem Feststellungsinteresse des Berechtigten unterzuordnen 236).

In den Gesetzesmaterialien zu § 142 n.F. StGB findet sich kein Anhaltspunkt, ob auch der Fall der nachträglichen Kenntnis vom Unfallgeschehen von § 142 II n.F. StGB erfaßt werden sollte. Das nicht vorsätzliche Verlassen des Unfallortes wird nicht erwähnt 237).

Der Gesetzgeber wollte nicht die gesamte Rechtsprechung zu § 142 a.F. StGB bei der Neufassung berücksichtigen. Die Ergebnisse der Rechtsprechung zu § 142 a.F. StGB sollten im Rahmen des § 142 n.F. StGB nur "weitgehend" eingearbeitet werden 238).

---

236) Berz Jura 1979, 125 ff  
Magdowski S. 160 ff  
Berz DAR 1975, 313 (314)  
Dornseifer JZ 1980, 299 ff  
Cramer § 142 n.F. StGB Rz 58  
Lackner § 142 n.F. StGB Nr. 4 a  
Rudolphi in SK StGB § 142 Rn 16

237) Rudolphi JR 1979, 208 (212)

238) Drucksache des Deutschen Bundestags 7/2434 S. 4

Welcher Ansicht ist nun zu folgen?

Beide Meinungen können überzeugend begründet werden.

Zu einem Ergebnis kommt man nur, wenn man sich die Folgen der Rechtsprechung verdeutlicht. Zwei Problemkreise hat der BGH aufgeworfen, aber nicht beantwortet:

- § 142 IV n.F. StGB

Die Vorschrift definiert den Begriff der "Unfallbeteiligung". Der Verkehrsteilnehmer muß den Unfall "möglicherweise" mitverursacht haben. Im Rahmen des § 142 IV n.F. StGB genügt bereits ein "Verdacht".

Für die Beurteilung der Unfallbeteiligung ist der Zeitpunkt des Unfalls maßgeblich. Sollte sich später herausstellen, daß das Verhalten des Unfallbeteiligten nicht ursächlich für den Unfall war, kann er trotzdem gem. § 142 n.F. StGB bestraft werden 239).

Diese Definition ist richtig, wenn der Verkehrsteilnehmer den Unfall selbst wahrgenommen hat. Wer erkennt, daß durch sein Verhalten möglicherweise ein Schaden entstanden ist, muß warten und die Feststellungen ermöglichen.

Wird der Unfallbeteiligte von einem anderen Verkehrsteilnehmer auf das Unfallgeschehen hingewiesen, so ist die Situation anders. Ihm fehlen eigene Anhaltspunkte. § 142 IV n.F. StGB würde ihn zwingen, den Angaben des anderen zu glauben. Kein Verkehrsteilnehmer kann positiv wissen, daß sein Verhalten zu keinem Unfall beigetragen hat 240)).

---

239) Rudolphi in SK StGB § 142 Rn 16

Cramer in Schönke/Schröder § 142 n.F. StGB Rz 61

240) so auch Dornseifer JZ 1980, 299 (300)

- Der "räumliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen"

Der BGH schränkt die Anwendbarkeit des § 142 II n.F. StGB bei nachträglicher Kenntnis vom Unfallgeschehen ein. Der Unfallbeteiligte kann sich nur strafbar machen, wenn zum Zeitpunkt der Kenntniserlangung ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen besteht. Der BGH rechtfertigt dies mit dem Kriterium der "Zumutbarkeit" bei einem Unterlassungsdelikt.

§ 142 II n.F. StGB ist als echtes Unterlassungsdelikt zu qualifizieren. Er verpflichtet den Unfallbeteiligten, eine bestimmte Handlung vorzunehmen: die nachträgliche aktive Ermöglichung der Feststellungen 241).

Demnach wäre eine solche Einschränkung im Rahmen des § 142 II n.F. StGB möglich. Sie müßte für alle Fälle des straflosen Sichentfernens vom Unfallort gelten. Eine Beschränkung auf bestimmte Fallgruppen ist nicht zu rechtfertigen.

Dies hätte weitreichende Folgen. Ein verletzter Unfallbeteiligter darf sich vom Unfallort entfernen und ein Krankenhaus aufsuchen. Wird er am nächsten Tag entlassen, so müßte er keine Feststellungen ermöglichen. Es besteht kein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang zum Unfallgeschehen mehr.

---

241) Dreher § 142 n.F. StGB Rz 6

Der BGH verneint diese Konsequenz. Er gibt damit zu erkennen, daß er das "Sichentfernen vom Unfallort in Unkenntnis der Unfallbeteiligung" doch nicht mit dem Begriffspaar "berechtigt oder entschuldigt" gleichsetzt.

Der BGH will durch das Kriterium des "räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs mit dem Unfallgeschehen" praktische Schwierigkeiten vermeiden. Ein Verkehrsteilnehmer wäre sonst verpflichtet, sich bei der Polizei zu melden, wenn er eine unbekannte Beschädigung an seinem Kraftfahrzeug feststellt. Er müßte davon ausgehen, daß er möglicherweise an einem Unfall beteiligt war. Die Polizei hätte eine unabsehbare Zahl nachträglicher Unfallmeldungen gem. § 142 II iVm III n.F. StGB aufzunehmen.

Daraus ergibt sich, daß § 142 II n.F. StGB aufgrund seiner Gesetzessystematik derartige Fälle nicht erfaßt. § 142 II n.F. StGB ist unanwendbar, wenn ein Unfallbeteiligter den Unfallort in Unkenntnis des Unfallgeschehens verlassen hat.

b) Die Rückkehrpflicht

Die Rechtsprechung des BGH ist für alle Verkehrsteilnehmer wichtig. Jeder, der erst nach Verlassen des Unfallortes von seiner Unfallbeteiligung erfährt, muß die Feststellungen nachträglich ermöglichen, sofern ein räumlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen besteht.

Eine Rückkehrpflicht nach Verlassen des Unfallortes in Unkenntnis der Unfallbeteiligung hätte in der Verkehrspraxis eine große Bedeutung 242). In vielen Fällen wird der Unfallverursacher, der den Unfall angeblich nicht bemerkt hat, innerhalb eines räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs mit dem Unfallgeschehen gestellt.

In seinem Urteil vom 3.11.1978 243) entschied das BayObLG, daß ein Unfallbeteiligter, der erst nach Verlassen des Unfallortes von seiner Unfallbeteiligung erfahren hatte, an "Ort und Stelle" warten müsse. Das Gericht ließ die Frage ausdrücklich offen, ob er auch verpflichtet sein könnte, an den Unfallort zurückzukehren.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Angeklagte fuhr um die Mittagszeit mit seinem Pkw auf der P.-Straße stadteinwärts. Weil seine Windschutzscheibe plötzlich durch Gegenverkehr verschmutzt wurde, geriet er auf die linke Fahrbahnseite. Der Führer eines dort entgegenkommenden Pkw mußte zur Vermeidung eines Zusammenstoßes nach rechts ausweichen und stieß mit den beiden rechten Rädern gegen den Bordstein. Dabei wurden die Felgen beschädigt; der Schaden betrug 119,45 DM. Der Angeklagte, der den Unfall nicht bemerkt hatte, fuhr weiter, mußte jedoch nach ca. 100 m an einer Verkehrsampel wegen Rotlichts anhalten. Dort wurde er von den Zeugen S., der ihm nachgefahren war, auf den Unfall aufmerksam gemacht und zur Rückkehr aufgefordert. Der Angeklagte antwortete daraufhin jedoch lediglich, daß ihn das nichts angehe, und fuhr weiter.

---

242) Volk DAR 1982, 81 (85)

243) BayObLG NJW 1979, 436

Das BayObLG meint, der Angeklagte habe sich vom Unfallort entfernt (§ 142 I n.F. StGB). Er habe den räumlichen Bereich verlassen, in dem feststellungsbereite Personen Unfallbeteiligte noch vermuten und gegebenenfalls durch Befragen ermitteln würden. Es fehle jedoch am Vorsatz, da der Täter den Unfall nicht bemerkt habe.

Der Angeklagte sei gem. § 142 II n.F. StGB zu bestrafen. Der Zeuge S. sei ihm nachgefahren und habe ihn auf seine Unfallbeteiligung hingewiesen.

Nach der Ansicht des BayObLG muß der Feststellungspflichtige an der Stelle warten, an der er von seiner Unfallbeteiligung erfahren hat. Das Gericht argumentiert, daß der Tatbestand des § 142 II iVm III n.F. StGB grundsätzlich keine Wartepflicht enthalte. Der Unfallbeteiligte sei nur verpflichtet, die Feststellungen unverzüglich nachträglich zu ermöglichen. "Unverzüglich" bedeute in diesem Fall "sofort". Der Unfallbeteiligte müsse an "Ort und Stelle" die Feststellungen im Sinne des § 142 II n.F. StGB ermöglichen.

In dem vorliegenden Fall hat nicht der Berechtigte den Unfallbeteiligten gestellt. Ein unbeteiligter Dritter ist dem Unfallverursacher nachgefahren und hat ihn über das Unfallgeschehen unterrichtet.

Das BayObLG ist der Meinung, daß der Unfallbeteiligte auf das Eintreffen des Feststellungsberechtigten warten müsse. Er habe sich nur 100 m vom Unfallort entfernt. Es sei damit zu rechnen gewesen, daß der Geschädigte den Feststellungspflichtigen aufsuchen werde. Da der Unfallbeteiligte bereits der "Wartepflicht" nicht nachgekommen sei, könne es offenbleiben, ob er an den Unfallort zurückkehren hätte müssen.

Die Argumentation des BayObLG überzeugt nicht. Eine Wartepflicht widerspricht dem Begriff "unverzüglich". In dem vorliegenden Fall beurteilt der Senat die Unverzüglichkeitsfrist sehr kurz. Der Unfallbeteiligte muß die nachträglichen Feststellungen sofort ermöglichen. Gem. § 142 II iVm III n.F. StGB ist er daher verpflichtet, umgehend zu handeln. Er hat die Feststellungen aktiv zu ermöglichen und darf nicht warten, bis der Berechtigte zu ihm kommt.

Der Unfallbeteiligte muß dem Berechtigten die Feststellungen des § 142 III S.1 n.F. StGB mitteilen. Er ist nicht verpflichtet, persönlich an den Unfallort zurückzukehren. Es genügt, wenn er dem Berechtigten eine Mitteilung zukommen läßt (§ 142 III S.1, 4.HS n.F. StGB) (vgl. C II 1 b) dd)).

In dem Beschluß vom 25.4.1984 244) schränkt das BayObLG seine eigene Rechtsprechung wieder ein. Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Angekl. kam am 14.7.1982 gegen 5.00 Uhr mit dem Kastenwagen der Fa. W. von M. her nach Pf. Obwohl der Bahnübergang S-Straße durch rotes Blinklicht gesperrt war, überquerte der Angekl. das einspurige Bahngleis und riß die sich absenkende Halbschranke in seiner Fahrspur mit dem Aufbau seines Kastenwagens ab. An der 40 m entfernten Bäckerei Sch. hielt er an und äußerte auf Frage des Zeugen Sch., ob er die Schranke weggerissen habe, daß er davon nichts bemerkt habe. Er lud bei der Bäckerei Hefe ab und fuhr nach 5 Minuten auf der S-Straße stadteinwärts, außen um den nächsten Häuserblock herum in der parallel zur S-Straße verlaufenden B-Straße zum Bahnhof zurück, wo er mit seinem Fahrzeug drehte und noch zur etwa 20 - 40 m vom Bahnhofsgebäude entfernten Bäckerei R. fuhr, wo er sein Fahrzeug am rechten Fahrbahnrand anhielt. Dort wurde er vom Fahrdienstleiter Z. angetroffen und aufgefordert zu warten, bis die Polizei käme. Der Angekl. kam dieser Aufforderung dann nach. An der Bahnschranke entstand ein Schaden von DM 1049,41.

---

244) BayObLG VRS 67, 221 ff

Die Strafkammer hatte den Angeklagten gem. § 142 II n.F. StGB verurteilt. Das Landgericht argumentierte, daß der Angeklagte verpflichtet gewesen sei, die Feststellungen unverzüglich nachträglich zu ermöglichen. Diese Pflicht hätte er in dem vorliegenden Fall nur erfüllen können, wenn er sofort zur Unfallstelle zurückgekehrt wäre und seiner Wartepflicht entsprochen hätte.

Das BayObLG hob das Urteil des Landgerichts auf. Das Gericht stellte ausdrücklich klar, daß es nach der Neufassung des § 142 StGB grundsätzlich keine Rückkehrpflicht mehr gäbe. Diese Rechtspflicht sei durch die Verpflichtung, die Feststellungen nachträglich zu ermöglichen, ersetzt worden.

Der Senat habe in seinem Urteil vom 3.11.1978 nur für ganz besondere Fallgestaltungen eine Rückkehrpflicht nicht ausschließen wollen. Soweit der Unfallbeteiligte im Rahmen des § 142 II n.F. StGB warten müsse, handele es sich nur um eine "faktische" Wartepflicht. Sie habe nur den Zweck, dem Berechtigten die Feststellungen an Ort und Stelle zu ermöglichen. § 142 I Nr. 2 n.F. StGB sei nicht anwendbar.

In dem vorliegenden Fall habe sich kein Feststellungsberechtigter in der Nähe des Unfallbeteiligten aufgehalten. Der Unfallbeteiligte müsse daher die nachträglichen Feststellungen durch eine Mitteilung an den Berechtigten oder eine nahegelegene Polizeidienststelle ermöglichen.

Auch die Unverzüglichkeitsfrist sei noch nicht abgelaufen. Bei einem Fremdschaden in der festgestellten Höhe dürfe man den Begriff "unverzüglich" nicht nach Minuten bemessen.

Die beiden Fälle zeigen deutlich, wie unterschiedlich die Unverzüglichkeitsfrist beurteilt wird.

In dem Urteil vom 3.11.1978 betrug die Schadenshöhe 119,45 DM. Der Unfallbeteiligte mußte sofort an Ort und Stelle die nachträglichen Feststellungen ermöglichen.

In dem Beschluß vom 25.4.1984 hatte der Unfallbeteiligte einen Schaden von 1049,41 DM verursacht. Die Unverzüglichkeitsfrist war noch nicht abgelaufen, da nur "Minuten" vergangen waren. Der Angeklagte hat mittlerweile sein Kraftfahrzeug teilweise entladen und eine erhebliche Wegstrecke zurückgelegt.

In der Entscheidung vom 25.4.1984 hat das BayObLG ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Unfallbeteiligte nur zu einer "Mitteilung" verpflichtet sei. Eine Rückkehrpflicht wollte das Gericht dennoch in besonderen Fällen nicht ausschließen.

Das BayObLG beantwortet jedoch die Frage nicht, in welchen Fällen es nach seiner Meinung eine Rückkehrpflicht geben solle.

§ 142 III S.1 n.F. StGB verlangt von dem Feststellungspflichtigen nur eine "Mitteilung". Über diesen Wortlaut kann man sich nicht hinwegsetzen. Anderenfalls würde der Unfallbeteiligte bestraft werden, obwohl er alles getan hat, was § 142 III S.1 n.F. StGB von ihm verlangt. Auch die strengste Auslegung des Begriffes "unverzüglich" ändert daran nichts (vgl. auch C II. 1. b) cc)).

Demnach ist der Feststellungspflichtige auch nach Verlassen des Unfallortes in Unkenntnis seiner Unfallbeteiligung nicht verpflichtet, zum Unfallort zurückzukehren. Es genügt, wenn er dem Berechtigten oder einer nahegelegenen Polizeidienststelle die Feststellungen des § 142 III S. 1 n.F. StGB mitteilt.

## Zusammenfassung

Im Rahmen des § 142 a.F. StGB bejahte die Rechtsprechung eine Rückkehrpflicht. Der Unfallbeteiligte mußte zur Unfallstelle zurückkehren, wenn er von dort straflos geflohen war. Diese Pflicht wurde nur durch den "räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen" begrenzt. Der Unfallbeteiligte war nicht mehr verpflichtet, zum Unfallort zurückzukehren, wenn nach Verlassen der Unfallstelle kein derartiger Zusammenhang mehr bestand.

Die Rechtsprechung begründete die Rückkehrpflicht mit Hilfe des Tatbestandsmerkmals "Flucht". Es wurde extensiv ausgelegt, um die Rückkehrpflicht zu rechtfertigen.

Die überwiegende Ansicht in der Literatur lehnte diese Rechtsprechung zu Recht ab. Die Rückkehrpflicht war mit dem Tatbestand des § 142 a.F. StGB nicht vereinbar.

Auch mit Hilfe des Deliktcharakters des § 142 a.F. StGB konnte die Rückkehrpflicht nicht überzeugend begründet werden. Im Ergebnis spielte es keine Rolle, ob man § 142 a.F. StGB als Begehungs- oder als echtes bzw. unechtes Unterlassungsdelikt definierte. Das Tatbestandsmerkmal "Flucht" war mit der Rückkehrpflicht nicht vereinbar.

Nach der Neufassung des § 142 StGB gibt es keine Rückkehrpflicht. Der Unfallbeteiligte muß die nachträglichen Feststellungen nur durch eine Mitteilung an den Berechtigten oder eine nahegelegene Polizeidienststelle unverzüglich ermöglichen (§ 142 II iVm III S. 1 n.F. StGB).

Die Rechtsprechung hat sich bis heute noch nicht eindeutig festgelegt. Die neueren Entscheidungen zeigen jedoch, daß auch die Rechtsprechung nach der Neufassung des § 142 StGB eine Rückkehrpflicht nicht mehr für möglich hält.

Der Unfallbeteiligte kann sich jedoch freiwillig zur Rückkehr an den Unfallort verpflichten. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, so macht er sich gem. § 142 II n.F. StGB strafbar.

Er hat ferner die Möglichkeit, zum Unfallort zurückzukehren, solange dort feststellungsbereite Personen anwesend sind. Er kann auf diese Weise die Feststellungen gem. § 142 II iVm III n.F. StGB unverzüglich nachträglich ermöglichen. Er ist dazu jedoch nicht verpflichtet, da § 142 III S. 1 n.F. StGB von ihm nur eine "Mitteilung" verlangt.

Literaturverzeichnis

Kommentare:

- |                      |                                                                                                                             |
|----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bär-Hauser           | Unfallflucht, unerlaubtes Entfernen<br>vom Unfallort<br>Kommentar zum StGB<br>Stand: 1. Jan. 1983                           |
| Cramer               | Straßenverkehrsrecht<br>Kommentar<br>Band I, 2. Auflage 1977                                                                |
| Dreher/Tröndle       | Strafgesetzbuch und Nebengesetze<br>Kommentar<br>§ 142 n.F. StGB: 41. Auflage 1983<br>§ 142 a.F. StGB: 35. Auflage 1975     |
| Jagusch              | Kommentar zum Straßenverkehrsrecht<br>26. Auflage 1981                                                                      |
| Lackner              | Kommentar zum Strafgesetzbuch<br>mit Erläuterungen<br>§ 142 n.F. StGB: 14. Auflage 1981<br>§ 142 a.F. StGB: 9. Auflage 1975 |
| Leipziger Kommentar  | Kommentar zum Strafgesetzbuch<br>10. Auflage 1979                                                                           |
| Maurach/Schröder     | Strafrecht, Besonderer Teil<br>Teilband 1<br>6. Auflage 1977                                                                |
| Mühlhaus/Janiszewski | StVO - Straßenverkehrsordnung<br>mit Erläuterungen<br>9. Auflage 1982                                                       |
| Palandt              | Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch<br>44. Auflage 1985                                                                   |

|             |                                                                                                            |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Preisendanz | Strafgesetzbuch<br>Lehrkommentar<br>§ 142 n.F. StGB: 30. Auflage 1978<br>§ 142 a.F. StGB: 29. Auflage 1975 |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|                  |                                                                                                        |
|------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Schönke-Schröder | Strafgesetzbuch<br>Kommentar<br>§ 142 n.F. StGB: 21. Auflage 1982<br>§ 142 a.F. StGB: 17. Auflage 1974 |
|------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|                             |                                                                             |
|-----------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|
| Systematischer<br>Kommentar | Kommentar zum Strafgesetzbuch<br>Band 2, Besonderer Teil<br>Stand: Mai 1983 |
|-----------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|

Lehrbücher und Dissertationen:

|             |                                                                                  |
|-------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| Janiszewski | Straßenverkehrs-Strafrecht<br>Grundriß für Studium und Praxis<br>1. Auflage 1979 |
|-------------|----------------------------------------------------------------------------------|

|          |                                                                 |
|----------|-----------------------------------------------------------------|
| Jescheck | Lehrbuch des Strafrechts<br>Allgemeiner Teil<br>2. Auflage 1972 |
|----------|-----------------------------------------------------------------|

|              |                                                   |
|--------------|---------------------------------------------------|
| Schmidhäuser | Strafrecht<br>Allgemeiner Teil<br>2. Auflage 1975 |
|--------------|---------------------------------------------------|

|        |                                             |
|--------|---------------------------------------------|
| Welzel | Das Deutsche Strafrecht<br>11. Auflage 1969 |
|--------|---------------------------------------------|

|        |                                                   |
|--------|---------------------------------------------------|
| Wessel | Strafrecht<br>Allgemeiner Teil<br>8. Auflage 1978 |
|--------|---------------------------------------------------|

|         |                                                          |
|---------|----------------------------------------------------------|
| Steiner | Die Tathandlung der Unfallflucht<br>Dissertation<br>1969 |
|---------|----------------------------------------------------------|

|           |                                                              |
|-----------|--------------------------------------------------------------|
| Magdowski | Die Verkehrsunfallflucht<br>in der Strafrechtsreform<br>1980 |
|-----------|--------------------------------------------------------------|

|          |                                                                    |
|----------|--------------------------------------------------------------------|
| Herzberg | Die Unterlassung im Strafrecht und<br>das Garantienprinzip<br>1972 |
|----------|--------------------------------------------------------------------|

Anmerkungen und Aufsätze:

- Bär                   Anmerkung zu einer Entscheidung des BGH  
in: JR 1982, 378 (379 ff)
- Berz                   Zur Auslegung des § 142 (n.F.) StGB  
in: DAR 1975, 309 ff
- Berz                   "Berechtigtes" und "entschuldigtes" Verlassen  
der Unfallstelle  
in: Jura 1979, 125 ff
- Beulke               Strafbarkeit gem. § 142 (n.F.) StGB bei  
vorsatzlosem Sich-Entfernen vom Unfallort  
in: NJW 1979, 400 ff
- Beulke               Anmerkung zu einer Entscheidung des BGH  
in: JR 1980, 521 (523 ff)
- Bindokat            Die Rückkehrpflicht bei § 142 (a.F.) StGB  
in: NJW 1966, 1906 ff
- Bouska               Neue Vorschriften über das "unerlaubte Entfernen  
vom Unfallort"  
in: Verkehrsdienst 1975, 193 ff
- Dornseifer           Struktur und Anwendungsbereich  
des § 142 (n.F.) StGB  
in: JZ 1980, 299 ff
- Frank                Feststellungspflicht nach vorsatzlosem  
Sich-Entfernen vom Unfallort  
in: JUS 1978, 456 ff
- Haubrich            Nächtliche Verkehrsunfälle und die  
"Unverzüglichkeits"-Frist des § 142 II (n.F.) StGB  
in: DAR 1981, 211 ff
- Hentschel           Anmerkung zu einer Entscheidung des OLG Stuttgart  
in: JR 1981, 209 (211 ff)
- Jagusch:            Zum Umfang der Vorstellungspflicht gem.  
§ 142 (n.F.) StGB  
in: NJW 1976, 504 ff

- Janiszewski            Zur Neuregelung des § 142 StGB  
in: DAR 1975, 169 ff
- Janiszewski            Anmerkung zu einer Entscheidung des BayObLG  
in: JR 1978, 114 (116 ff)
- Karl                    Anmerkung zu einer Entscheidung des  
Reichsgerichtes  
in: DR 1939, 1435 ff
- Küper                   Grenzfragen der Unfallflucht  
in: JZ 1981, 209 ff
- Maier                   Die Pflichten des Unfallbeteiligten nach  
der Neufassung des § 142 StGB und § 34 StVO  
in: JZ 1975, 721 ff
- Maihofer               Der Versuch der Unterlassung  
in: GA 1958, 289 ff
- Ohr                     Der räumliche und zeitliche Zusammenhang  
der Unfallflucht mit dem Unfallgeschehen  
in: DAR 1960, 221 ff
- Roth-Stielow           Warte-, Folge-, Rückkehr- oder Selbst-  
anzeigepflicht nach einem Verkehrsunfall  
in NJW 1963, 1188 ff
- Reiß                    Anmerkung zu einer Entscheidung des BGH  
in: NJW 1980, 1806 ff
- Rudolphi                Anmerkung zu einer Entscheidung des BayObLG  
in: JR 1977, 427 (428 ff)
- Rudolphi                Anmerkung zu einer Entscheidung des BGH  
in: JR 1979, 208 (210 ff)
- Schmidhäuser            Fluchtverbot und Anzeigegebot bei  
Verkehrsunfällen  
in: JZ 1955, 433 ff
- Schmitt                 Zur Thematik der Unterlassungsdelikte  
in: JZ 1959, 432 ff

- Schröder Die sogenannte Rückkehrpflicht bei  
§ 142 (a.F.) StGB  
in: NJW 1966, 1001 ff
- Schröder Anmerkung zu einer Entscheidung des BayObLG  
in: JR 1969, 429 (430 ff)
- Sturm Die Neufassung des § 142 StGB  
(Verkehrsunfallflucht) durch das  
Dreizehnte Strafrechtsänderungsgesetz  
in: JZ 1975, 406 ff
- Volk Die Pflichten des Unfallbeteiligten  
(§ 142 n.F. StGB)  
in: DAR 1982, 81 ff



## Lebenslauf

Martin Karl Wilhelm Wölfel

|                                                                                                                                                 |                                                                    |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|
| geboren am:                                                                                                                                     | 31.07.1957                                                         |
| in:                                                                                                                                             | Nürnberg                                                           |
| Eltern:                                                                                                                                         | Dr. jur. Ernst Wölfel, verst. 1975 und<br>Dr. med. Irmtraud Wölfel |
| Familienstand:                                                                                                                                  | ledig                                                              |
| Volksschule:                                                                                                                                    | 1963 bis 1967                                                      |
| mathematisch-naturwissen-<br>schaftliches Gymnasium:                                                                                            | 1967 bis 1976                                                      |
| Abitur:                                                                                                                                         | 25.06.1976                                                         |
| Wehrdienst:                                                                                                                                     | 01.07.1976 bis 30.09.1977                                          |
| Jurastudium an der<br>Ludwig-Maximilians-<br>Universität München:                                                                               | 01.11.1977 bis März 1983                                           |
| Wissenschaftliche Hilfskraft<br>am Institut für die gesamten<br>Strafrechtswissenschaften<br>an der Ludwig-Maximilians-<br>Universität München: | 01.01.1980 bis 31.12.1980                                          |
| 1. Staatsexamen:                                                                                                                                | 19.01.1983                                                         |
| Rechtsreferendar:                                                                                                                               | 30.08.1983 bis 27.11.1986                                          |
| 2. Staatsexamen:                                                                                                                                | 27.11.1986                                                         |
| Tätigkeit im<br>Bayerischen Justizdienst:                                                                                                       | seit 01.01.1987                                                    |













